

# Monatsbericht des BMF August 2010





Monatsbericht des BMF August 2010

# Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
-	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

### □ Inhaltsverzeichnis

# Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Ergebnisse einer Umfrage zum BMF-Monatsbericht	6
Übersichten und Termine	9
Finanzwirtschaftliche Lage	10
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Juli 2010	17
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	
Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2010	
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	
Termine, Publikationen	38
Analysen und Berichte	40
Halbjahresbericht zum Bundeshaushalt 2010	41
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Halbjahr 2010	52
Kurz- und mittelfristige Perspektiven der öffentlichen Haushalte in Deutschland	56
Strategie Europa 2020	70
Staatliche Anreize für private Bildungsinvestitionen	77
Statistiken und Dokumentationen	90
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	91
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	116
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	123

## **Editorial**

Liebe Leserinnen und Leser,

Deutschland ist bislang zwar besser durch die Krise gekommen als noch zu Anfang des Jahres erwartet. Auch der Vollzug des Bundeshaushalts 2010 gestaltet sich günstiger als im Rahmen der parlamentarischen Beratungen zum Bundeshaushalt 2010 prognostiziert. Allerdings liegen die bei Bund und Ländern eingegangenen Steuereinnahmen im 1. Halbjahr 2010 um knapp 1% unter dem Ergebnis des 1. Halbjahrs 2009, wie der Bericht zu den Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 2. Quartal 2010 zeigt. Die öffentlichen Haushalte bleiben in Deutschland noch weit von den nach den nationalen und europäischen Regeln zu erreichenden Kennziffern entfernt; die Nettokreditaufnahme des Bundes wird 2010 eine Rekordhöhe in der Nachkriegsgeschichte erreichen.

Auch das gesamtstaatliche Defizit in der Maastricht-Abgrenzung steigt in diesem Jahr nochmals deutlich auf rund 4 ½ % des BIP und überschreitet damit zum zweiten Mal in Folge den im Maastricht-Vertrag vorgesehenen Schwellenwert von 3% des BIP. Die Schuldenstandsquote in der Maastricht-Abgrenzung erhöht sich im Jahr 2010 auf 78 %. Ab dem kommenden Jahr ist Deutschland sowohl aufgrund seiner neuen nationalen Schuldenregel als auch gemäß den Vorgaben im Rahmen des Defizitverfahrens gegen Deutschland zum Ausstieg aus der krisenbedingt hohen Neuverschuldung verpflichtet. Bis 2013 sinkt das Maastricht-Defizit, wie im Europäischen Haushaltsüberwachungsverfahren gefordert, wieder unter 3% des BIP. Hierzu trägt wesentlich das im Juni von der Bundesregierung beschlossene Zukunftspaket bei. Deutschland muss - wie alle anderen EU-Mitgliedstaaten auch – mittelfristig wieder einen strukturell annähernd ausgeglichenen Haushalt ausweisen.



Europaweit prägen stark angestiegene Schuldenstände, hohe Haushaltsdefizite, eine alternde und schrumpfende Bevölkerung sowie nach wie vor erhöhte Unsicherheit hinsichtlich der mittel- und langfristigen wirtschaftlichen Entwicklung das Bild. Vor diesem Hintergrund ist es das Ziel der neuen Wachstumsstrategie Europa 2020, das Wachstumspotential für die EU-Mitgliedstaaten dauerhaft zu erhöhen und entsprechend positive Effekte auf die Beschäftigung, aber auch auf die öffentlichen Haushalte zu erreichen. Die Strategie steht im Zeichen der abflauenden Wirtschaftskrise, in der die strukturellen Schwächen der europäischen Wirtschaft deutlich zu Tage getreten sind; sie folgt der im Jahr 2010 ausgelaufenen Lissabon-Strategie nach, auf die sich die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union im Frühjahr 2000 verständigt hatten.

Im Hinblick auf ein nachhaltiges Wachstum ist Bildung ein wichtiger Baustein für eine zukunftsfähige Gesellschaft. Mehr Geld für bessere Bildung zu fordern, reicht aber nicht aus. Gerade in Zeiten angespannter öffentlicher Haushalte ist es notwendig, die Effizienz staatlicher Bildungsausgaben zu erhöhen. Ein Forschungsgutachten des ZEW Mannheim im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen über "Staatliche Anreize für private Bildungsinvestitionen" zeigt, dass ein

#### □ Editorial

effizienter Mix aus privater und staatlicher Finanzierung in der jeweiligen Lebensphase ganz entscheidend ist für Bildungszugang und Bildungsteilnahme.

Dr. Hans Bernhard Beus

Staatssekretär im Bundesministerium der

Finanzen

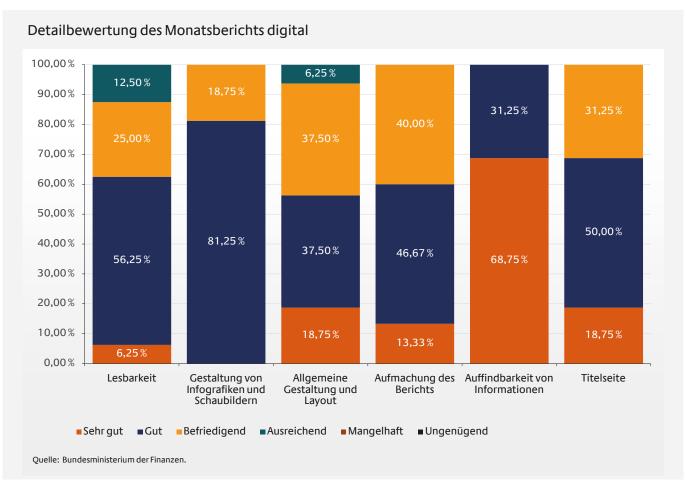
# Ergebnisse einer Umfrage zum BMF-Monatsbericht

Mit dem Monatsbericht erörtern wir regelmäßig aktuelle Themen und Zahlen aus den Aufgabenbereichen des BMF. Seit der Einführung der digitalen Ausgabe ist inzwischen ein gutes Jahr vergangen, und wir wollten von Ihnen wissen, wie zufrieden Sie mit den neuen Ausgaben unseres Monatsberichts sind.

Neben der Bewertung Ihres bevorzugten Mediums (Print/Digital) hat uns interessiert, in welchem Umfang Sie den Monatsbericht lesen und welche Inhalte für Sie von besonderem Interesse sind. Um den verschiedenen Nutzerinteressen gerecht zu werden, haben wir von März bis April 2010 die primäre Online-Umfrage auf der Website des BMF durchgeführt und ergänzend dazu auch einen Fragebogen für die Empfänger der Printversion versendet.

Insgesamt haben 477 Leserinnen und Leser an den Umfragen teilgenommen, wobei der männliche Anteil stark überwog. Die Online-Leser bestanden nur zu 25 % aus Frauen, bei den Print-Lesern waren es sogar nur 6 %. Die Online-Befragten sind im Schnitt 47 Jahre alt und damit jünger als die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Print-Umfrage, die im Schnitt 56 Jahre alt sind.

Zwei Drittel der Teilnehmer haben das Angebot anhand unterschiedlicher Kriterien mit "gut" oder sogar "sehr gut" bewertet und zeigen



#### ☐ Ergebnisse einer Umfrage zum BMF-Monatsbericht

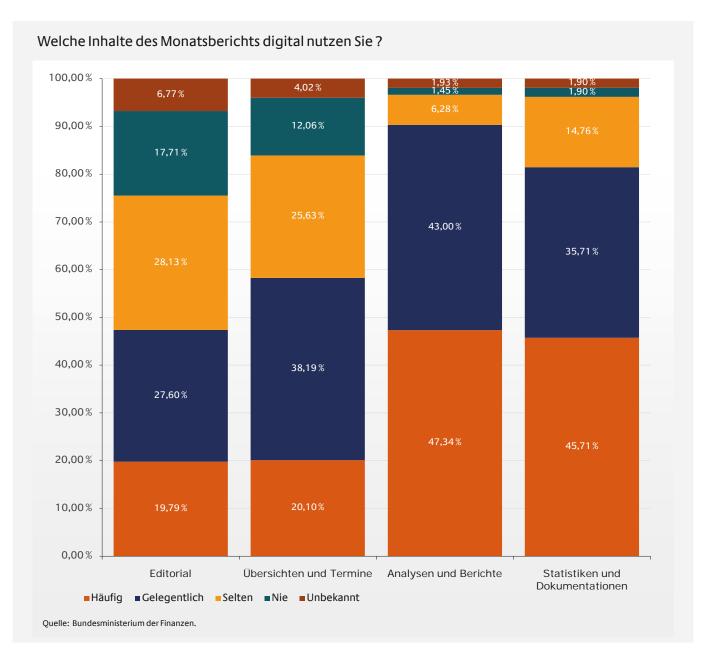
sich mit der digitalen sowie der gedruckten Ausgabe des Monatsberichts zufrieden.

Vor allem in der Detailbewertung der Leser schneidet die Online-Version des Monatsberichts digital sehr gut ab:

- 91% der Befragten finden die Inhalte gut verständlich.
- 93 % der Befragten finden die Inhalte aktuell und informativ.

- 75 % der Befragten fühlen sich umfassend informiert.
- 89 % der Befragten finden die Tabellen übersichtlich und nachvollziehbar strukturiert.
- 90% der Befragten finden die Schaubilder anschaulich und verständlich.

Über 90 % der Online-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer gaben an, bevorzugt die Inhalte



#### ☐ Ergebnisse einer Umfrage zum BMF-Monatsbericht

"Analysen und Berichte" sowie "Statistiken und Dokumentationen" zu lesen. Die Inhalte von "Übersichten und Termine" sowie das "Editorial" werden ebenfalls regelmäßig genutzt.

Die Nutzer des digitalen Monatsberichts schätzen vor allem die gute Wiederverwendbarkeit und Durchsuchbarkeit und nutzen die digitale Version bevorzugt dazu, gezielt Informationen nachzuschlagen oder in älteren Ausgaben zu recherchieren. Neben den Recherche-Möglichkeiten wurden von den befragten Lesern der digitalen Ausgabe weitere Service-Elemente wie die Suchmöglichkeiten oder der PDF-Download positiv bewertet.

Viele Teilnehmer haben über die Kommentarfelder die Möglichkeit genutzt, persönliche Hinweise und Vorschläge mitzuteilen. Wir freuen uns sehr über die hilfreichen und interessanten Rückmeldungen und werden versuchen, diese bei der zukünftigen Erstellung des Monatsberichts zu berücksichtigen.

Durch Ihre positiven Rückmeldungen fühlen wir uns auf dem neu eingeschlagenen Weg bestätigt und wollen diesen zukünftig weiter beschreiten. Das Online-Angebot soll stetig weiterentwickelt werden.

Herzlichen Dank für Ihre rege Beteiligung und die zahlreichen Rücksendungen!

# Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	10
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Juli 2010	
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	
Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2010	
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	
Termine. Publikationen	

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

# Finanzwirtschaftliche Lage

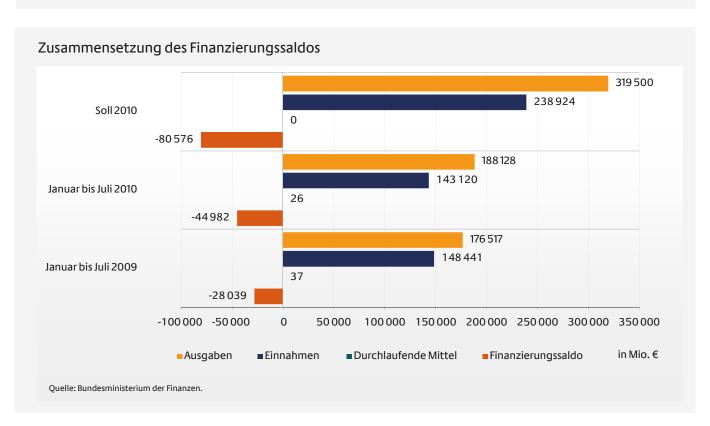
#### Ausgabenentwicklung

Die Ausgaben des Bundes bis einschließlich Juli lagen mit 188,1 Mrd. € um 11,6 Mrd. € (+6,6%) über dem Vorjahresergebnis für den entsprechenden Zeitraum. Die Steigerung ist wie im bisherigen Jahresverlauf im Wesentlichen auf das vorzeitige Abrufen der Bundesbeteiligung an den Kosten der Arbeitsförderung durch die Bundesagentur

#### Entwicklung des Bundeshaushalts

Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo (Mrd. €)	-80,2	-30,5
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	-0,4	-0,1
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	-	-14,4
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-80,6	-45,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-7,0	-4,2
Steuereinnahmen (Mrd. €)	211,9	123,2
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-7,3	-3,6
Einnahmen (Mrd. €)	238,9	143,1
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	9,3	6,6
Ausgaben (Mrd. €)	319,5	188,1
	Soll 2010	Ist - Entwicklung <sup>1</sup> Januar bis Juli 2010

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Buchungsergebnisse.



FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

# Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist	Soll	Ist - Entw	icklung	Ist - Entw	icklung	Veränderung
	2009	2010	Januar bis	Juli 2010	Januar bis.	Juli 2009	ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in%
Allgemeine Dienste	53 357	54 219	30 507	16,2	30 622	17,3	-0,
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	5 646	6 000	3 485	1,9	3 472	2,0	0,
Verteidigung	31 320	31 188	18 070	9,6	17 903	10,1	0,
Politische Führung, zentrale Verwaltung	6356	6 258	3 477	1,8	3 813	2,2	-8,
Finanzverwaltung	3 662	3 944	2 079	1,1	2 004	1,1	3,
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	14 960	15 402	7 498	4,0	7 604	4,3	-1,
BAföG	1 3 2 4	1 382	885	0,5	871	0,5	1,
Forschung und Entwicklung	8 701	9 124	3 770	2,0	3 783	2,1	-0,
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	147 716	173 074	101 475	53,9	86 881	49,2	16,
Sozialversicherung	76 305	78 088	50 965	27,1	49 741	28,2	2,
Arbeitslosenversicherung	7 777	7 927	7 605	4,0	0	0,0	
Grundsicherung für Arbeitssuchende	36 011	38 311	21 025	11,2	20 628	11,7	1,
darunter:							
Arbeitslosengeld II	22 374	23 900	13 406	7,1	13 099	7,4	2,
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	3 5 1 5	3 400	1 903	1,0	2 036	1,2	-6,
Wohngeld	784	791	534	0,3	445	0,3	20,
Erziehungsgeld/Elterngeld	4 455	4 485	2727	1,4	2 685	1,5	1,
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	2 071	1 908	1 237	0,7	1316	0,7	-6,
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 251	1 414	566	0,3	567	0,3	-0,
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 808	2 034	969	0,5	846	0,5	14,
Wohnungswesen	1 142	1 286	811	0,4	713	0,4	13,
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 584	7 100	3 176	1,7	3 176	1,8	0,
Regionale Förderungsmaßnahmen	966	684	264	0,1	333	0,2	-20,
Kohlenbergbau	1 375	1 351	1319	0,7	1 3 7 5	0,8	-4,
Gewährleistungen	601	2 050	427	0,2	307	0,2	39,
Verkehrs und Nachrichtenwesen	12 426	12 351	5 717	3,0	5 996	3,4	-4,
Straßen (ohne GVFG)	6 9 2 5	6 3 3 5	2 584	1,4	2 823	1,6	-8,
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines	15 740	16 374	8 623	4,6	8 409	4,8	2,
Grund- und Kapitalvermögen							
Bundeseisenbahnvermögen	5 3 3 3	5 3 3 0	2 824	1,5	2 906	1,6	-2,
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	4154	4328	1 947	1,0	2 011	1,1	-3,
Allgemeine Finanzwirtschaft	39 412	37 532	29 598	15,7	32 414	18,4	-8,
Zinsausgaben	38 099	36 751	28 858	15,3	31 562	17,9	-8,
Ausgaben zusammen	292 253	319 500	188 128	100,0	176 517	100,0	6,

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

für Arbeit sowie den gestiegenen Bedarf für den Gesundheitsfonds zurückzuführen, wird jedoch durch positive Entwicklungen bei den Zinsausgaben zu einem geringen Teil kompensiert.

#### Einnahmeentwicklung

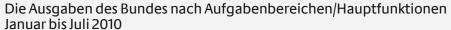
Die Einnahmen des Bundes lagen mit 143,1 Mrd. € bis einschließlich Juli um 5,3 Mrd. € (-3,6%) unter dem Ergebnis bis einschließlich Juli 2009. Die Steuereinnahmen gingen im Vorjahresvergleich um 5,4 Mrd. € zurück und beliefen sich auf 123,2 Mrd. € (-4,2%), wobei das Gesamtjahressoll gegenüber dem Ist des Vorjahres eine Veränderungsquote von -9,6% aufweist. Die Verwaltungseinnahmen überstiegen mit 19,9 Mrd. € das Niveau des Vergleichszeitraums bis einschließlich Juli 2009 leicht (+0,4%).

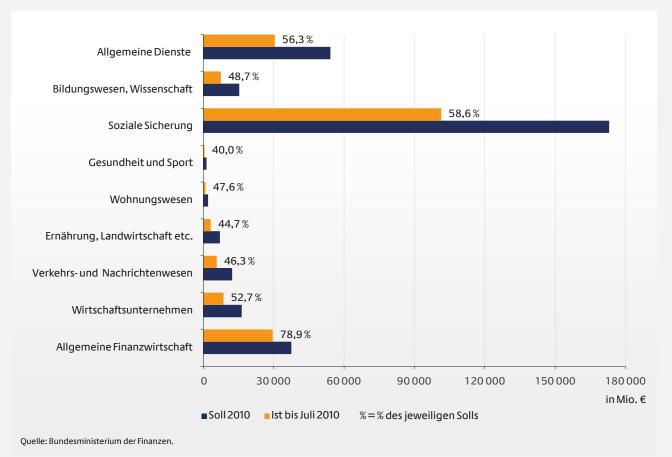
#### Finanzierungssaldo

Der Finanzierungssaldo betrug Ende
Juni – 45,0 Mrd. €. Eine belastbare Vorhersage
zum weiteren Jahresverlauf lässt sich aus dem
derzeitigen Finanzierungssaldo nur bedingt
ableiten. Die Erwartung, dass die geplante
Nettokreditaufnahme um mindestens
15 Mrd. € unterschritten werden kann,
verfestigt sich zunehmend.

#### Sondervermögen ITF

Ein wesentlicher Bestandteil des 2009 beschlossenen Konjunkturpakets II ist der "Investitions- und Tilgungsfonds" (ITF). Der Bund stellt über dieses Sondervermögen außerhalb des Bundeshaushalts in den Jahren 2009 bis 2011 insgesamt 20,4 Mrd. € für Maßnahmen zur Konjunkturbelebung





FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

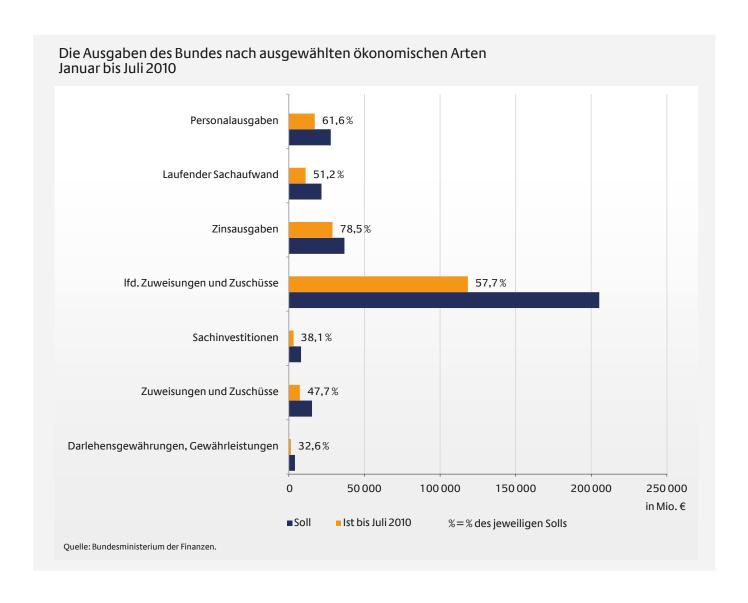
bereit. Bis einschließlich Juli 2010 sind bereits 9,0 Mrd. € abgeflossen. Davon wurden rund 4,9 Mrd. € für die Umweltprämie, rund 2,8 Mrd. € für Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder und rund 1,2 Mrd. € für Investitionen des Bundes ausgezahlt. Aus

dem Bundesbankgewinn hat der ITF eine Zuführung in Höhe von rund 0,65 Mrd. € zur Tilgung seiner Verbindlichkeiten erhalten.

#### Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist	Soll	Ist - Entw	vicklung	Ist - Entw	ricklung	Veränderund
	2009	2010	Januar bis	Juli 2010	Januar bis	Juli 2009	ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in%
Konsumtive Ausgaben	265 150	291 723	175 694	93,4	163 431	92,6	7,
Personalausgaben	27 939	27 704	17 075	9,1	16 959	9,6	0,
Aktivbezüge	20 977	20 789	12 627	6,7	12 576	7,1	0,
Versorgung	6 9 6 2	6915	4 449	2,4	4383	2,5	1,
Laufender Sachaufwand	21 395	21 583	11 052	5,9	11 093	6,3	-0,
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 478	1 466	803	0,4	753	0,4	6
Militärische Beschaffungen	10 281	10 469	5 247	2,8	5 3 5 9	3,0	-2,
Sonstiger laufender Sachaufwand	9 635	9 647	5 002	2,7	4980	2,8	0
Zinsausgaben	38 099	36 751	28 858	15,3	31 562	17,9	-8
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	177 289	205 272	118 410	62,9	103 530	58,7	14
an Verwaltungen	14396	14503	8 124	4,3	8 3 1 7	4,7	-2
an andere Bereiche	162 892	190 769	110510	58,7	95 402	54,0	15
darunter:							
Unternehmen	22 951	25 3 1 6	13 731	7,3	13 044	7,4	5
Renten, Unterstützungen u. a.	29 699	31 274	17918	9,5	17 605	10,0	1
Sozialversicherungen	105 130	128 365	75 989	40,4	61 971	35,1	22
Sonstige Vermögensübertragungen	429	413	299	0,2	287	0,2	4
Investive Ausgaben	27 103	28 293	12 435	6,6	13 086	7,4	-5
Finanzierungshilfen	18 599	20 180	9 343	5,0	9 663	5,5	-3
Zuweisungen und Zuschüsse	15 190	15 342	7315	3,9	7 490	4,2	-2
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 490	4028	1314	0,7	1 332	0,8	-1
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	919	810	713	0,4	841	0,5	-15
Sachinvestitionen	8 504	8 113	3 092	1,6	3 423	1,9	-9
Baumaßnahmen	6 830	6 5 3 2	2 5 1 5	1,3	2 727	1,5	-7
Erwerb von beweglichen Sachen	1 030	1 035	397	0,2	454	0,3	-12
Grunderwerb	643	546	180	0,1	242	0,1	-25
Globalansätze	0	- 516	0		0		
Ausgaben insgesamt	292 253	319 500	188 128	100,0	176 517	100,0	6

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE



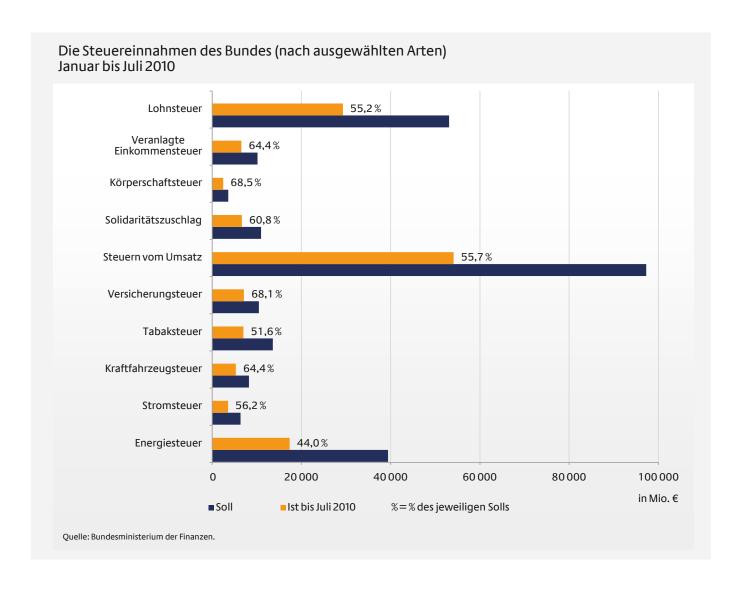
FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

# Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	Ist	Soll	Ist - Entw	icklung	Ist - Entw	ricklung	Veränderung
	2009	2010	Januar bis	Juli 2010	Januar bis	Juli 2009	ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in%
I. Steuern	227 835	211 887	123 245	86,1	128 650	86,7	-4,
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	180 223	171 884	100 656	70,3	102 225	68,9	-1,
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschl. Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge <sup>1</sup> )	83 779	73 391	46 036	32,2	47 527	32,0	-3,
davon:							
Lohnsteuer	57 248	53 083	29 297	20,5	31 074	20,9	-5,
veranlagte Einkommensteuer	11 233	10 179	6 5 5 1	4,6	4907	3,3	33,
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	6 237	5 3 4 3	5 095	3,6	5 139	3,5	-0,
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge <sup>1</sup>	5 475	5 060	2 631	1,8	3 836	2,6	-31,
Körperschaftsteuer	3 587	3 595	2 462	1,7	1 961	1,3	25,
Steuern vom Umsatz	95 400	97 274	54 134	37,8	54 265	36,6	-0,
Gewerbesteuerumlage	1 044	1 2 1 9	486	0,3	434	0,3	12,
Energiesteuer	39 822	39 400	17348	12,1	18 028	12,1	-3,
Tabaksteuer	13 366	13 590	7014	4,9	7 208	4,9	-2,
Solidaritätszuschlag	11 927	10 950	6 663	4,7	7 035	4,7	-5,
Versicherungsteuer	10 548	10 450	7119	5,0	7 0 7 0	4,8	0,
Stromsteuer	6278	6 3 5 0	3 567	2,5	3 648	2,5	-2,
Kraftfahrzeugsteuer	3 803	8 240	5 3 0 3	3,7	661	0,4	
Branntweinabgaben	2 103	2 082	1 130	0,8	1 230	0,8	-8,
Kaffeesteuer	997	1 010	580	0,4	563	0,4	3,
Ergänzungszuweisungen an Länder	-13 462	-12 694	-6348	-4,4	-6891	-4,6	-7,
BNE-Eigenmittel der EU	-14880	-22 030	-10 473	-7,3	-6 593	-4,4	58,
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-2 017	-1 930	-1 074	-0,8	-1 249	-0,8	-14,
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-6 775	-6 877	-4011	-2,8	-3 952	-2,7	1,
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw- Maut	-4 571	-8 992	-4 496	-3,1	-	-	
II. Sonstige Einnahmen	29 907	27 037	19 875	13,9	19 792	13,3	0,
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4 457	4279	4110	2,9	4 004	2,7	2,
Zinseinnahmen	574	395	230	0,2	353	0,2	-34,
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	3 836	4147	3 234	2,3	3 252	2,2	-0,
Einnahmen zusammen	257 742	238 924	143 120	100,0	148 441	100,0	-3,

 $<sup>^1\</sup>mathrm{Bis}\,2008\,\mathrm{Zinsabschlag}$  .

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE



Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Juli 2010

# Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Juli 2010

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne reine Gemeindesteuern) sanken im Juli 2010 im Vorjahresvergleich um - 0,9 %. Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) unterschritten das Vorjahresniveau um - 5,7 %, insbesondere aufgrund höherer EU-Abführungen.

Für den kumulierten Zeitraum Januar bis Juli 2010 ergeben sich für die Steuereinnahmen insgesamt Aufkommensverluste von ebenfalls - 0,9 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Die Steuereinnahmen des Bundes gingen im Zeitraum Januar bis Juli 2010 um - 4,3 % zurück¹.

Die gemeinschaftlichen Steuern lagen im Berichtsmonat Juli 2010 um - 1,1% unter dem Vorjahresniveau. Die reinen Bundessteuern verharrten auf dem Niveau des Vorjahres (+ 0,4%), während die reinen Ländersteuern mit - 9,4% das Vorjahresniveau deutlich unterschritten.

Das Aufkommen aus der Lohnsteuer ist im Berichtsmonat Juli 2010 um - 6,5 % gesunken. Dieser Rückgang wird durch die zu Jahresbeginn in Kraft getretenen Steuerentlastungen und die Anhebung der Kindergeldsätze verursacht. Die Kindergeldzahlungen, die aus dem Lohnsteueraufkommen erfolgen, sind um + 8,2 % gestiegen.

Obwohl alle aus dem Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer zu finanzierenden Zahlungen rückläufig waren (Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer nach § 46 EStG (-11,2%), Eigenheimzulagen (-77,3%), Investitionszulagen (-6,7%)), war das kassenmäßige Aufkommen mit -0,4 Mrd. € negativ. Im Vorjahresvergleich ist dies jedoch eine Verbesserung um +0,2 Mrd. €.

Bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag schlugen Mehreinnahmen in Höhe von +27.7% zu Buche, bedingt durch den erneut kräftigen Rückgang der Erstattungen durch das Bundeszentralamt für Steuern (-68.9%). Vor Abzug dieser Erstattungen ist das Aufkommen lediglich um +2.6% angewachsen.

Die Einnahmen aus der Abgeltungssteuer auf Zins- und Veräußerungserträge reduzierten sich um - 43,1% und damit wiederum in einer ähnlichen Größenordnung wie in den beiden Vormonaten. Diese Entwicklung korrespondiert mit dem immer noch sehr niedrigen Zinsniveau.

Das Körperschaftsteueraufkommen veränderte sich im Juli gegenüber dem Vorjahresniveau kaum (- 0,9 Mrd. €). Im Zeitraum Januar bis Juli 2010 ist das Aufkommen damit um + 25,6 % gestiegen. Die Gewinne der Körperschaften haben offensichtlich die Talsohle des Jahres 2009 verlassen.

Die Steuern vom Umsatz konnten ihr Volumen um + 1,9 % ausweiten. Der rege Außenhandel beflügelte die Einfuhrumsatzsteuer, die ihr Vorjahresergebnis um + 37,7 % übertraf. Da dieser Anstieg bei der Einfuhrumsatzsteuer die Vorsteuerabzüge im Inland erhöht, sank das Niveau der (Binnen)Umsatzsteuer in diesem Monat um - 6,9 %.

Der Zuwachs bei den reinen Bundessteuern betrug im Juli 2010 insgesamt + 0,4%. Dabei ist die Verlagerung der Aufkommenshoheit bei der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund zum 1. Juli 2009 erstmals in der Basis des

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vgl. Fn 1, Seite 17).

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Juli 2010

#### Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr<sup>1</sup>

2010	Juli	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis Juli	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2010	Veränderung ggü. Vorjah
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. € <sup>5</sup>	in%
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer <sup>2</sup>	11 286	-6,5	71 987	-5,9	125 200	-7,4
veranlagte Einkommensteuer	- 423	X	15 414	33,5	26 450	0,1
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 240	27,7	10 190	-0,8	11 170	-10,5
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschl. ehem. Zinsabschlag)	502	-43,1	6 028	-31,3	9 962	-19,9
Körperschaftsteuer	- 857	X	4924	25,6	7 020	-2,1
Steuern vom Umsatz	14518	1,9	101 752	1,0	179 900	1,6
Gewerbesteuerumlage	586	25,4	1 396	11,5	2 789	8,5
erhöhte Gewerbesteuerumlage	569	17,5	1 285	10,5	2 447	4,7
gemeinschaftliche Steuern insgesamt	27 422	-1,1	212 976	-0,6	364 938	-2,8
Bundessteuern						
Energiesteuer	3 306	3,6	17 348	-3,8	39 200	-1,6
Tabaksteuer	1 225	-4,5	7 014	-2,7	13 210	-1,2
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	165	4,9	1 129	-8,1	2 040	-2,9
Versicherungsteuer	564	-0,9	7 119	0,7	10 480	-0,6
Stromsteuer	499	-3,7	3 567	-2,2	6 150	-2,0
Kraftfahrzeugsteuer (ab 1. Juli 2009) <sup>3</sup>	723	9,3	5 3 0 3	X	8 450	X
Solidaritätszuschlag	708	-10,1	6 663	-5,3	11 150	-6,5
übrige Bundessteuern	118	9,6	847	0,4	1 466	-0,5
Bundessteuern insgesamt	7 308	0,4	48 991	7,1	92 146	3,2
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	385	-20,1	2 418	-18,3	4 175	-8,2
Grunderwerbsteuer	449	1,1	2885	5,3	4 850	-0,1
Rennwett- und Lotteriesteuer	120	4,6	827	-9,4	1 410	-6,7
Biersteuer	73	9,1	414	-1,5	720	-1,3
Sonstige Ländersteuern	15	-19,5	225	-3,6	340	2,8
Ländersteuern insgesamt	1 042	-9,4	6 769	-42,1	11 495	-29,8
EU-Eigenmittel						
Zölle	355	19,5	2 412	14,4	3 800	5,4
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	122	81,0	1 069	-14,4	2 210	9,6
BSP-Eigenmittel	1 280	143,7	10 473	58,8	19 930	33,9
EU-Eigenmittel insgesamt	1 757	97,5	13 954	40,2	25 940	26,5
Bund <sup>4</sup>	16 449	-5,7	122 837	-4,3	216 366	-5,1
Länder <sup>4</sup>	15 941	-0,4	118 493	-0,6	202 540	-2,2
EU	1 757	97,5	13 954	40,2	25 940	26,5
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	1 980	-6,5	15 864	-2,5	27 534	-5,9
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	36 127	-0,9	271 148	-0,9	472 380	-2,6

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

 $<sup>^2\,\</sup>text{Nach\,Abzug\,der\,Kindergelderstattung\,durch\,das\,Bundeszentralamt\,f\"{u}r\,Steuern.}$ 

 $<sup>^3\,\</sup>mathrm{Ab}\,\mathrm{dem}\,\mathrm{1.}\,\mathrm{Juli}\,\mathrm{2009}\,\mathrm{steht}\,\mathrm{das}\,\mathrm{Aufkommen}\,\mathrm{aus}\,\mathrm{der}\,\mathrm{Kfz\text{-}Steuer}\,\mathrm{dem}\,\mathrm{Bund}\,\mathrm{zu}.$ 

 $<sup>^4</sup> Nach \, Erg\"{a}nzungszuweisungen; Abweichung \, zu \, Tabelle \, "Einnahmen \, des \, Bundes" \, ist \, methodisch \, bedingt \, (vgl. \, Fn. \, 1).$ 

 $<sup>^{5}</sup>$  Ergebnis AK "Steuerschätzungen" vom Mai 2010.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Juli 2010

Vorjahresmonats enthalten. Der Vergleich des kumulierten Aufkommens der Bundessteuern bleibt jedoch bis zum Jahresende verzerrt. Die einzelnen Bundessteuern entwickelten sich sehr unterschiedlich: Die Energiesteuer konnte Mehreinnahmen von + 3,6 % verbuchen, wozu sowohl die Energiesteuer auf Heizöl (+ 3,2 %) als auch die Energiesteuer auf Erdgas (+ 55,2 %) maßgeblich beitrugen. Die Kraftfahrzeugsteuer (+ 9,3 %) stieg ebenfalls. Demgegenüber reduzierten sich die Einnahmen aus der Tabaksteuer (- 4,5 %), aus dem Solidaritätszuschlag (-10,1 %), aus der Stromsteuer (- 3,7 %) und aus der Versicherungsteuer (- 0,9 %).

Das Aufkommen der reinen Ländersteuern ging um - 9,4% zurück. Hauptursache hierfür war der Rückgang bei der Erbschaftsteuer, die Einbußen um - 20,1% hinnehmen musste. Hier gab es allerdings im Vorjahresmonat ein höheres Aufkommen aus mehreren Großfällen. Die Grunderwerbsteuer (+1,1%) kann hingegen mit der ansteigenden Konjunktur ihre Basis wieder verbreitern. Die Rennwett- und Lotteriesteuer meldete einen Einnahmezuwachs von + 4,6% und die Biersteuer – dank der Fußball-WM – von + 9,1%.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

# Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

#### Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im Juli durchschnittlich 3,59 % (Juni 3,62 %).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe stieg Ende Juli auf 2,68 % (Juni 2,56 %).

Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – erhöhten sich leicht von 0,77 % Ende Juni auf 0,90 % Ende Juli.

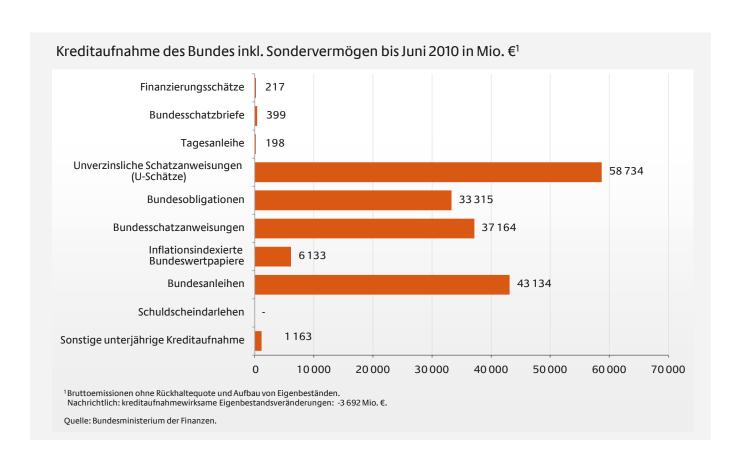
Die Europäische Zentralbank hat in der EZB-Ratssitzung am 5. August 2010 die seit Mai 2009 geltenden Zinssätze für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 1,00 %, 1,75 % beziehungsweise 0,25 % belassen.

Der deutsche Aktienindex betrug zum 30. Juli 6 148 Punkte (Juni 5 966 Punkte).

Der Euro Stoxx 50 stieg von 2 573 Punkten im Juni auf 2 742 Punkte im Juli.

#### Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im Juni 2010 bei 0,2% nach - 0,1% im Mai und - 0,2% im April. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 für den



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

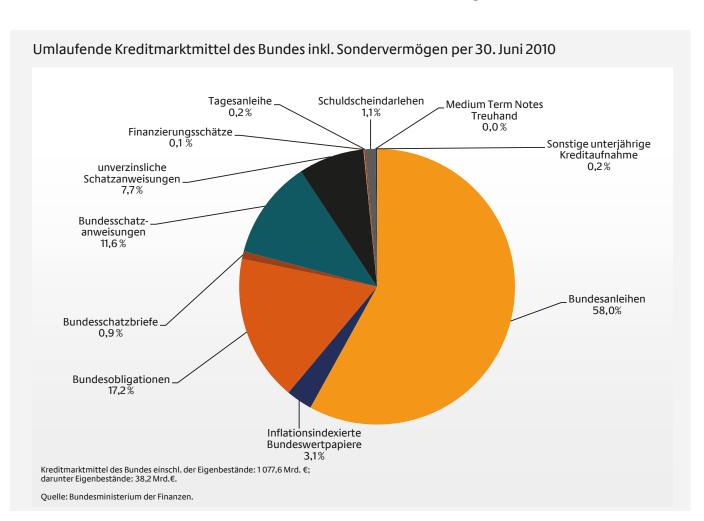
Zeitraum von April bis Juni 2010 lag bei 0,0% nach - 0,1% im vorangegangenen Dreimonatszeitraum (Referenzwert 4,5%).

Die Wachstumsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum betrug im Juni 0,0 % (nach 0,1% im Vormonat).

In Deutschland betrug die Wachstumsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen im Juni - 3,22% (Mai - 2,37%, April - 0,72%).

#### Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes inklusive Sondervermögen

Bis einschließlich Juni 2010
betrug der Bruttokreditbedarf
von Bund und Sondervermögen
(Finanzmarktstabilisierungsfonds und
Investitions- und Tilgungsfonds) 180,46 Mrd. €.
Davon wurden 175 Mrd. € im Rahmen des
Emissionskalenders umgesetzt. Darüber
hinaus wurde am 13. Januar 2010 die 1,75 %ige
Inflationsindexierte Bundesanleihe (ISIN
DE 0001030526, WKN 103052) um ein Volumen
von insgesamt 2,0 Mrd. € und am 10. März und
9. Juni um jeweils ein Volumen von 1,0 Mrd. €
im Tenderverfahren aufgestockt. Weiterhin
wurde die 2,25 %ige Inflationsindexierte



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

#### Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2010 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
		in Mrd. €											
Anleihen	20,3	-	-	-	-	4,0							24,2
Bundesobligationen	-	-	-	17,0	-	-							17,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	15,0	-	-	15,0							30,0
U-Schätze des Bundes	11,9	11,9	11,9	14,9	14,9	14,9							80,5
Bundesschatzbriefe	0,2	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0							0,4
Finanzierungsschätze	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0							0,3
Tagesanleihe	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1							0,6
Fundierungsschuldverschreibungen	-	-	-	-	-	-							0,0
MTN der Treuhandanstalt	-	-	-	-	-	-							0,0
Entschädigungsfonds	-	-	-	-	-	-							0,0
Schuldscheindarlehen	-	0,1	0,0	0,3	-	0,0							0,5
Sonst. unterjährige Kreditaufnahme	-	-	0,7	-	-	-							0,7
Sonstige Schulden gesamt	0,0	-0,0	0,0	0,0	0,0	0,0							-0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	32,6	12,2	27,9	32,4	15,0	34,1							154,2

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

#### Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2010 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
						in Mr	d.€						
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	13,9	0,1	0,7	3,6	0,1	1,5							20,1

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Bundesobligation (ISIN DE 0001030518, WKN 103051) am 7. April um ein Volumen von 2,0 Mrd. € aufgestockt. Die übrige Kreditaufnahme erfolgte durch Verkäufe im Privatkundengeschäft des Bundes und im Rahmen von Marktpflegeoperationen (Eigenbestandsabbau: 3,69 Mrd. €).

Die im Juni 2010 zur Finanzierung von Bund und Sondervermögen begebenen Kapital- und Geldmarktemissionen ergeben sich aus der Übersicht über die "Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2010". Für Bund und Sondervermögen belaufen sich bis einschließlich Juni 2010 die Tilgungen auf rund 154,25 Mrd. € und die Zinszahlungen auf rund 20,05 Mrd. €.

Der Bruttokreditbedarf wurde zur Finanzierung des Bundeshaushaltes in Höhe von 155,86 Mrd. €, des Finanzmarktstabilisierungsfonds in Höhe von 21,00 Mrd. € und des Investitions- und Tilgungsfonds in Höhe von 3,60 Mrd. € eingesetzt.

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

# Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2010 Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup>
Bundesanleihe ISIN DE0001137279 WKN 113729	Aufstockung	7. April 2010	2 Jahre fällig 16. März 2012 Zinslaufbeginn 19. Februar 2010 erster Zinstermin 16. März 2011	6 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001030518 WKN 103051	Aufstockung	7. April 2010	5 Jahre fällig 15. April 2015 Zinslaufbeginn 15. April 2007 erster Zinstermin 27. April 2010	2 Mrd. €
Inflations indexierte Bundes an leihe ISIN DE0001141570 WKN 114157	Neuemission	14. April 2010	5 Jahre fällig 10. April 2015 Zinslaufbeginn 10. April 2010 erster Zinstermin 10. April 2011	7 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001135366 WKN 113536	Aufstockung	21. April 2010	30 Jahre fällig 4. Juli 2040 erster Zinstermin 4. Juli 2009	3 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135408 WKN 113540	Neuemission	28. April 2010	10 Jahre fällig 4. Juli 2020 Zinslaufbeginn 30. April 2010 erster Zinstermin 4. Juli 2011	6 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001137305 WKN 113730	01137305 Neuemission 12. Mai 2010 fallig 15. Juni 2012 7 inslaufbeginn 14. Mai 2010		7 Mrd. €	
Bundesanleihe ISIN DE0001135408 WKN 113540	Aufstockung	19. Mai 2010	10 Jahre fällig 4. Juli 2020 Zinslaufbeginn 30. April 2010 erster Zinstermin 4. Juli 2011	6 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001141570 WKN 114157	Aufstockung	26. Mai 2010	4 Jahre fällig 10. April 2015 Zinslaufbeginn 10. April 2010 erster Zinstermin 10. Juli 2011	7 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001137305 WKN 113730	Aufstockung	9. Juni 2010	2 Jahre fällig 15. Juni 2012 Zinslaufbeginn 14. Mai 2010 erster Zinstermin 15. Juni 2011	6 Mrd. €
Inflationsindexierte Bundesanleihe ISIN DE0001030526 WKN 103052	Aufstockung	9. Juni 2010	10 Jahre fällig 15. April 2020 Zinslaufbeginn 1. April 2009 erster Zinstermin 15. April 2011	1 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001135408 WKN 113540	Aufstockung	16. Juni 2010	10 Jahre fällig 4. Juli 2020 Zinslaufbeginn 30. April 2010 erster Zinstermin 4. Juli 2011	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001137305 WKN 113730	Aufstockung	30. Juni 2010	2 Jahre fällig 15. Juni 2012 Zinslaufbeginn 14. Mai 2010 erster Zinstermin 15. Juni 2011	6 Mrd. €
			2. Quartal 2010 insgesamt	ca. 61 Mrd. €

 $<sup>^{1}</sup> Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$ 

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

# Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2010 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup>	
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115590 WKN 111559	Neuemission	12. April 2010	6 Monate fällig 13. Oktober 2010	5 Mrd.€	
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115541 WKN 111554	Aufstockung	19. April 2010	9 Monate fällig 26. Januar 2011	2 Mrd.€	
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115608 WKN 111560	Neuemission	26. April 2010	12 Monate fällig 20. April 2011	4 Mrd. €	
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115616 WKN 111561	Neuemission	10. Mai 2010	6 Monate fällig 10. November 2010	5 Mrd.€	
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115624 WKN 111562	Neuemission	17. Mai 2010	12 Monate fällig 18. Mai 2011	4 Mrd.€	
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115566 WKN 111556	Aufstockung	31. Mai 2010	9 Monate fällig 23. Februar 2011	2 Mrd. €	
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115632 WKN 111563	Neuemission	14. Juni 2010	6 Monate fällig 8. Dezember 2010	5 Mrd.€	
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE00011155582 WKN 111558	Aufstockung	21. Juni 2010	9 Monate fällig 30. März 2011	2 Mrd.€	
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115640 WKN 111564	Neuemission	28. Juni 2010	12 Monate fällig 29. Juni 2011	4 Mrd. €	
			2. Quartal 2010 insgesamt	ca. 33 Mrd. €	

 $<sup>^1</sup> Volumen\ einschließlich\ Marktpflege quote.$ 

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

# Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Das BIP-Wachstum in Deutschland fiel im 2. Quartal 2010 außergewöhnlich kräftig aus.
- Die konjunkturelle Dynamik in der Industrie ist weiterhin hoch. Die Entwicklung der Auftragseingänge deutet jedoch auf zuletzt etwas schwächere Nachfrageimpulse hin.
- Der private Konsum trug erstmals wieder zum Wirtschaftswachstum bei.
- Der Arbeitsmarkt profitiert spürbar von der konjunkturellen Aufwärtsbewegung.

Die konjunkturelle Aufwärtsbewegung hat sich in Deutschland im Frühjahr dieses Jahres überaus dynamisch fortgesetzt. Nach Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes wurde das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im 2. Quartal 2010 in preis-, saison- und kalenderbereinigter Betrachtung um 2,2% gegenüber dem Vorquartal ausgeweitet. Dies war der kräftigste vierteljährliche BIP-Anstieg seit der deutschen Einheit. Im Vorjahresvergleich wurde das gesamtwirtschaftliche Produktionsergebnis zugleich um 4,1% gesteigert (Ursprungswerte). Zudem wurden im Rahmen einer regelmäßig durchgeführten Neuberechnung die Veränderungsraten für die beiden Vorquartale spürbar aufwärts revidiert. Mit Blick auf das Winterhalbjahr 2009/2010 zeichnen die aktuellen Wirtschaftsdaten nun ein wesentlich günstigeres Konjunkturbild als zuvor. Zugleich fiel der BIP-Rückgang im Jahr 2009 etwas weniger stark aus als bisher veröffentlicht (statt real + 4,9 % nunmehr + 4,7 %).

Zwar werden Detailergebnisse
zur Entwicklung in den einzelnen
Wirtschaftsbereichen erst am 24. August
vorgelegt. Aus der aktuellen Datenlage
sowie den Angaben des Statistischen
Bundesamtes lässt sich jedoch ableiten,
dass das BIP-Wachstum im 2. Vierteljahr
an Breite gewonnen hat. Neben positiven
außenwirtschaftlichen Wachstumsimpulsen
hat auch die Entwicklung der
Binnennachfrage zur deutlichen Erhöhung des

gesamtwirtschaftlichen Expansionstempos beigetragen. Dabei wurden sowohl die Investitionstätigkeit als auch die private Konsumnachfrage ausgeweitet.

Die monatlichen Konjunkturindikatoren signalisieren einen günstigen Einstieg der deutschen Wirtschaft in das 3. Quartal. So ist eine Vielzahl von Stimmungsindikatoren klar aufwärtsgerichtet. Zugleich wird die industrielle Produktion weiterhin von einer deutlich verbesserten Auftragslage profitieren. Darüber hinaus haben sich die Einkommensperspektiven der privaten Haushalte vor dem Hintergrund der günstigen Entwicklung am Arbeitsmarkt zuletzt wieder deutlich verbessert. Dies dürfte die erwartete Belebung der privaten Konsumtätigkeit begünstigen. Allerdings wird die konjunkturelle Dynamik in der 2. Jahreshälfte 2010 wahrscheinlich erheblich weniger stark ausfallen als im 1. Halbjahr.

Hinsichtlich der Wachstumserwartungen für das gesamte Jahr 2010 besteht angesichts der aktuellen Datenlage und den gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen erheblicher Korrekturbedarf. Bisher war die Bundesregierung in ihrer Frühjahrsprojektion für 2010 von einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von real 1,4% ausgegangen. Die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen der Bundesregierung werden im Oktober turnusgemäß überprüft.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Der Aufschwung in Deutschland wird erneut entscheidend von der dynamischen Entwicklung des Außenhandels getragen. Hier setzte sich der Aufwärtstrend auch zum Ende des 2. Quartals fort. Nach sprunghaftem Anstieg im Vormonat fielen die monatlichen Zuwachsraten im Juni zwar wieder spürbar niedriger aus. Im Vorquartalsvergleich zeigt sich jedoch eine deutliche Steigerung des Wachstumstempos im Frühjahr dieses Jahres. So konnte bei den nominalen Warenausfuhren im 2. Quartal eine Zunahme von insgesamt knapp 9 ½ % gegenüber dem 1. Vierteljahr verzeichnet werden. Im 1. Halbjahr 2010 lag das nominale Ausfuhrergebnis (nach Ursprungswerten) damit insgesamt gut 18 % über dem entsprechenden Vorjahresniveau. Dabei fiel die Ausweitung der Ausfuhren in Drittländer nach wie vor besonders kräftig aus (+26,2%). Aber auch bei den Ausfuhren in den Nicht-Euroraum der EU (+16,8%) sowie den Euroraum (+12,2%) konnte ein deutliches Plus verbucht werden. Im Zuge dieser außenwirtschaftlichen Belebung haben die Warenausfuhren ihr (saisonbereinigtes) Vorkrisenniveau wieder erreicht, die nominalen Wareneinfuhren haben es inzwischen klar überschritten. So wurden die nominalen Warenimporte nach bereits sprunghaftem Anstieg im Vormonat im Juni nochmals spürbar ausgeweitet, womit das nominale Einfuhrergebnis des Vorquartals im 2. Vierteljahr um 10 ½% übertroffen wurde.

Das aktuelle Indikatorenbild signalisiert insgesamt eine Fortsetzung der lebhaften Außenhandelstätigkeit. So ist die Auslandsnachfrage nach deutschen Industriegütern deutlich aufwärtsgerichtet, und die Exportperspektiven werden von den Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe laut ifo-Umfrage weiterhin sehr optimistisch beurteilt. Allerdings könnten die Nachfrageimpulse aus dem Ausland im weiteren Jahresverlauf etwas nachlassen. So signalisiert der OECD Composite Leading Indicator eine leichte Abschwächung der globalen Wachstumsdynamik. Auch die jüngste Einkaufsmanager-Umfrage deutet auf eine vermeintlich ruhigere Gangart im

Exportgeschäft hin. Zudem ist zu beachten, dass der kräftige Anstieg der industriellen Auslandsnachfrage im Juni durch einen überdurchschnittlichen Umfang an Großaufträgen überzeichnet wurde und die Auslandsnachfrage nach deutschen Vorleistungsgütern den zweiten Monat in Folge rückläufig war. Dennoch dürften die deutschen Exporteure von einer fortgesetzten weltwirtschaftlichen Erholung weiterhin spürbar profitieren.

Nach deutlichem Anstieg im Mai war die Produktion im Produzierenden Gewerbe im Juni im Vormonatsvergleich leicht rückläufig. Insgesamt wurde sie im 2. Quartal aber um (saisonbereinigt) fast 5 ½ % gegenüber dem 1. Vierteljahr 2010 ausgeweitet. Hierzu trug die Industrie mit einer Produktionssteigerung von knapp 5 ¼ % gegenüber dem Vorguartal entscheidend bei. Dabei war die Zunahme der Herstellung von Investitions- und Vorleistungsgütern besonders ausgeprägt. Bei der Bauproduktion kam es im Vorquartalsvergleich zu einem Anstieg von (saisonbereinigt) rund 16 %. Damit sind sowohl Industrie- als auch Bauproduktion im Frühjahr deutlich ausgeweitet worden, sodass die industrielle Dynamik in Deutschland trotz der leichten Abschwächung der Produktionstätigkeit zum Ende des 2. Quartals – derzeit als hoch zu beurteilen ist.

Der Produktionsrückgang zum Quartalsende spiegelt sich auch in der Entwicklung der industriellen Umsätze wider. So wurde das Umsatzergebnis des Vormonats im Juni um (saisonbereinigt) ½% unterschritten. Hierbei standen rückläufige Auslandsumsätze einer leichten Steigerung der Inlandsumsätze gegenüber. Insgesamt konnte im 2. Quartal ein Umsatzplus von knapp 5% gegenüber dem 1. Vierteljahr verzeichnet werden. Dabei stiegen die Auslandsumsätze in diesem Zeitraum mit (saisonbereinigt) + 6,0% noch stärker als die Inlandsumsätze (+4,0%).

Die Auftragssituation im Verarbeitenden Gewerbe hat sich im 2. Quartal spürbar verbessert. Insgesamt nahm das industrielle

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

#### Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

	2009		Veränderung in % gegenüber					
Gesamtwirtschaft/Einkommen	Mrd.€		Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
	bzw. Index	ggü. Vorj. in%	4. Q.09	1.Q.10	2.Q.10	4. Q.09	1.Q.10	2.Q.10
Bruttoinlandsprodukt								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	105,2	-4,7	+0,3	+0,5	+2,2	-1,3	+2,1	+4,1
jeweilige Preise	2 397	-3,4	+0,3	+0,6	+2,3	+0,0	+3,1	+4,9
Einkommen <sup>1</sup>								
Volkseinkommen	1 807	-4,2	+0,7	+1,3		-0,2	+5,6	
Arbeitnehmerentgelte	1 223	-0,1	-0,1	+1,2		-0,9	+0,9	
Unternehmens- und	583	-11,8	+2,4	+1,5		+1,5	+15,2	
Vermögenseinkommen	303	11,0	12,7	11,5		11,5	113,2	•
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 561	+0,2	+0,5	-0,5		+0,7	+0,9	
Bruttolöhne ugehälter	992	-0,4	+0,2	+0,1		-0,9	+0,9	
Sparen der privaten Haushalte	180	+1,0	+0,8	+0,6		+0,6	+2,8	•
	2009		Veränderung i			in%gegenüber		
Außenhandel/Umsätze/ Produktion/Auftragseingänge	Mrd. €	ggü.Vorj.	Vorperiode saisonbereinigt		Vorjahr			
	bzw. Index	in%	Mai 10	Jun 10	Dreimonats- durchschnitt	Mai 10	Jun 10	Dreimonats durchschnit
in jeweiligen Preisen								
Umsätze im Bauhauptgewerbe(Mrd.€)	86	+6,1	+0,3		+20,6	-1,0		-4,2
Außenhandel (Mrd. €)								
Waren-Exporte	803	-18,4	+7,9	+3,8	+9,4	+28,8	+28,5	+25,4
Waren-Importe	667	-17,2	+13,7	+1,9	+10,5	+34,2	+31,7	+27,1
in konstanten Preisen von 2005								
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2005 = 100) <sup>2</sup>	94,3	-15,5	+2,9	-0,6	+5,4	+12,8	+10,8	+12,5
Industrie <sup>3</sup>	93,7	-17,3	+3,2	-0,9	+5,2	+13,4	+11,8	+13,4
Bauhauptgewerbe	108,2	-0,1	-1,9	-0,9	+16,1	+4,9	+3,8	+4,6
Umsätze im								
Produzierenden Gewerbe <sup>2</sup>								
Industrie (Index 2005 = 100) <sup>3</sup>	92,9	-17,6	+3,1	-0,5	+4,9	+13,1	+10,6	+12,5
Inland	93,1	-14,4	+2,2	+0,8	+4,0	+7,3	+6,6	+6,9
Ausland	92,6	-21,0	+4,1	-1,9	+6,0	+20,2	+15,7	+19,4
Auftragseingang (Index 2005 = 100) <sup>2</sup>								
Index 2005 = 100)	87,2	-21,6	-0,1	+3,2	+7,6	+24,9	+24,5	+26,5
Inland	88,6	-18,2	-0,5	+0,3	+5,9	+20,4	+20,2	+22,1
Ausland	86,1	-24,4	+0,3	+5,7	+9,1	+28,8	+28,1	+30,3
Bauhauptgewerbe	95,7	-6,9	-3,1		+0,7	-0,2	0,1	+4,6
Umsätze im Handel	33,1	-0,3	٥, ١	•	10,7	0,2		1-7,0
(Index 2005=100)								
Einzelhandel (ohne Kfz und mit Tankstellen)	96,6	-2,5	+3,0	-0,9	+0,3	-0,7	+3,1	-0,8
Handel mit Kfz	93,6	+0,6	-2,7	+1,2	+4,2	-11,4	-7,6	-10,4

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

#### Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

	2009		Veränderung in Tsd. gegenüber					
Arbeitsmarkt	Personen Mio.	ggü. Vorj. in%	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			Mai 10	Jun 10	Jul 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	3,42	+4,8	-43	-20	-20	-217	-257	-271
Erwerbstätige, Inland	40,27	-0,0	+32	+25		+79	+124	
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	27,38	-0,3	+51			+204		
Preisindizes 2005 = 100	2009		Veränderung in % gegenüber					
		aaii Mari in %	Vorperiode			Vorjahr		
	Index	ggü. Vorj. in%	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10
Importpreise	100,5	-8,6	+0,6	+0,9		+8,5	+9,1	
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	108,0	-4,2	+0,3	+0,6		+0,9	+1,7	
Verbraucherpreise	107,0	+0,4	+0,1	+0,1	+0,3	+1,2	+0,9	+1,2
ifo-Geschäftsklima gewerbliche Wirtschaft	saison bereinigte Salden							
	Dez 09	Jan 10	Feb 10	Mrz 10	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10
Klima	-11,4	-8,8	-10,0	-4,2	+2,6	+2,4	+2,9	+11,6
Geschäftslage	-22,4	-20,7	-23,3	-14,2	-5,0	-4,8	-1,5	+9,5
Geschäftserwartungen	+0,0	+3,8	+4,3	+6,5	+10,6	+9,8	+7,4	+13,6

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Rechenstand Mai 2010.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

Bestellvolumen gegenüber dem 1. Vierteljahr um qut 7½% zu. Das deutliche Auftragsplus im Juni resultierte jedoch maßgeblich aus einem überdurchschnittlichen Volumen an ausländischen Großaufträgen. Die inländische Bestelltätigkeit blieb dagegen über alle Gütergruppen hinweg verhalten. Zudem ist zu beachten, dass das Gesamtvolumen industrieller Neuaufträge bereits im Mai nahezu stagniert hatte. Somit deutet die Entwicklung des industriellen Auftragseingangs am aktuellen Rand für sich genommen auf zuletzt etwas schwächere Nachfrageimpulse für die Industrie hin. Dagegen fielen die Ergebnisse sowohl der Einkaufsmanager- als auch der ifo-Umfrage im Juli wieder überaus günstiger aus als im Vormonat, was tendenziell eine Fortsetzung der dynamischen Produktionstätigkeit im Verarbeitenden Gewerbe zu Beginn des 3. Quartals signalisiert.

Der private Konsum trug im 2. Quartal 2010 gemäß Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes positiv zur BIP-Entwicklung bei. Dies steht im Einklang mit der leichten Zunahme der Einzelhandelsumsätze (ohne Kfz) in diesem Zeitraum. Auch der Anstieg des Aufkommens der Steuern vom Umsatz im Juli 2010, das sich in erster Linie auf im Mai und Juni 2010 getätigte Umsätze bezieht, passt in das Bild (+1,9%), wenngleich die Einnahmen aus der Umsatzsteuer aus kassentechnischen Gründen sanken (+ 6,9%): Der Rückgang der Einnahmen aus der (Binnen-) Umsatzsteuer ist auf erhöhte Vorsteuerabzüge infolge eines deutlich angestiegenen Volumens der Einfuhrumsatzsteuer (+37,7%) zurückzuführen.

Die Stimmungsindikatoren deuten auch zu Beginn des 2. Halbjahres auf eine weitere Belebung der privaten Konsumtätigkeit hin. So verbesserte sich im Juli das Geschäftsklima im Einzelhandel (ifo) spürbar, und auch

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Zahlen berechnet.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup>Ohne Energie.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

im Rahmen der ZEW-Umfrage wurden die Ertragsperspektiven für den Bereich Konsum/ Handel wieder deutlich zuversichtlicher beurteilt als noch im Juni. Zudem erwartet die GfK für August eine spürbare Aufhellung der Verbraucherstimmung. Auch von der fortgesetzten Erholung auf dem Arbeitsmarkt dürften positive Impulse auf den privaten Konsum zu erwarten sein.

Der Arbeitsmarkt profitiert spürbar von der konjunkturellen Aufwärtsbewegung. So setzte sich der Rückgang der saisonbereinigten Arbeitslosenzahl im Juli unvermindert fort. Nach Ursprungswerten verringerte sich die Zahl registrierter Arbeitsloser auf 3,19 Mio. Personen. Damit waren im Juli 271 000 Personen weniger arbeitslos gemeldet als vor einem Jahr. Die entsprechende Arbeitslosenquote sank im gleichen Zeitraum um 0,6 Prozentpunkte auf 7,6 %. Gleichzeitig nahm die Zahl der Anzeigen für konjunkturell bedingte Kurzarbeit weiter ab. Für Juli lag die Zahl der Neuanzeigen nach Schätzung der Bundesagentur für Arbeit zwischen 20 000 Personen und 30 000 Personen. Im April hatte sie noch bei 49 000 Personen gelegen.

Die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen (Inlandskonzept) stieg im Juni gegenüber dem Vormonat zum vierten Mal in Folge merklich an. Die Erwerbstätigenzahl (nach Ursprungswerten) lag mit 40,37 Mio. Personen deutlich über dem Vorjahresstand. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wurde auch im Mai gegenüber dem Vormonat ausgeweitet. Der Vorjahresstand wurde (nach Ursprungswerten) ebenfalls spürbar um 204 000 Personen überschritten nach einem Anstieg um 123 000 Personen im April. Die deutliche Zunahme der Teilzeitbeschäftigung (rund + 180 000 Personen gegenüber dem Vorjahr) hat diese Entwicklung begünstigt (Vollzeitstellen: rund + 20 000 Stellen gegenüber dem Vorjahr). Nach Branchen setzte sich der kräftige Beschäftigungsaufbau im Mai im Vergleich zum Vorjahr bei den Arbeitnehmerüberlassungen und in den konsumnahen Dienstleistungsbereichen (Gesundheits- und Sozialwesen sowie

Erziehung und Unterricht) fort. Auch im Bauhauptgewerbe nahm die Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter weiter zu. Im Verarbeitenden Gewerbe gab es weiterhin Beschäftigungsverluste, jedoch mit abnehmender Tendenz.

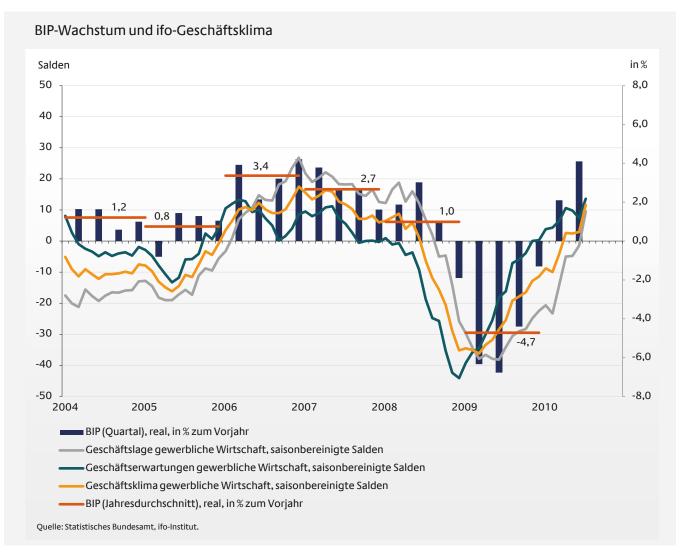
Die jüngste ifo-Umfrage hatte bereits signalisiert, dass vor allem im vom Konjunktureinbruch besonders betroffenen Verarbeitenden Gewerbe die Personalplanungen – im Zuge einer sich normalisierenden Kapazitätsauslastung inzwischen tendenziell wieder auf Beschäftigungsaufbau ausgerichtet sind. Auch aus der Umfrage unter Einkaufsmanagern hatte sich zu Beginn des Monats ein ähnliches Bild ergeben. Damit dürfte sich die Beschäftigungssituation im Verarbeitenden Gewerbe im weiteren Jahresverlauf allmählich verbessern. Dennoch sind die Folgen der Wirtschaftskrise für den Arbeitsmarkt an der Entwicklung der Arbeitszeit weiterhin erkennbar. Darauf deuten sowohl die Neuanzeigen von konjunkturell bedingter Kurzarbeit sowie die deutliche Ausweitung von Teilzeitarbeit hin. Erst im Zuge eines anhaltenden konjunkturellen Aufschwungs dürfte es auch hinsichtlich der Arbeitszeit zu einer Normalisierung kommen.

Der Verbraucherpreisindex (VPI) lag im Juli um 1,2% über dem Vorjahresniveau. Im Juni hatte die Inflationsrate noch bei 0,9 % gelegen. Die jährliche Teuerungsrate wurde vor allem durch die weiterhin aufwärtsgerichtete Preisentwicklung bei Mineralölerzeugnissen geprägt (+14,1% gegenüber dem Vorjahr). Zusätzlich waren deutliche Preissteigerungen bei saisonabhängigen Nahrungsmitteln wie Obst und Gemüse zu beobachten. Dämpfend wirkten sich dagegen spürbare Preisrückgänge bei Gas (-5,4%) sowie den Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme (- 9,0 %) aus. Ohne Berücksichtigung von Energie und saisonabhängigen Nahrungsmitteln hätte die Inflationsrate bei 0,6 % gelegen. Insgesamt fiel damit auch zu Beginn des 3. Quartals der Preisanstieg auf der Verbraucherstufe moderat aus. Im Zeitraum Januar bis Juli 2010

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

lag die durchschnittliche Jahresteuerungsrate bei rund 1%. Der Rohölpreis der Sorte Brent bewegte sich im Verlauf des Monats Juli relativ stabil um die Marke von 76 US-Dollar je Barrel. Im Vorjahresvergleich stellt dies jedoch einen Preisanstieg von durchschnittlich etwa 18 % dar. Entsprechend sind auf den vorgelagerten Stufen der Produktionskette inzwischen verstärkt Preisanstiege zu verzeichnen, die maßgeblich von der Entwicklung der Energiekomponente bestimmt sind.

So wurde bei den Importpreisen im Juni mit + 9,1% die höchste jährliche Teuerungsrate seit November 2000 verzeichnet. Hierzu trug der Anstieg der Einfuhrpreise für Energie mit einer Rate von + 23,8 % entscheidend bei. Dabei verteuerten sich die Importe von Rohöl gegenüber dem Vorjahr um 30,6 %. Auch die Einfuhrpreise für Mineralölerzeugnisse (+ 30,1%) und Erdgas (+ 13,5 %) stiegen kräftig an. Ohne Berücksichtigung der Preise für Rohöl und Mineralölerzeugnisse verteuerten sich die Importe noch um 6,8 % gegenüber dem Vorjahr. Die Preise für nichtenergetische Rohstoffe zogen ebenfalls kräftig an. So waren beispielsweise Nicht-Eisen-Metallerze um 41,1% und Rohkupfer um 48,2 % teurer als vor einem Jahr. Bei Nahrungsmitteln fiel insbesondere die Preissteigerung bei Rohkaffee mit 32,8 % besonders deutlich aus.



KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Die Erzeugerpreise stiegen im Juni um 1,7% gegenüber dem Vorjahr an. Der Anstieg war erneut vor allem auf die Verteuerung von Vorleistungsgütern zurückzuführen (+ 5,0%). Die Preise für Metalle erhöhten sich um 17,2%, und Preise für Walzstahl lagen um 22,8% über ihrem Vorjahresniveau. Die Herstellung von Energie verteuerte sich gegenüber dem Vorjahr nur um 0,6%, was insgesamt den Anstieg der Erzeugerpreise dämpfte. Mineralölerzeugnisse verteuerten sich allerdings um 15%. Ohne Berücksichtigung von Energie stieg der Erzeugerpreisindex im Juni gegenüber dem Vorjahr um 2,1% an.

Im Zuge einer Fortsetzung der konjunkturellen Aufwärtsbewegung dürfte es im weiteren Jahresverlauf in Deutschland wieder zu etwas höheren Preissteigerungsraten kommen. Allerdings ist angesichts eines sich erst allmählich erholenden Konsums vorerst nicht davon auszugehen, dass die Preissteigerungen auf der Produktionsstufe spürbar auf die Verbraucherstufe durchwirken. Qualitativ bestätigt dies auch der aktuelle Consensus Forecast für die jährliche VPI-Teuerungsrate, der für 2010 bei 1,1% liegt.

Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2010

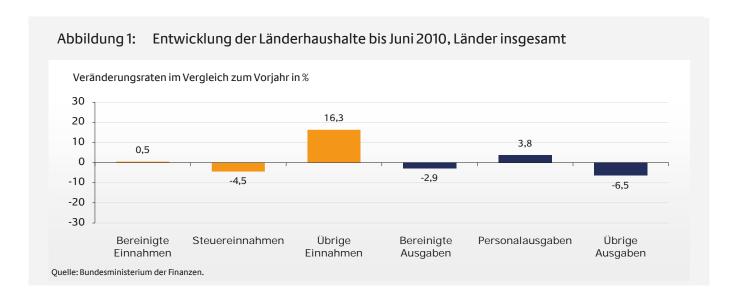
# Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2010

Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder bis einschließlich Juni 2010 vor.

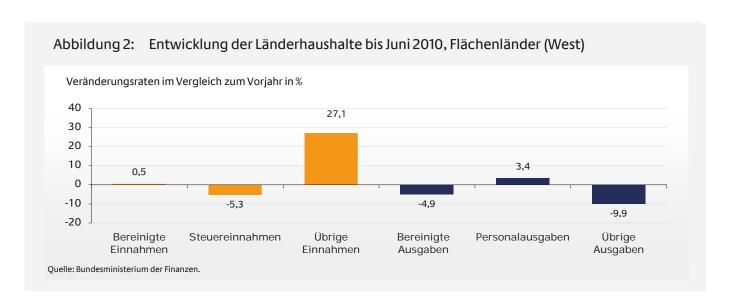
Die Entwicklung der Länderhaushalte stellt sich Ende Juni günstiger dar als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Die Einnahmen der Ländergesamtheit stiegen gegenüber dem Vorjahr leicht um 0,5 %, während die Ausgaben um – 2,9 % zurückgingen. Allerdings sind die Steuereinnahmen der Ländergesamtheit im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 4,5 % gesunken. Bei den Stadtstaaten ist ein Zuwachs

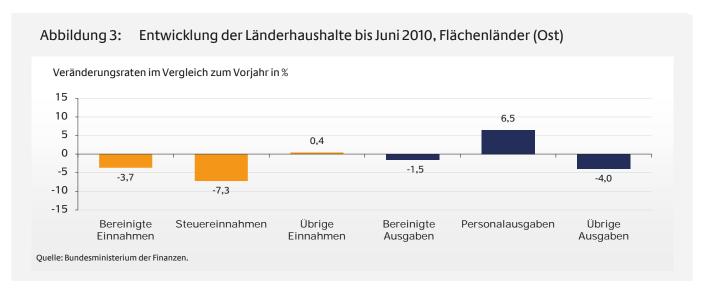
von 5,8 % zu verzeichnen, dagegen nahmen die Steuereinnahmen der ostdeutschen Flächenländer um −7,3 % und die der westdeutschen Flächenländer um −5,3 % ab. Das Finanzierungsdefizit der Länder insgesamt betrug am Ende des Berichtszeitraums −10,5 Mrd. € und war damit um knapp 4,8 Mrd. € günstiger als der entsprechende Vorjahreswert.

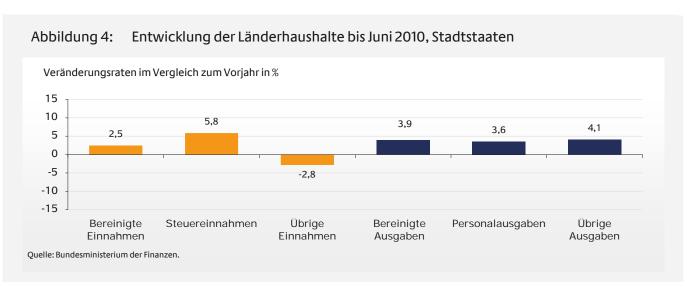
Die Einnahmen und Ausgaben der Länder bis Juni, deren Entwicklungen im Einzelnen in den nachfolgenden Grafiken aufgeführt sind, werden in den Tabellen im Statistikteil ausführlich betrachtet.



Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2010







EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

# Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

#### Rückblick auf den ECOFIN-Rat am 13. Juli 2010 in Brüssel

#### Rechtsetzungspaket zur EU-Finanzaufsicht

Das Rechtsetzungspaket zur EU-Finanzaufsicht besteht aus insgesamt sechs Rechtstexten. Zwei EU-Verordnungen betreffen die Errichtung eines Europäischen Ausschusses für Systemrisiken (ESRB) sowie die Übertragung der Sekretariatsaufgaben dieses Ausschusses auf die Europäische Zentralbank (EZB). Drei EU-Verordnungen betreffen die Schaffung von drei neuen Europäischen Aufsichtsbehörden im Banken-, Versicherungs- und Wertpapiersektor. Schließlich werden mit der sogenannten Omnibusrichtlinie I elf Richtlinien im Banken-, Versicherungs- und Wertpapiersektor (z. B. Bankenrichtlinie) an die Errichtung der neuen EU-Aufsichtsstrukturen angepasst.

Die Minister diskutierten auf der Basis von Präsidentschaftskompromissen die Verordnung zur Errichtung des ESRB sowie politisch wichtige Artikel der Verordnung zur Schaffung einer Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) und nahmen wenige Änderungen an den Präsidentschaftsvorschlägen vor. Auf dieser Grundlage haben die Mitgliedstaaten einvernehmlich der Präsidentschaft für die weiteren Trilogverhandlungen ein neues Verhandlungsmandat erteilt.

Um dem Europäischen Parlament entgegenzukommen, wurden in diesem Verhandlungsmandat u. a. Durchgriffsrechte der künftigen EU-Aufsichtsbehörden bei Entscheidungen in Krisenfällen und bei Entscheidungen zur Streitbeilegung aufgenommen. Damit können die EU-Aufsichtsbehörden direkt gegenüber einem Finanzinstitut einschreiten, wenn die nationale Aufsichtsbehörde zuvor der Entscheidung der EU-Aufsichtsbehörde nicht nachgekommen

ist. In Krisenfällen kann der Durchgriff auf ein Finanzinstitut dann erfolgen, wenn eine wesentliche Verletzung des EU-Rechts durch die nationalen Aufsichtsbehörden vorliegt. Ferner sollen die EU-Aufsichtsbehörden befugt sein, unter bestimmten Voraussetzungen Finanztransaktionen oder -produkte zeitlich begrenzt zu verbieten. Darüber hinaus wurde die Rolle der EU-Aufsichtsbehörden im Hinblick auf systemrelevante Institute präzisiert. Die EU-Aufsichtsbehörden sollen u. a. eine stärkere Rolle in den Aufsichtskollegien erhalten. Sie sollen des Weiteren gemeinsam mit dem ESRB Indikatoren entwickeln, um systemische Risiken erkennen und messen zu können. Die EU-Aufsichtsbehörden sollen auch ein angemessenes Stresstestregime erarbeiten, das dabei hilft, systemrelevante Institute zu identifizieren. Diese Institute werden dann einer verstärkten Aufsicht unterstellt. Die EU-Aufsichtsbehörden sollen bei systemrelevanten Instituten einen aktiven Beitrag zur Entwicklung und Koordination von Rettungs- und Abwicklungsplänen, zu Notfallverfahren und Präventionsmaßnahmen leisten. Die EU-Aufsichtsbehörden können auch bewährte Methoden ("best practices") für Abwicklungsverfahren feststellen. Außerdem sollen sie prüfen, ob EU-Stabilisierungsfonds oder EU-Abwicklungseinheiten erforderlich sind und gegebenenfalls Konzepte für ihre Errichtung entwickeln beziehungsweise zur Entwicklung solcher Konzepte oder Methoden beitragen. Ferner soll die EBA mithelfen, das EU-System nationaler Einlagensicherungssysteme zu stärken. Dabei soll die Einlagensicherungsrichtlinie korrekt mit dem Ziel angewendet werden, dass Einlagensicherungssysteme ausreichend von den Finanzinstituten finanziert werden und den Einlegern einen hohen Schutz innerhalb eines harmonisierten Rahmenwerkes in der EU bieten. Die Institutssicherung soll dabei

## ☐ Übersichten und Termine

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

erhalten bleiben. Sie muss aber mit dem EU-Recht vereinbar sein.

Nach Einschätzung der Mitgliedstaaten sowie der Ratspräsidentschaft und der Europäischen Kommission, die beide in den Trilogverhandlungen vertreten sind, bietet das neue Verhandlungsmandat eine gute Chance für eine Einigung mit dem Europäischen Parlament. Bis zu einer endgültigen Einigung sind aber noch Anstrengungen von allen Beteiligten erforderlich. Auch sind noch sämtliche Rechtstexte zu finalisieren: Zu klären ist noch eine Reihe technischer Details, insbesondere in der Omnibusrichtlinie I; darüber hinaus müssen die Verordnungen für EIOPA (Europäische Versicherungsaufsichtsbehörde) und ESMA (Europäische Wertpapieraufsichtsbehörde) an den EBA-Kompromiss angepasst werden. Das Europäische Parlament soll die finalisierten Rechtstexte in erster Lesung im September 2010 annehmen.

# Programm des belgischen Vorsitzes

Die neue belgische Präsidentschaft stellte das ECOFIN-Programm für die nächsten sechs Monate vor. Es gliedert sich in folgende Bereiche:

#### Reformen des Finanzsektors

- a. Die Präsidentschaft will einen mehrjährigen Aktionsplan ausarbeiten, der die Gesamtheit der in der EU durchzuführenden Finanzdienstleistungsreformen festlegt.
- b. Das Paket zur Finanzaufsicht soll zu einem Abschluss gebracht werden, damit die neuen Institutionen Anfang 2011 ihre Arbeit aufnehmen können.
- c. Um die Belastbarkeit und die Stabilität der Finanzinstitutionen im Krisenfall zu verbessern, sollen angemessene Kapital-

- und Liquiditätsanforderungen festgelegt werden.
- d. Die Krisenprävention und das Krisenmanagement, insbesondere hinsichtlich systemrelevanter und grenzüberschreitender Institute, sollen gestärkt werden.
- e. Gesetzgebungsinitiativen der
  Kommission zur Förderung der
  Sicherheit der Derivatemärkte, zu
  Leerverkäufen und Credit Default Swaps,
  zu Einlagengarantiesystemen und zur
  Vertiefung des Binnenmarktes (u. a.
  Festsetzung eines Enddatums für den
  Eintritt in SEPA, den einheitlichen EUROZahlungsverkehrsraum) sollen geprüft
  werden.
- f. Die Revision der Richtlinie über Marktmissbrauch, die Richtlinie über die Verwalter alternativer Investmentfonds (AIFM-Richtlinie) und die Aufsicht über die Rating-Agenturen werden ebenfalls auf der Agenda stehen.

# Wirtschafts- und Finanzpolitik

- a. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und die Anwendung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes werden im Fokus stehen.
- b. Die Begleitung und das Follow-up zu den Arbeiten der Van Rompuy Task Force stehen auf der Agenda.
- c. Estland wird als weiteres Mitglied dem Euroraum beitreten.
- d. Im Rahmen der Strategie EU2020 sind Strukturreformen zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit umzusetzen.
- e. Die Arbeiten zu innovativen Finanzierungsmöglichkeiten einschließlich einer globalen Finanztransaktionssteuer sollen fortgeführt werden.

## □ Übersichten und Termine

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

#### Steuern

#### Direkte Steuern

- a. Die Arbeiten zur
   Zinsbesteuerungsrichtlinie sowie an den
   Betrugsbekämpfungsabkommen mit
   Drittstaaten werden fortgesetzt.
- b. Die Arbeiten der Gruppe "Verhaltenskodex" auf dem Gebiet der Unternehmenssteuern sollen unterstützt werden.

#### Indirekte Steuern

- c. Im Bereich der Mehrwertsteuer will die Präsidentschaft die Modernisierung der geltenden Regelungen voranbringen. Insbesondere sollen die Arbeiten an der umsatzsteuerlichen Behandlung der Versicherungs- und Finanzdienstleistungen sowie an der Neufassung der Verordnung mit Durchführungsvorschriften fortgesetzt werden.
- d. Dem Auftrag des ECOFIN-Rates vom Dezember 2009 entsprechend soll die umsatzsteuerliche Behandlung der Postdienstleistungen erörtert werden. Ferner sollen die Sonderregelung für die "Reisebüros", der angekündigte Richtlinienvorschlag für die umsatzsteuerliche Behandlung von Gutscheinen und der Richtlinienvorschlag über die Verlängerung des Mindestsatzes für den Mehrwertsteuernormalsatz thematisiert werden.
- e. Der Reverse-Charge-Mechanismus als Mittel zur Betrugsbekämpfung in Bezug auf bestimmte Güter soll untersucht werden.

# Die außenpolitische Rolle der EU

- Die Rolle der EU in internationalen
   Gremien soll durch Koordinierung der europäischen Positionen gestärkt werden.
- b. Die internationalen Finanzinstitute müssen reformiert werden, um den Herausforderungen gerecht zu werden.
- c. Neben der Schnellstart-Finanzierung zum Schutz vor dem Klimawandel muss auch ein Beitrag zu den längerfristigen Finanzierungsproblemen geleistet werden.
- d. In Bezug auf die Halbzeitüberprüfung des Außenmandats der Europäischen Investitionsbank für den Zeitraum 2007-2013 wird das ordentliche Gesetzgebungsverfahren (Befassung des EP) fortgeführt.

# Weiteres Vorgehen im Anschluss an die Tagung des Europäischen Rates

Die ECOFIN-Minister haben sich über das weitere Vorgehen nach der Tagung des Europäischen Rates am 17. Juni 2010 ausgetauscht. Hierbei ging es insbesondere um die Verstärkung der wirtschaftspolitischen Koordinierung. Die Europäische Kommission führte aus, dass die Arbeitsgruppe unter Leitung des Präsidenten des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, bei den Themen wirtschaftspolitische Überwachung, Fiskalregeln, Schuldenstand, Sanktionen und Europäisches Semester gut voranschreite. In der Arbeitsgruppe habe es eine breite Unterstützung für das Europäische Semester gegeben. Die Kommission kündigte an, zu den in der Arbeitsgruppe diskutierten Reformvorschlägen nach deren Treffen Ende September 2010 Legislativvorschläge vorlegen zu wollen. Diese könnten dann im Oktober/November 2010 zwischen Rat und Europäischem Parlament verhandelt werden, um schließlich im Dezember 2010 in Kraft zu treten. Ziel sei, das Europäische

## □ Übersichten und Termine

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Semester 2011 einzuführen. Hierzu wurden die ECOFIN-Vorbereitungsgremien beauftragt, den Verhaltenskodex zu den Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen zu überprüfen.

# Grundzüge der Wirtschaftspolitik

Nach Billigung der Integrierten Leitlinien durch den Europäischen Rat am 17. Juni 2010 hat der ECOFIN-Rat die Grundzüge der Wirtschaftspolitik, die zusammen mit den Beschäftigungspolitischen Leitlinien die Integrierten Leitlinien bilden, formal verabschiedet. Für die Mitgliedstaaten bilden diese Integrierten Leitlinien eine Orientierung für die jeweils im Rahmen der Strategie EU2020 zu erstellenden Nationalen Reformprogramme. Die Integrierten Leitlinien zielen ab auf die Stärkung der Wachstumskräfte der EU-Mitgliedstaaten durch Haushaltskonsolidierung, die Erhöhung der Qualität öffentlicher Finanzen, eine Fokussierung der Investitionen in Sektoren zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, eine umfassende Strategie zur Erhöhung der Beschäftigungsquote sowie eine Schwerpunktsetzung auf Forschung, Entwicklung und Bildung.

# Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes

Die ECOFIN-Minister haben für Finnland,
Dänemark, Zypern und Bulgarien das
Bestehen übermäßiger öffentlicher Defizite
festgestellt und Empfehlungen mit dem Ziel
beschlossen, die übermäßigen öffentlichen
Defizite zu beenden. Damit befinden sich 24
der 27 Mitgliedstaaten im Defizitverfahren. Die
Kommission betonte vor diesem Hintergrund
die Bedeutung der Überwachung der
Haushaltspolitiken sowie die Notwendigkeit
mutiger Strukturreformen zur Stärkung
des langfristigen Wachstums. Nach den
Haushaltsnotifizierungen im Herbst und
der Herbstprognose der Kommission solle

wieder auf die Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes zurückgekommen werden.

Darüber hinaus stellten die ECOFIN-Minister fest, dass Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, die Niederlande, Österreich, Portugal, Slowenien, die Slowakei, Spanien und Tschechien wirksame Maßnahmen zum Abbau ihrer übermäßigen Defizite ergriffen haben.

## Beitritt Estlands zum Euroraum

Die Staats- und Regierungschefs hatten sich beim Europäischen Rat am 17. Juni 2010 für die Aufnahme Estlands in den Euro ausgesprochen, und auch das Europäische Parlament hat einen Beitritt Estlands begrüßt. Die Minister nahmen die Rechtsakte zur Aufnahme Estlands in den Euroraum zum 1. Januar 2011 einvernehmlich an.

# ☐ Übersichten und Termine

TERMINE, PUBLIKATIONEN

# Termine, Publikationen

# Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

6./7. September 2010	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
30. September / 1. Oktober 2010	Informeller ECOFIN in Brüssel
8. Oktober 2010	Gemeinsame Jahresversammlung von IWF und Weltbank in Washington
8./9. Oktober 2010	G7-Finanzministertreffen in Washington
18./19. Oktober 2010	Eurogruppe und ECOFIN in Luxemburg
22./23. Oktober 2010	G20-Finanzministertreffen in Gyeongju/Korea

# Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2011

4. bis 6. Mai 2010	Steuerschätzung
bis 25. Juni 2010	Regierungsinterne Haushaltsverhandlungen
2. Juli 2010	Zuleitung an Kabinett
7. Juli 2010	Kabinettbeschluss
13. August 2010	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
14. bis 17. September 2010	1. Lesung Bundestag
24. September 2010	1. Beratung Bundesrat
27. September bis 10. November 2010	Beratungen im Haushaltsausschuss
15. Oktober 2010	Stabilitätsrat
11. November 2010	Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss
23. bis 26. November 2010	2./3. Lesung Bundestag
17. Dezember 2010	2. Beratung Bundesrat
Ende Dezember 2010	Verkündung im Bundesgesetzblatt

# ☐ Übersichten und Termine

TERMINE, PUBLIKATIONEN

# Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
September 2010	August 2010	20. September 2010
Oktober 2010	September 2010	21. Oktober 2010
November 2010	Oktober 2010	22. November 2010
Dezember 2010	November 2010	20. Dezember 2010

# Publikationen des BMF

#### Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Referat Bürgerangelegenheiten

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

buergerreferat@bmf.bund.de

www.bundesfinanzministerium.de

#### Zentraler Bestellservice:

Telefon: 01805 / 77 80 90<sup>1</sup> Telefax: 01805 / 77 80 94<sup>1</sup>

 $^1$  Jeweils 0,14  $\,{\in}\,/$  Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

#### Internet

http://www.bundesfinanzministerium.de

http://www.bmf.bund.de

# Analysen und Berichte

Halbjahresbericht zum Bundeshaushalt 2010	.41
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Halbjahr 2010	.52
Kurz- und mittelfristige Perspektiven der öffentlichen Haushalte in Deutschland	
Strategie Europa 2020	
Staatliche Anreize für private Bildungsinvestitionen	

HALBJAHRESBERICHT ZUM BUNDESHAUSHALT 2010

# Halbjahresbericht zum Bundeshaushalt 2010

# Ausgaben und Einnahmen des Bundes von Januar bis Juni 2010

1	Ausgangslage	41
	Finanzpolitische Ausgangslage	
	Ausgangspunkt für den Abbaupfad der Schuldenbremse	
	Eckwerte	
	Wesentliche Veränderungen des Haushalts 2010 gegenüber dem Haushalt 2009	
	Entwicklung wesentlicher Ausgabe- und Einnahmenositionen	

- Zur Jahresmitte zeichnet sich ab, dass die Nettokreditaufnahme gegenüber dem veranschlagten Soll um mindestens 15 Mrd. € unterschritten werden wird.
- Es gibt sowohl günstige Entwicklungen auf der Einnahmenseite als auch Entlastungen auf der Ausgabenseite.

# 1 Ausgangslage

# 1.1 Finanzpolitische Ausgangslage

Im Bundeshaushalt 2010 ist eine
Nettokreditaufnahme von 80,2 Mrd.€
veranschlagt – die mit weitem Abstand
höchste Neuverschuldung seit Bestehen
der Bundesrepublik Deutschland. Zur
Jahresmitte zeichnet sich ab, dass die SollNettokreditaufnahme deutlich unterschritten
werden kann.

So kann der Bund nach der MaiSteuerschätzung gegenüber dem
Soll des Haushaltsplans 2010 mit
Steuermehreinnahmen von 4,5 Mrd. €
rechnen. Davon sind 1,8 Mrd. € auf geringere
EU-Abführungen zurückzuführen.
Außerdem kommt es zu außerordentlichen
Mehreinnahmen auf Grund der
Versteigerung der Frequenzen für den
drahtlosen Netzzugang zum Angebot von
Telekommunikationsdiensten. Die Summe
der Höchstgebote von insgesamt 4,4 Mrd. €
überstieg die Erwartungen.

Auf der Ausgabenseite werden durch die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt

spürbare Entlastungen erwartet. Die Schätzungen für den Arbeitsmarkt lassen Minderausgaben in Höhe von mehr als 3 Mrd. € durchaus realistisch erscheinen. Ferner trägt die weiterhin sehr günstige Zinsentwicklung im Bereich der kurzfristigen Kreditaufnahme zur Haushaltsentlastung bei. Auf dieser Grundlage werden Minderausgaben von rund 2 Mrd. € erwartet. Insbesondere wegen der maßvollen Nachfrage nach Gewährleistungen aus dem Deutschlandfonds ist für das Jahr 2010 mit deutlich weniger Schäden aus Gewährleistungen zu rechnen.

Die dargestellte Entwicklung gibt berechtigten Anlass zu der Erwartung, dass die tatsächliche Nettokreditaufnahme im Bundeshaushalt zum Jahresende das Soll um mindestens 15 Mrd. € unterschreiten wird. Dies ändert aber nichts daran, dass der Bund im laufenden Jahr neue Schulden in in noch nie da gewesener Höhe aufnehmen muss.

# 1.2 Ausgangspunkt für den Abbaupfad der Schuldenbremse

Die strukturelle Neuverschuldung des Haushalts 2010 ist Ausgangspunkt für den ab 2011 im Rahmen der Schuldenbremse

HALBJAHRESBERICHT ZUM BUNDESHAUSHALT 2010

einzuhaltenden Abbaupfad, auf dem die strukturelle Neuverschuldung in gleichmäßigen Schritten bis zur vollständigen Geltung der Schuldenbremse ab dem Jahr 2016 zurückzuführen ist. Bei der Aufstellung des Haushalts 2010 betrug die strukturelle Neuverschuldung 66,6 Mrd. €. Auf der Grundlage der aktuell erwarteten gegenüber dem Soll 2010 um 15 Mrd. € geringeren - Neuverschuldung beträgt die strukturelle Neuverschuldung und damit der Ausgangspunkt für den Abbaupfad 53,2 Mrd. €. Dies entspricht 2,21% des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Zur Berechnung der strukturellen Nettokreditaufnahme wurde auf Basis der gesamtwirtschaftlichen Eckwerte der Frühjahrsprojektion 2010 auch die Konjunkturkomponente aktualisiert. Um den ab dem Jahr 2016 geltenden Höchstwert von 0.35 % des BIP einzuhalten, muss die strukturelle Nettokreditaufnahme ab dem Jahr 2011 jährlich um 0,31% des BIP abgebaut werden (siehe auch Beitrag Entwurf des Bundeshaushalts 2011 und des Finanzplans 2010 bis 2014 im Monatsbericht Juli 2010 ab Seite 34).

#### 1.3 Eckwerte

# Ausgaben

Die Ausgaben des Bundes bis einschließlich Juni 2010 lagen mit 155,3 Mrd. € um + 13,8 Mrd. € (+ 9,8 %) über dem Vorjahresergebnis von 141,5 Mrd. €. Die Steigerung ist im Wesentlichen auf das vorzeitige Abrufen der Bundesbeteiligung an den Kosten der Arbeitsförderung durch die Bundesagentur für Arbeit sowie den gestiegenen Bedarf für den Gesundheitsfonds zurückzuführen.

#### Einnahmen

Die Einnahmen des Bundes lagen mit 122,4 Mrd. € bis einschließlich Juni um 4,3 Mrd. € (-3,5%) unter dem Ergebnis bis einschließlich Juni 2009. Die Steuereinnahmen gingen im Vorjahresvergleich um 4,4 Mrd. € zurück und beliefen sich auf 104,9 Mrd. € (-4,0%).

Die Verwaltungseinnahmen erreichten mit 17,5 Mrd. € das Niveau des Vergleichszeitraums bis einschließlich Juni 2009.

# Finanzierungsdefizit

Aus der Gegenüberstellung von Einnahmen und Ausgaben ergibt sich bis Ende Juni 2010 ein Finanzierungsdefizit von - 32,9 Mrd. €, das damit um 18,2 Mrd. € über dem Vorjahresvergleichswert von - 14,7 Mrd. € liegt. Auch wenn sich eine belastbare Vorhersage zum weiteren Jahresverlauf zur Jahresmitte nicht treffen lässt, so wurde bereits beim Regierungsentwurf 2011 mit einem um 15 Mrd. € geringeren Finanzierungsdefizit für das Gesamtjahr 2010 gerechnet. Die erwartete Neuverschuldung für 2010 liegt derzeit bei 65,2 Mrd. €. Dieser Wert ist immer noch der mit Abstand höchste in der Geschichte der Bundesrepublik.

# 1.4 Wesentliche Veränderungen des Haushalts 2010 gegenüber dem Haushalt 2009

Tabelle 2 zeigt wesentliche Veränderungen im Haushaltsergebnis 2010 bis Juni gegenüber dem Vergleichszeitraum 2009.

# Arbeitsmarkt/Eingliederungsbeitrag der Bundesagentur für Arbeit

Maßgeblich für die Steigerung der Ausgaben für den Bereich Arbeitsmarktpolitik ist der einmalige Zuschuss des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit (BA) im Jahr 2010 in Höhe von 12,8 Mrd. €. Dieser war zur Minderung der Auswirkungen der Wirtschaftskrise erforderlich. Bisher hat sich der Arbeitsmarkt gegenüber dem krisenbedingten Konjunktureinbruch erfreulich robust gezeigt. Im Rechtskreis des SGB III nahm die Arbeitslosigkeit im Jahr 2009 gegenüber 2008 nur leicht zu (+184 000 Personen). In den ersten Monaten des Jahres 2010 hat sich hier aber die Arbeitslosigkeit deutlich verringert und erreicht schon fast wieder das Niveau von 2008. Die Arbeitslosigkeit im Rechtskreis des SGB II

HALBJAHRESBERICHT ZUM BUNDESHAUSHALT 2010

Tabelle 1: Gesamtübersicht

Aufgabenbereich	Soll 2010	Januar bis Juni 2010 (Ist)	Januar bis Juni 2009 (Ist)	Veränderung	ggü. Vorjahr	
		in Mrd. €¹				
	Ermittlung des Finanzierungssaldos					
1. Ausgaben zusammen	319,5	155,3	141,5	+13,8	+0,98	
2. Einnahmen zusammen	238,9	122,4	126,8	-4,4	-0,35	
Steuereinnahmen	211,9	104,9	109,3	-4,4	-0,4	
Sonstige Einnahmen	27,0	17,5	17,5	+0,001	+0,0	
Einnahmen ./. Ausgaben = Finanzierungssaldo	-80,6	-32,9	-14,7	-18,2	+124,3	
	Deckun	g des Finanzierungssa	aldos			
Nettokreditaufnahme	80,2	37,3	26,5	+10,8	+40,7	
Münzeinnahmen (nur Umlaufmünzen)	0,4	0,1	0,1	-0,0	-30,5	
nachrichtlich:						
Investive Ausgaben						
(Baumaßnahmen, Beschaffungen über 5 000 € je Beschaffungsfall, Darlehen, Inanspruchnahme aus Gewährleistungen und ähnliches)	28,3	9,7	10,5	-0,7	-7,0	

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Sollbeträge werden in der Einheit 1000 € geplant. Kassenergebnisse werden centgenau gerechnet. Bei der im Bericht verwendeten Darstellung in Mrd. € können Rundungsdifferenzen entstehen.

(Hartz IV) nahm im Krisenjahr 2009 gegenüber dem konjunkturgünstigen Jahr 2008 sogar leicht ab. Dieser Trend scheint sich auch im Jahr 2010 fortzusetzen.

Möglichen unterjährigen Liquiditätsengpässen der BA wird begegnet, indem die Zahlung der Bundesbeteiligung gegenüber dem regulären Zahlungszeitpunkt am Jahresende vorgezogen und die unterjährigen Abschlagszahlungen für den Eingliederungsbeitrag bis zum Jahresende gestundet werden.

# Leistungen an die Gesetzliche Krankenversicherung (Gesundheitsfonds)

Die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) erhält zur pauschalen Abgeltung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben einen Bundeszuschuss. Der Beitragssatz der GKV wird seit der Einführung des Gesundheitsfonds von der Bundesregierung durch Rechtsverordnung einheitlich festgelegt. Ab dem 1. Januar

2009 betrug er zunächst 15,5 %, wovon 14,6 % paritätisch und 0,9% nur von den Mitgliedern, sprich Arbeitnehmern und Rentnern, getragen werden. Durch das Konjunkturpaket II wurde der Beitragssatz in der GKV ab dem 1. Juli 2009 von 15,5 % auf 14,9 % gesenkt. Aufgrund der paritätischen Entlastung profitierten Arbeitnehmer und Arbeitgeber sowie Rentner und Rentenversicherungsträger jeweils zu 0,3 Prozentpunkten. Für das Jahr 2010 erhält die GKV einen zusätzlichen Bundeszuschuss zur Kompensation krisenbedingter Mindereinnahmen in Höhe von 3,9 Mrd. €. Zur pauschalen Abgeltung versicherungsfremder Leistungen wurde der Bundeszuschuss an die GKV 2010 um 6,3 Mrd. € auf 11,8 Mrd. € erhöht.

#### Zinsen

Die Haushaltsansätze für Zinsausgaben basieren auf dem bestehenden Schuldenportfolio, der zur Finanzierung der Tilgungen und des Nettokreditbedarfs geplanten neuen Kreditaufnahme,

Halbjahresbericht zum Bundeshaushalt 2010

Tabelle 2: Wesentliche Veränderungen des Haushalts 2010 gegenüber 2009

Aufgabenbereich	Soll 2010	Januar bis Juni 2010 (Ist)	Januar bis Juni 2009 (Ist)	Veränderung	ggü. Vorjahr
		in Mrd. € <sup>1</sup>		in %	
Ausgaben					
Arbeitsmarkt	59,3	25,1	17,7	+7,4	+41,8
Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende	38,3	17,9	17,5	+0,4	+2,3
Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung	7,9	7,0	-	+7,0	х
Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit	12,8	-	-	-	-
Leistungen an die Gesetzliche Krankenversicherung (Gesundheitsfonds)	15,7	7,9	3,7	+4,2	+114,6
Pauschale Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen	11,8	5,9	3,7	+2,2	+61,3
Bundes zuschuss zur Kompensation krisen bedingter Mindereinnahmen in der gesetzlichen Krankenversicherung	3,9	2,0	-	-	-
Zinsen	36,8	19,7	18,2	+1,5	+8,1
Leistungen an die Rentenversicherung (RV)	80,8	46,0	44,9	+1,1	+2,3
Bundeszuschuss an die RV der Arbeiter und Angestellten	39,9	23,3	22,5	+0,7	+3,3
Postbeamtenversorgungskasse	6,3	3,2	2,8	+0,4	+14,7
Einnahmen					
Steuereinnahmen	211,9	104,9	109,3	-4,4	-4,0
Versteigerung von Frequenzen für den drahtlosen Netzzugang zum Angebot von Telekommunikationsdiensten		4,4	-	+4,4	Х
Eingliederungsbeitrag der Bundesagentur für Arbeit	5,3	-	2,2	-2,2	-100,0
Bundesbankmehrgewinn	-	-	2,8	-2,8	-100,0

den bestehenden und geplanten Swapverträgen und auf der voraussichtlichen Kassenfinanzierung. Die gestiegenen Zinsausgaben resultieren u. a. aus einem insgesamt höheren Schuldenstand des Bundes. Dagegen profitiert der Bund derzeit bei seiner Kreditaufnahme von dem gesunkenen Zinsniveau.

# Leistungen an die Rentenversicherung (RV)

Die Leistungen an die gesetzliche Rentenversicherung (GRV; Kap. 1113 Titelgruppe 02) steigen im Jahr 2010 gegenüber dem Vorjahr um rund 1,8 Mrd. € (Ist 2009: 79 Mrd. €, Soll 2010: 80,8 Mrd. €). Die Erhöhung ergibt sich im Wesentlichen bei den Bundeszuschüssen zur GRV [allgemeiner Bundeszuschuss: rund +1 Mrd. €; Bundeszuschuss (Ost): rund +0,3 Mrd. €; zusätzlicher Bundeszuschuss: rund +0,4 Mrd. €]. Sie ergibt sich aus gesetzlichen Regelungen zur Anpassung dieser Bundesleistungen. Die Zahlung der Bundesleistungen erfolgt in monatlichen Raten im Voraus.

HALBJAHRESBERICHT ZUM BUNDESHAUSHALT 2010

# Postbeamtenversorgungskasse

Die Postbeamtenversorgungskasse hatte 2005 und 2006 den überwiegenden Teil ihrer Forderungen gegenüber den Post-Aktiengesellschaften verwertet. Die Verwertungserlöse wurden für die Versorgungs- und Beihilfeleistungen der Versorgungsempfänger verwendet. Dadurch konnte der Finanzbedarf der Postbeamtenversorgungskasse in den Jahren 2005 und 2006 vollständig sowie 2007 zu einem erheblichen Teil gedeckt werden (Bundeszuschuss 278 Mio. €). Seit dem Jahr 2008 erfolgt die Finanzierung der Versorgungs- und Beihilfeleistungen der Postbeamtenversorgungskasse fast vollständig aus dem Bundeshaushalt, da nach der Forderungsverwertung die Finanzierungsanteile der Post-Aktiengesellschaften nicht mehr zu deren Deckung zur Verfügung stehen.

# Frequenzversteigerung (0,8 Ghz, 1,8 Ghz, 2,0 Ghz und 2,6 Ghz)

Am 20. Mai 2010 ist die Versteigerung von Frequenzen für den drahtlosen Netzzugang zum Angebot von Telekommunikationsdiensten zu Ende gegangen. Alle zugelassenen Unternehmen haben Frequenzblöcke ersteigert. Nach 224 Runden an insgesamt 27 Auktionstagen lagen die Erlöse für die 41 Frequenzblöcke bei einer Gesamtsumme von knapp 4,4 Mrd. €. Diese wurden im Bundeshaushalt vereinnahmt.

## Bundesbankmehrgewinn

Nach § 6 Abs. 1 Nr. 1 Erblastentilgungsfonds-Gesetz - ELFG - erhält der Erblastentilgungsfonds jährlich Zuführungen in Höhe der Einnahmen aus dem Bundesbankgewinn, die den im Bundeshaushalt veranschlagten Anteil übersteigen. Im Jahr 2009 betrug der Bundesbankmehrgewinn (Geschäftsjahr 2008) 2,8 Mrd. €. Da die ursprünglichen Verbindlichkeiten des Erblastentilgungsfonds weitgehend getilgt sind, trugen die im Erblastentilgungsfonds nicht benötigten Mittel im Haushaltsjahr 2009 zur Verringerung der Kreditaufnahme des Bundes bei. Im Haushaltsjahr 2010 diente der Bundesbankmehrgewinn (Geschäftsjahr 2009) in Höhe von 0,6 Mrd. € zur Tilgung der Verbindlichkeiten des Sondervermögens "Investitions- und Tilgungsfonds" (§ 6 Abs. 1 Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens "Investitions- und Tilgungsfonds" – ITFG).

# 2 Entwicklung wesentlicher Ausgabe- und Einnahmepositionen

Im Sollbericht 2010 (inklusive 1. Quartal)¹ sind die in Tabelle 3 aufgeführten Ausgabe- und Einnahmepositionen ausführlich dargestellt. Es folgen die aktualisierten Ist-Werte zum Monatsende Juni 2010.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Monatsbericht des BMF, Ausgabe Mai 2010 (ab Seite 40).

Tabelle 3: Entwicklung wesentlicher Ausgabe- und Einnahmepositionen

Aufgabenbereich	Soll 2010	Januar bis Juni 2010 (Ist)	(Ist)	Veränderung	ggü. Vorjahr
			rd. € <sup>1</sup>		in %
	Ausgaben de	es Bundes für Soziale S	Sicherung		
Leistungen an die Rentenversicherung	80,8	46,0	44,9	+1,1	+2,3
Bundeszuschuss an die RV der Arbeiter und Angestellten	39,9	23,3	22,5	+0,7	+3,3
zusätzlicher Zuschuss	19,1	11,1	10,9	+0,2	+2,1
Beiträge für Kindererziehungszeiten	11,6	5,8	5,7	+0,1	+1,5
Erstattungen von einigungsbedingten Leistungen	0,3	0,2	0,2	-0,03	-14,9
Bundeszuschuss an die knappschaftliche Rentenversicherung	6,0	3,5	3,5	-0,004	-0,1
Überführung der					
Zusatzversorgungssysteme in die Rentenversicherung	2,7	1,5	1,5	+0,02	+1,5
nachrichtlich: Überführung der Sonderversorgungssysteme in die Rentenversicherung	1,6	0,9	0,9	+0,02	+2,3
Leistungen an die Gesetzliche Krankenversicherung (Gesundheitsfonds)	15,7	7,9	3,7	+4,2	+114,6
Pauschale Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen	11,8	5,9	3,7	+2,2	+61,3
Bundeszuschuss zur Kompensation krisenbedingter Mindereinnahmen in der gesetzlichen Krankenversicherung	3,9	2,0	-	-	
Landwirtschaftliche Sozialpolitik	3,8	2,0	2,1	-0,1	-4,5
Darunter:					
Alterssicherung	2,3	1,1	1,1	+0,01	+1,1
Krankenversicherung	1,3	0,7	0,6	+0,04	+6,7
Unfallversicherung	0,2	0,2	0,3	-0,1	-49,6
Arbeitsmarkt	59,3	25,1	17,7	+7,4	+41,8
Darunter:					
Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung	7,9	7,0	-	+7,0	>
Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit	12,8	-	-	-	
Anpassungsmaßnahmen, produktive Arbeitsförderung	0,2	0,1	0,1	+0,003	+3,0
Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende	38,3	17,9	17,5	+0,4	+2,3
Darunter:					
Arbeitslosengeld II	23,9	11,5	11,2	+0,3	+2,7
Beteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung	3,4	1,6	1,7	-0,1	-5,5
Verwaltungskosten für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitssuchende	4,4	2,0	1,9	+0,1	+5,1
Leistungen zur Eingliederung in Arbeit	6,6	2,8	2,7	+0,1	+3,8

Halbjahresbericht zum Bundeshaushalt 2010

# noch Tabelle 3: Entwicklung wesentlicher Ausgabe- und Einnahmepositionen

Aufgabenbereich	Soll 2010	Januar bis Juni 2010 (Ist)	Januar bis Juni 2009 (Ist)	Veränderung ggü. Vorjahr	
		in M	rd. €¹		in %
	Ausgaben de	es Bundes für Soziale S	Sicherung		
Elterngeld	4,5	2,3	2,3	+0,04	+1,9
Kinderzuschlag für Anspruchsberechtigte nach § 6 a Bundeskindergeldgesetz	0,4	0,2	0,2	+0,03	+16,1
Wohngeld	0,8	0,5	0,4	+0,1	+27,5
Wohnungsbau-Prämiengesetz	0,6	0,3	0,3	+0,01	+4,0
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbstätigkeit	0,5	0,01	-	+0,01	Х
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	1,9	1,1	1,2	-0,1	-7,6
	/	Allgemeine Dienste			
Verteidigung, einschl. zivile Verteidigung (Oberfunktion 03)	31,2	15,5	15,2	+0,3	+1,7
Obergruppe 55; militärische Beschaffung, Materialerhaltung, Wehrforschung, wehrtechnische und sonstige Entwicklung	10,5	4,4	4,4	+0,1	+1,2
Wirtschaftliche Zusammenarbeit	6,0	2,8	3,1	-0,2	-7,3
Bilaterale finanzielle und technische Zusammenarbeit	2,5	1,0	1,2	-0,1	-10,2
Beteiligung an den Einrichtungen der Weltbankgruppe	0,6	0,6	0,7	-0,1	-20,5
Beitrag zu den "Europäischen Entwicklungsfonds"	0,9	0,4	0,4	+0,02	+5,3
Beiträge an die Vereinten Nationen, ihre Sonderorganisationen sowie andere internationale Einrichtungen	0,1	0,05	0,03	+0,01	+46,8

noch Tabelle 3: Entwicklung wesentlicher Ausgabe- und Einnahmepositionen

Aufgabenbereich	Soll 2010	Januar bis Juni 2010 (Ist)	Januar bis Juni 2009 (Ist)	Veränderung g	gü. Vorjahr
		in M	rd. €¹		in %
		Allgemeine Dienste			
Politische Führung und zentrale Verwaltung	6,3	2,9	3,2	-0,3	-7,9
Zivildienst	0,6	0,4	0,3	+0,04	+11,2
Finanzverwaltung	3,9	1,8	1,6	0,2	+9,2
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	3,6	1,6	1,7	-0,2	-9,5
nachrichtlich: Ausgaben für Versorgung	7,3	4,0	4,0	+0,01	+2,0
ziviler Bereich	2,8	1,4	1,4	-0,03	-2,4
Bundeswehr, Bundeswehrverwaltung	4,5	2,6	2,6	+0,04	+1,7
	Bildungswesen,	Wissenschaft, Forschu	ıng und Kultur		
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	9,1	2,9	3,1	-0,2	-5,0
Gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern; darunter:	3,3	1,0	1,1	-0,1	-11,7
Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. (MPG) in Berlin	0,6	0,2	0,2	+0,02	+10,5
Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e. V. (FhG) in München	0,4	0,1	0,1	-0,003	-2,7
Forschungszentren der Helmholtz- Gemeinschaft	1,6	0,4	0,5	-0,1	-23,4
Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR), nationales Weltraumprogramm und ESA	1,1	0,3	0,4	-0,1	-16,3
Technologie und Innovation im Mittelstand	0,6	0,2	0,2	-0,01	-3,8
Forschung und Entwicklung zur Erzeugung, Verteilung und rationellen Nutzung der Energie	0,2	0,1	0,1	-0,004	-6,3
Forschung und experimentelle Entwicklung zum Schutz und zur Förderung der Gesundheit	0,3	0,1	0,1	+0,01	+12,9
Forschung Klima, Energie, Umwelt	0,4	0,1	0,1	-0,01	-11,
Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)	1,4	0,8	0,8	+0,02	+2,4
Hochschulen	2,8	1,2	1,1	+0,1	+11,4
Kompensationsmittel für die Abschaffung der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	0,7	0,3	0,3	-	
Deutsche Forschungsgemeinschaft e. V. (DFG)	0,9	0,4	0,3	+0,1	+23,8
Überregionale Forschungsförderung im Hochschulbereich	0,3	0,1	0,1	-0,04	-32,8
Exzellenzinitiative Spitzenförderung von Hochschulen	0,3	0,2	0,1	+0,05	+39,9
Hochschulpakt 2020	0,5	0,2	0,2	+0,04	+24,1
Berufliche Weiterbildung	0,2	0,0	0,1	-0,03	-43,2
Kunst- und Kulturpflege	1,8	1,0	1,0	-0,02	-2,3

noch Tabelle 3: Entwicklung wesentlicher Ausgabe- und Einnahmepositionen

Aufgabenbereich	Soll 2010	Januar bis Juni 2010 (Ist)	Januar bis Juni 2009 (Ist)	Veränderung	ggü. Vorjahr
		in Mı	, ,		in %
	Verkeh	rs- und Nachrichtenwe	esen		
Straßen	6,3	2,0	2,1	-0,1	-5,3
Bundesautobahnen	3,6	1,2	1,2	-0,04	-3,6
Bundesstraßen	2,7	0,8	0,9	-0,1	-8,
Wasserstraßen und Häfen	1,8	0,7	0,7	-0,02	-2,
Kompensationszahlungen an die Länder					
wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes für Investitionen zur	1,3	0,7	0,7	_	
Verbesserung der Verkehrsverhältnisse	-,-	٥,٠	٥,.		
der Gemeinden					
Finanzhilfen an die Länder für die Schieneninfrastruktur des öffentlichen	0,3	0,1	0,1	+0,005	+8,8
Personennahverkehrs	0,0	5,1	5,1	. 0,000	,.
Nachrichtlich:					
Beteiligungen des Bundes an					
Wirtschaftsunternehmen im Verkehrsbereich Eisenbahnen des Bundes -	4,3	1,6	1,6	-0,1	-5,
Bundeseisenbahnvermögen	5,3	2,4	2,4	-0,03	-1,
3	V	Virtschaftsförderung			
Regionale Förderungsmaßnahmen	0,7	0,2	0,3	-0,1	-22,4
Gemeinschaftsaufgabe "Regionale	0,7	0,2	0,3	-0,1	-21,
Wirtschaftsstruktur"	0,7	0,2	0,5	-0,1	-21,4
Förderung des Steinkohlenbergbaus	1,5	1,4	1,4	-0,1	-3,9
Mittelstandsförderung	1,0	0,3	0,3	-0,02	-5,2
Förderung erneuerbarer Energien	0,8	0,2	0,3	-0,03	-9,
Gewährleistungen	2,1	0,4	0,3	+0,1	+46,8
Landwirtschaft	1,4	0,3	0,2	+0,04	+16,8
Gemeinschaftsaufgabe "Agrarstruktur und Küstenschutz"	0,7	0,1	0,1	+0,01	+14,0
		Übrige Ausgaben			
Zinsen	36,8	19,7	18,2	+1,5	+8,
Wohnungswesen	1,3	0,6	0,5	+0,1	+16,9
Kompensationszahlungen an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes zur Sozialen Wohnraumförderung	0,5	0,2	0,3	-0,01	-2,4
Energetische Sanierungs- und Wohnraummodernisierungsprogramme der KfW	0,6	0,3	0,2	+0,1	+51,!
Städtebauförderung	0,7	0,1	0,1	+0,03	+26,8
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	1,4	0,4	0,5	-0,02	-4,9
Gesundheit	0,4	0,2	0,2	-0,004	-2,
Umweltschutz	0,4	0,1	0,1	+0,01	+11,
Sport und Erholung	0,1	0,05	0,1	-0,02	-26,
Postbeamtenversorgungskasse	6,3	3,2	2,8	+0,4	+14,
Nachfolgeeinrichtungen der					
Treuhandanstalt	0,3	0,1	0,1	-0,004	-4,

noch Tabelle 3: Entwicklung wesentlicher Ausgabe- und Einnahmepositionen

Aufgabenbereich	Soll 2010	Januar bis Juni 2010 (Ist)	Januar bis Juni 2009 (Ist)	Veränderung	ggü. Vorjahr
		in M	rd. €¹		in %
	Ei	nnahmen des Bundes			
Steuereinnahmen	211,9	104,9	109,3	-4,4	-4,0
Bundesanteile an Gemeinschaftlichen Steuern und Gewerbesteuerumlage	175,7	87,7	88,4	-0,7	-0,8
Lohnsteuer	53,1	24,5	25,9	-1,4	-5,6
Veranlagte Einkommensteuer	10,2	6,7	5,1	+1,6	+30,8
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	5,3	4,5	4,7	-0,2	-3,8
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	5,1	2,4	3,5	-1,0	-30,0
Körperschaftsteuer	3,6	2,9	2,4	+0,5	+21,9
Steuern vom Umsatz	97,2	46,4	46,6	-0,2	-0,4
Gewerbesteuerumlage	1,2	0,3	0,3	+0,0	+5,0
Bundessteuern	92,5	41,7	38,4	+3,2	+8,4
Energiesteuer	39,4	14,0	14,8	-0,8	-5,-
Tabaksteuer	13,6	5,8	5,9	-0,1	-2,
Solidaritätszuschlag	11,0	6,0	6,2	-0,3	-4,
Versicherungsteuer	10,5	6,6	6,5	+0,1	+0,8
Stromsteuer	6,4	3,1	3,1	-0,1	-2,0
Branntweinsteuer	2,1	1,0	1,1	-0,1	-10,
Kraftfahrzeugsteuer	8,2	4,6	-	+4,6	,
Kaffeesteuer	1,0	0,5	0,5	+0,01	+2,!
Schaumweinsteuer	0,5	0,2	0,2	-0,02	-7,5
Sonstige Bundessteuern	0,003	0,001	0,001	-0,0001	-5,
Veränderungen aufgrund steuerlicher Maßnahmen und Einnahmeentwicklung	-3,8	-	-	-	)
Abzugsbeträge	-52,5	-24,4	-17,5	-6,9	+39,0
Ergänzungszuweisungen an Länder	-12,7	-6,3	-6,9	+0,6	-8,4
Zuweisungen an Länder gemäß Gesetz zur Regionalisierung des ÖPNV aus dem Energiesteueraufkommen	-6,9	-3,4	-3,4	-0,1	+1,
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-1,9	-0,9	-1,2	+0,2	-19,9
BNE-Eigenmittel der EU	-22	-9,2	-6,1	-3,1	+51,
Kompensationszahlungen an die Länder zum Ausgleich der weggefallenen Einnahmen aus Kfz-Steuer	-9,0	-4,5		-4,5	:

Halbjahresbericht zum Bundeshaushalt 2010

# noch Tabelle 3: Entwicklung wesentlicher Ausgabe- und Einnahmepositionen

Aufgabenbereich	Soll 2010	Januar bis Juni 2010 (Ist)	Januar bis Juni 2009 (Ist)	Veränderung	ggü. Vorjahr		
		in M	rd.€¹		in %		
Einnahmen des Bundes							
Sonstige Einnahmen	27,0	17,5	17,5	+0,001	+0,0		
Darunter:							
Abführung Bundesbank	3,5	3,5	3,5	-	-		
Einnahmen aus Abführungen des Erblastentilgungsfonds	0,1	-	2,8	-2,8	-100,0		
Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen, Darlehensrückflüssen sowie Privatisierungserlösen	4,1	2,2	2,3	-0,1	-3,9		
Erlöse aus dem Verkauf von CO <sub>2</sub> –Zertifikaten	-	-	0,02	-0,02	-100,0		
Eingliederungsbeitrag der Bundesagentur für Arbeit	5,3	-	2,2	-2,2	-100,0		
Einnahmen aus der streckenbezogenen Lkw–Maut	4,9	2,1	1,8	+0,3	+14,3		

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Halbjahr 2010

# Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder<sup>1</sup> im 1. Halbjahr 2010

- - Die Steuereinnahmen von Bund und Ländern sinken um 0,9 % gegenüber dem Vergleichszeitraum 2009.
  - Die gemeinschaftlichen Steuern stagnieren auf Vorjahresniveau.
  - Das Aufkommen der Einkommen- und Körperschaftsteuer steigt.
- 1 Entwicklung derSteuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im1. Halbjahr 2010

Die bei Bund und Ländern eingegangenen Steuereinnahmen betrugen im 1. Halbjahr 2010 235 026 Mio. €, das sind - 2 247 Mio. € beziehungsweise - 0,9% weniger als im 1. Halbjahr 2009. Die Steuereinnahmen im 1. Halbjahr 2010 und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum stellen sich im Einzelnen in Tabelle 1 dar.

Tabelle 1: Entwicklung der Steuereinnahmen im 1. Halbjahr 2010

Steuereinnahmen nach Ertragshoheit		lbjahr ⁄lio€	Änderung gegenüber Vorjahr		
	2010	2009	in Mio €	in%	
Gemeinschaftliche Steuern	185 555	186 479	- 925	-0,5	
Reine Bundessteuern	41 683	38 446	+3236	+8,4	
Reine Ländersteuern	5 732	10 536	-4804	-45,6	
Zölle	2 058	1812	+246	+13,5	
Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	235 026	237 273	-2 247	-0,9	

Differenzen in den Summen durch Rundung.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Über die Einnahmen aus Gemeindesteuern berichtet das Statistische Bundesamt vierteljährlich. Diese Einnahmeergebnisse werden in der Fachserie 14 "Finanzen und Steuern", Reihe 4 "Steuerhaushalt" im Rahmen eines Gesamtüberblicks über die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden veröffentlicht.

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Halbjahr 2010

Die gemeinschaftlichen Steuern unterschritten ihr Vorjahresergebnis im 1. Halbjahr 2010 um - 0,5 % zu. Im 2. Quartal verzeichneten sie zwar mit + 4,2 % Mehreinnahmen, dies konnte jedoch die Einbußen im 1. Quartal 2010 nicht kompensieren, die mit - 5,2 % zu Buche schlugen. Lediglich die veranlagte Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer und die Steuern vom Umsatz konnten im Berichtszeitraum Mehreinnahmen melden.

Das Kassenaufkommen aus der Lohnsteuer sank im 1. Halbjahr 2010 um - 5,8 %. Die seit dem 1. Januar 2010 höheren Kindergeldzahlungen nach dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz und die deutlich höheren Auszahlungen bei der Altersvorsorgezulage trugen hierzu maßgeblich bei.

Die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer haben sich in der ersten Jahreshälfte 2010 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um + 30,8 % erhöht. Hierbei spielen die deutlich niedrigeren Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer nach § 46 EStG (-20,8%) eine Rolle, deren Vergleichsbasis zu Beginn des Jahres 2009 noch von der für mehrere Jahre erfolgten Erstattung der Pendlerpauschale nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts geprägt war. Die Zahlungen von Eigenheimzulagen (-26,9%), bei der in jedem Jahr ein Förderjahrgang entfällt, ohne dass ein neuer hinzukommt, und Investitionszulagen (- 31,4%) blieben ebenfalls erheblich unter ihrem Vorjahresniveau.

Die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer stiegen im Berichtszeitraum deutlich um + 21,9 %. Damit erholt sich die Körperschaftsteuer schneller als erwartet von dem Einbruch des vergangenen Jahres, als das Aufkommen infolge der Wirtschaftsund Finanzkrise im 2. Quartal 2009 lediglich 0,3 Mrd. € betrug.

Das Aufkommen aus den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag - im Wesentlichen Steuern auf ausgeschüttete Gewinne - sank im 1. Halbjahr 2010 um - 3,8 % unter das Niveau des Vorjahres. Mit - 12,2 % waren dabei die Verluste im 1. Quartal 2010 recht deutlich ausgefallen, während im 2. Quartal 2010 eine leichte Zunahme um + 0,6 % zu vermelden ist. Diese Sprünge sind aber angesichts veränderlicher Ausschüttungstermine nicht außergewöhnlich.

Bei der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ist im 1. Halbjahr 2010 ein Rückgang um - 30,0 % zu verzeichnen. Während im 1. Quartal noch Einbußen in Höhe von - 64,3 % gemeldet wurden, verringerten sie sich im 2. Quartal 2010 mit einer Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahreszeitraum von - 35,6 % etwas verhaltener. Das Gesamtergebnis korrespondiert mit dem zur Zeit äußerst niedrigen Zinsniveau.

Das Kassenaufkommen der Steuern vom Umsatz lag mit + 0,8 % leicht über dem Ergebnis des 1. Halbjahres 2009. Dabei haben sich die Einnahmen im 2. Quartal 2010 mit + 2,1% nach einem Rückgang im 1. Quartal 2010 (- 0,5 %) wieder erholt. Die Umsatzsteuer verringerte im Berichtszeitraum ihr Volumen um - 2,1%, während die Einfuhrumsatzsteuer auf Importe aus Nicht-EU-Ländern einen Anstieg um + 13,4% verzeichnete. Dabei ist der steuertechnische Zusammenhang zu berücksichtigen, dass der Zuwachs bei der Einfuhrumsatzsteuer zunächst entsprechend hohe Vorsteuerabzüge im Inland zur Folge hat, die das Aufkommen der Binnenumsatzsteuer vermindern. Bemerkbar macht sich auch die Reduzierung des Steuersatzes für Hotelübernachtungen von 19 % auf 7 %. Der Anstieg der Einfuhrumsatzsteuer ist Ergebnis der im 2. Quartal wieder deutlich ausgeweiteten Außenhandelstätigkeit.

Im Gegensatz zu den gemeinschaftlichen Steuern wurden bei den reinen Bundessteuern Mehreinnahmen in Höhe von + 8,4% erzielt. Dies ist jedoch im 1. Halbjahr 2010 immer noch der Kompetenzverlagerung bei der Kraftfahrzeugsteuer zum 1. Juli 2009 geschuldet. Ohne sie wäre es zu Einbußen in Höhe von - 3,5% gekommen.

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Halbjahr 2010

Im 1. Halbjahr 2010 weist die Energiesteuer als die aufkommensstärkste Bundessteuer eine Verminderung um - 5,4% aus. Hierbei gingen im Berichtszeitraum die Einnahmen aus der Energiesteuer auf Heizöl um - 33,9% und aus der Energiesteuer auf Erdgas um - 8,8% zurück – allerdings ausgehend von einer hohen Vorjahresbasis aus dem Ergebnis des 2. Quartals 2009.

Das Tabaksteueraufkommen hat im 1. Halbjahr 2010 um - 2,3 % abgenommen, resultierend aus dem Einbruch im 2. Quartal um - 6,5 % nach  $\pm$  4,1% im Vorquartal.

Der Solidaritätszuschlag unterschritt – analog zu seinen Bemessungsgrundlagen – sein Vorjahresniveau um - 4,7% ebenso wie die Stromsteuer (- 2,0%). Bei der Branntweinsteuer (-10,1%), der Alkopopsteuer (-11,0%), der Zwischenerzeugnissteuer (-12,4%) und der Schaumweinsteuer (-7,2%) waren die Einbußen schon wesentlich deutlicher.

Lediglich die Versicherungsteuer (+ 0,8 %) und die Kaffeesteuer (+ 2,5 %) konnten Mehreinnahmen verbuchen.

Die reinen Ländersteuern lagen im 1. Halbjahr 2010 um - 45,6 % unter Vorjahresniveau. Ohne Kraftfahrzeugsteuer hätten die Einbußen - 6,7 % betragen. Mit Ausnahme der Grunderwerbsteuer (+ 6,1%) und der Feuerschutzsteuer (+ 0,5 %) weisen alle Steuerarten Mindereinnahmen aus. Die Erbschaftsteuer unterschritt das Vorjahresniveau um - 18,0 %, teilweise bedingt durch die Änderungen im Erbschaftsteuerrecht. Auch die Rennwettund Lotteriesteuer (- 11,4 %) und die Biersteuer (- 3,5 %) meldeten eine Verringerung des Aufkommens.

# 2 Entwicklung derSteuereinnahmen in deneinzelnen Monaten des2. Quartals 2010

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne reine Gemeindesteuern) stiegen im April 2010 gegenüber dem Vorjahresmonat um + 4,4%. Ursächlich war die positive Entwicklung bei den gemeinschaftlichen Steuern (+6,9%), getragen von den deutlichen Zuwächsen bei der Körperschaftsteuer, der Lohnsteuer und der veranlagten Einkommensteuer. Die Bundessteuern verbesserten sich um +7.8%. die Ländersteuern mussten – vor dem Hintergrund der Kompetenzverlagerung der Kraftfahrzeugsteuer – Aufkommenseinbußen von - 46,4 % hinnehmen (ohne diese Verlagerung hätte die Veränderungsrate bei den Bundessteuern bei - 4,6 % und bei den Ländersteuern bei - 9,1% gelegen).

Im Mai 2010 erhöhten sich die Steuereinnahmen insgesamt erneut, diesmal um + 1,6 %, wobei das Plus bei den gemeinschaftlichen Steuern mit + 2,1% noch etwas höher ausfiel. Positive Ergebnisse erzielten hier die Steuern vom Umsatz (+ 6,5 %) und die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (+8,7%). Die Körperschaftsteuer konnte das Vorjahresminus von 0,9 Mrd. € auf nunmehr - 0,3 Mrd. € reduzieren. Demgegenüber ging das Aufkommen aus der Lohn- und Einkommensteuer zurück. Die auch in diesem Monat gegenläufigen Entwicklungen bei den Bundessteuern (+ 10,3 %) und den Ländersteuern (-43,3%) sind weiterhin dem Wechsel der Ertragskompetenz bei der Kraftfahrzeugsteuer geschuldet (jeweils ohne Kfz-Steuer: Stagnation bei den Bundessteuern, -5,0% bei den Ländersteuern).

Auch im aufkommensstarken Vorauszahlungsmonat Juni 2010 lagen die Steuereinnahmen mit + 2,4 % über dem Vorjahreswert. Die gemeinschaftlichen Steuern nahmen um + 3,8 % zu, getragen von der Körperschaftsteuer (+ 58,2 %, aufgrund

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Halbjahr 2010

der extrem niedrigen Vorjahresbasis), der veranlagten Einkommensteuer (+7,6%) und den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (+40,3%). Die Lohnsteuer (-3,5%) und die Steuern vom Umsatz (-1,1%) unterschritten das Vorjahresniveau. Letztmalig wirkt sich bei den reinen Bundessteuern (+4,9%) und den reinen Ländersteuern (-41,4%) die Verlagerung des Kraftfahrzeugsteueraufkommens aus. Hier hätten die Veränderungsraten jeweils ohne Kfz-Steuer bei den Bundessteuern -4,5% und bei den Ländersteuern -1,1% betragen.

# 3 Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen

Bund und Länder konnten im 1. Halbjahr 2010 das entsprechende Vorjahresniveau nicht erreichen. Dies gilt auch für den Anteil der Gemeinden an den Gemeinschaftssteuern. Die hohen EU-Abführungen, die maßgeblich zu dem Anstieg der EU-Einnahmen um +34,6% beitrugen, wirken sich negativ auf das Ergebnis der Steuereinnahmen des Bundes aus. Der Aufkommensrückgang ist hier mit -4,1% deutlich stärker als bei Ländern (-0,6%) und Gemeinden (-1,9%).

Die Verteilung der Steuereinnahmen im 1. Halbjahr 2010 auf Bund, EU, Länder und Gemeinden und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum werden in Tabelle 2 dargestellt.

Die Einzelergebnisse der von Bund und Ländern verwalteten Steuern sowie deren Verteilung auf die Gebietskörperschaften im 1. Halbjahr 2010 und in den einzelnen Monaten finden sich im Internetangebot des BMF unter http://www.bundesfinanzministerium.de unter der Rubrik Steuern > Steuerschätzung/ Steuereinnahmen.

Tabelle 2: Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen

Steuereinnahmen nach Ebenen		bjahr Iio. €	Änderung gegenüber Vorjahr		
	2010	2009	in Mio. €	in%	
Bund <sup>1</sup>	106 388	110 895	-4 507	-4,1	
EU	12 197	9 062	+3 135	+34,6	
Länder <sup>1</sup>	102 552	103 159	- 607	-0,6	
Gemeinden <sup>2</sup>	13 885	14 159	- 274	-1,9	
Zusammen	235 021	237 274	-2 253	-0,9	

Differenzen in den Summen durch Rundung.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Nach Bundesergänzungszuweisungen.

 $<sup>^2\,</sup> Lediglich\, Gemeinde anteil\, an\, Einkommensteuer, Abgeltungsteuer\, und\, Steuern\, vom\, Umsatz.$ 

Kurz- und mittelfristige Perspektiven der öffentlichen Haushalte in Deutschland

# Kurz- und mittelfristige Perspektiven der öffentlichen Haushalte in Deutschland

Nur konsequente Umsetzung der Konsolidierungsmaßnahmen ermöglicht notwendige Rückführung des Defizits

1	Einleitung	56
	Die Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts und seiner Ebenen	
2.1	Bund	57
2.2	Extrahaushalte des Bundes	58
2.3	Länder	58
2.4	Gemeinden	59
3	Entwicklung der öffentlichen Haushalte in der Maastricht-Abgrenzung	62
3.1	Unterschied zwischen Finanzstatistik und Maastricht-Abgrenzung	62
3.2	Entwicklung des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos	63
3.3	Entwicklung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben	65
3.4	Entwicklung des Schuldenstands	67
4	Fazit und Ausblick	68

- Der Finanzierungssaldo des Öffentlichen Gesamthaushalts in der Abgrenzung der Finanzstatistik dürfte sich in diesem Jahr um rund 30 Mrd. € auf voraussichtlich - 117½ Mrd. € verschlechtern; im kommenden Jahr dürfte er sich hingegen auf - 109½ Mrd. € verbessern.
- Das gesamtstaatliche Defizit wird in diesem Jahr auf rund 4½% des BIP steigen und damit deutlich über dem Maastricht-Referenzwert von 3% liegen. Ab nächstem Jahr zeigen sich auch in der Maastricht-Rechnung sukzessive die Beiträge der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen und einer sich wieder dem Normalpfad angleichenden gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.
- Zur Einhaltung der neuen Schuldenregel, aber auch zur Umsetzung der Vorgaben im Defizitverfahren gegen Deutschland müssen die beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen ohne Abstriche realisiert werden.

# 1 Einleitung

Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte in Deutschland wird auch in diesem Jahr von den Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise geprägt. Das Jahr 2010 dürfte den Höhepunkt der direkten und indirekten Belastungen der öffentlichen Haushalte durch die Krise markieren. Die historisch außergewöhnliche Rezession hat dazu geführt, dass sich die öffentlichen Haushalte vor allem konjunkturell bedingt erheblich verschlechtert haben. Hinzu kamen die diskretionären

Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur sowie zur Finanzmarktstabilisierung, die im vergangenen Jahr aber erst zum Teil haushaltswirksam geworden sind. Die öffentlichen Haushalte insgesamt werden in diesem Jahr mit dem höchsten Finanzierungsdefizit in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland abschließen. Mit den Beschlüssen von 2010 hat die Bundesregierung einen konsequenten Konsolidierungskurs eingeleitet, der das Defizit des Bundes entsprechend des Europäischen Stabilitätspaktes bis 2013 zurückführt und den Vorgaben der

Kurz- und mittelfristige Perspektiven der öffentlichen Haushalte in Deutschland

Schuldenbremse nachkommt. Der vorliegende Artikel stellt vor diesem Hintergrund die mittelfristigen Perspektiven der öffentlichen Haushalte in Deutschland näher dar. Er basiert auf der Mittelfristprojektion des Bundesministeriums der Finanzen, die für den Arbeitskreis Stabilitätsrat am 14. Juli 2010 erstellt wurde.¹ Im Folgenden wird zuerst die Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts und seiner Ebenen Bund, Extrahaushalte des Bundes, Länder und Gemeinden diskutiert, bevor Abschnitt 3 die Entwicklung der öffentlichen Haushalte in der Abgrenzung der Maastricht-Rechnung darstellt, wie sie für die Beurteilung im Rahmen des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes relevant ist. Abschnitt 4 fasst die Ausführungen zusammen und gibt einen Ausblick auf die Implikationen für die neue Schuldenregel und die Einhaltung der Vorgaben des Defizitverfahrens gegen Deutschland.

# 2 Die Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts und seiner Ebenen

Der Öffentliche Gesamthaushalt (ÖGH) in der Abgrenzung der Finanzstatistik setzt sich in der Projektion des BMF aus den Ebenen Bund, Extrahaushalte des Bundes, Länder, Extrahaushalte der Länder und Gemeinden inklusive deren Zweckverbänden zusammen. Die Extrahaushalte der Länder werden nicht als gesonderte Ebene ausgewiesen, sind aber im ÖGH berücksichtigt. Die Projektion des BMF enthält – im Gegensatz zu den Zahlen des Statistischen Bundesamtes zum ÖGH –

#### 2.1 Bund

Der Bundeshaushalt 2010 sieht eine Nettokreditaufnahme von 80.2 Mrd. € vor – die höchste Neuverschuldung seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Derzeit ist davon auszugehen, dass der Bundeshaushalt 2010 mit einem Finanzierungssaldo von - 65 Mrd. € um rund 15 Mrd. € besser abschließen wird, als noch bei seiner Verabschiedung erwartet wurde. Dies ist auf der Einnahmenseite auf ein höheres erwartetes Steueraufkommen sowie als Einmaleffekt auf die Einnahmen aus den Frequenzversteigerungen und auf der Ausgabenseite auf geringere Ausgaben für den Arbeitsmarkt, aber auch für Zinsen zurückzuführen. Die im Rahmen des Abbaupfads der Schuldenbremse zugrunde gelegte strukturelle Nettokreditaufnahme des Bundeshaushalts 2010 beträgt 53,2 Mrd. € und damit 13,4 Mrd. € weniger als zum Stand Haushaltssoll. Ungeachtet der konjunkturellen Verbesserung muss der Bund aber im laufenden Jahr neue Schulden in historisch einmaliger Höhe aufnehmen. Dies zeigt deutlich, dass die Konsolidierung des Bundeshaushalts, die mit der Schuldenbremse institutionell abgesichert wurde, eine der großen Herausforderungen für die

nicht die Ebene der Sozialversicherung.² Die Projektion zeigt, dass der Finanzierungssaldo des ÖGH, der 2009 noch bei - 87,9 Mrd. € lag, sich 2010 auf – 117½ Mrd. € verschlechtern dürfte (Tabelle 1) – der höchste Wert in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Dieses Gesamtbild ergibt sich aus der im Folgenden dargestellten Entwicklung der einzelnen Ebenen des ÖGH.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Der Stabilitätsrat ersetzt den im vergangenen Jahr abgeschafften Finanzplanungsrat, siehe dazu im Detail den Artikel "Stabilität im Bundesstaat" im Monatsbericht Mai 2010 des Bundesministeriums der Finanzen.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Die zukünftige Entwicklung der Sozialversicherung wird von der Bundesregierung allein in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) geschätzt. Diese fließt in die Projektion des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ("Maastricht-Defizit") ein, siehe dazu Abschnitt 3.

Kurz- und mittelfristige Perspektiven der öffentlichen Haushalte in Deutschland

Bundesregierung in den kommenden Jahren bleibt.

Obwohl die Steuerschätzung vom Mai 2010 von Mehreinnahmen im Vergleich zur Novemberschätzung des vergangenen Jahres in Höhe von 4½ Mrd. € ausgeht, sinkt das Steueraufkommen im Vergleich zum Vorjahr um 6 %. Dem stehen zwar deutliche Mehreinnahmen durch die Frequenzversteigerungen im Telekommunikationsbereich gegenüber, die Gesamteinnahmen des Bundes sinken 2010 aber dennoch um 4% auf 248 Mrd. € (Tabelle 2). Die Ausgaben des Bundes steigen insbesondere aufgrund höherer Ausgaben für soziale Sicherung um 7½% auf 313 Mrd. € an. Der Bund wird sein Finanzierungsdefizit gemäß den Vorgaben der Schuldenbremse mittelfristig deutlich verringern. Dies ist auf die gegenläufige Entwicklung von Einnahmen und Ausgaben zurückzuführen. Die Ausgaben des Bundes werden zwischen 2010 und 2014 um 12 Mrd. € sinken. Für die Einnahmen wird hingegen eine durchgehend positive Entwicklung mit Wachstumsraten zwischen ½% und 4½% prognostiziert. Während der Finanzierungssaldo 2011 noch - 58 Mrd. € beträgt, wird er sich in den Folgejahren stetig bis auf rund - 24½ Mrd. € im Jahr 2014 verbessern.

#### 2.2 Extrahaushalte des Bundes

Bei Einnahmen von 46 Mrd. € und Ausgaben von 55½ Mrd. € beträgt der Finanzierungssaldo der Sonderrechnungen 2010 insgesamt -9½ Mrd. €. Das Finanzierungsdefizit der Sonderrechnungen des Bundes ist auch 2010 fast ausschließlich auf die negativen Salden von "Investitions- und Tilgungsfonds" (ITF) und "Finanzmarktstabilisierungsfonds" (SoFFin) zurückzuführen. Der ITF ist ein wesentliches Element der kreditfinanzierten Umsetzung der Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket II. Mit einem Gesamtvolumen von 20.4 Mrd. € finanziert der Bund bis maximal 2011 u.a. Finanzhilfen nach Art. 104 b GG zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder. Der SoFFin soll im Rahmen

des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes Liquiditätsengpässe überbrücken und die Eigenkapitalbasis von Finanzunternehmen stärken. Dazu kann er Garantien bis zu einer Höhe von 400 Mrd. € gewähren und im Falle der Inanspruchnahme aus Garantien insgesamt Kredite in Höhe von bis zu 20 Mrd. € aufnehmen. Zur Finanzierung von Rekapitalisierungen und Risikoübernahmen kann der SoFFin weitere Kredite bis zur Höhe von 80 Mrd. € aufnehmen.

Das finanzielle Ergebnis der Sonderrechnungen verbessert sich 2010 gegenüber 2009 deutlich, dort hatte der Saldo noch - 20,7 Mrd. € betragen. Dieser Trend setzt sich mittelfristig fort. Während der Finanzierungssaldo zwar 2011 mit - 5 Mrd. € noch negativ sein dürfte, wird in den Folgejahren damit gerechnet, dass in diesem Bereich des Öffentlichen Gesamthaushalts Überschüsse zu verzeichnen sind. Diese Entwicklung ist einerseits auf das Auslaufen der Maßnahmen im Rahmen des Investitions- und Tilgungsfonds im Jahr 2012 zurückzuführen. Andererseits dürften in diesem Jahr – auf Grundlage der bislang vorhandenen Informationen – die Rekapitalisierungsmaßnahmen des SoFFin geringer als im vergangenen Jahr ausfallen. Für die Folgejahre sind keine weiteren Maßnahmen unterstellt.

## 2.3 Länder

Die negativen Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise bestimmen auch in diesem Jahr das Bild der Länderhaushalte. Zwar müssen die Länder im Rahmen der neuen Schuldenregel erst bis zum Jahr 2020 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt ausweisen. Allerdings sind sie gleichwohl verpflichtet, bereits mittelfristig ihren Beitrag zur Reduktion des Maastricht-Defizits im Rahmen des Europäischen Stabilitätsund Wachstumspaktes zu leisten. Zudem sollten alle Länder, nicht nur diejenigen, die Konsolidierungshilfen erhalten, frühzeitig mit dem Abbau des strukturellen

KURZ- UND MITTELFRISTIGE PERSPEKTIVEN DER ÖFFENTLICHEN HAUSHALTE IN DEUTSCHLAND

Defizits beginnen, um die Vorgaben der Schuldenbremse später erfüllen zu können.

Die Gesamtausgaben der Länder liegen 2010 auf dem Vorjahresniveau von 287 Mrd. €, die einzelnen Ausgabenkomponenten entwickeln sich jedoch unterschiedlich. Die Regelungen des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst aus dem Jahr 2009 führen auch in diesem Jahr zu einem Anstieg der Personalausgaben. Diese sind der größte Ausgabenblock in den Länderhaushalten und steigen um 3% auf 102 ½ Mrd. €. Da auch der laufende Sachaufwand und die Zinszahlungen der Länder zunehmen, steigen zwar die Ausgaben der laufenden Rechnung deutlich. Dieser Anstieg wird jedoch von der Entwicklung der Ausgaben der Kapitalrechnung kompensiert. Durch die Maßnahmen des Zukunftsinvestitionsgesetzes steigen abermals die Ausgaben für Sachinvestitionen der Länder sowie die Beteiligung der Länder an Investitionen der Kommunen. Die Ausgaben der Kapitalrechnung waren im vergangenen Jahr allerdings durch die Stützungsmaßnahme für die Bayerische Landesbank nach oben verzerrt Das Ausbleiben eines derartigen Einmaleffektes 2010 wirkt den gestiegenen Investitionen so stark entgegen, dass die Ausgaben der Kapitalrechnung insgesamt um 9 % auf 36 ½ Mrd. € sinken. Die Gesamtausgaben der Länder werden sich im Finanzplanungszeitraum voraussichtlich um jährlich rund 1% auf 297½ Mrd. € im Jahr 2014 erhöhen.

Die Einnahmen der Länder sinken 2010 deutlich weniger als noch im Jahr 2009.

Zwar verzeichnen die Steuereinnahmen noch ein Minus von 4½% auf 180 Mrd. €. Die Einnahmen der Kapitalrechnung werden hingegen aufgrund der Zuweisungen des Investitions- und Tilgungsfonds im Rahmen des Investitionsprogramms um 15½% auf 16½ Mrd. € kräftig zulegen.

Da auch die Verringerung der laufenden Einnahmen in diesem Jahr deutlich geringer ausfällt als noch 2009 (-2% auf 241 Mrd. €), verzeichnen die Ländereinnahmen einen Rückgang von lediglich 1% auf 257½ Mrd. €.

Die Aufhellung der konjunkturellen Rahmenbedingungen führt dazu, dass es 2011 zu einer Trendwende bei der Einnahmeentwicklung der Bundesländer kommt und die Einnahmen wieder leicht ansteigen dürften (+½% auf 258½ Mrd. €). Im weiteren Finanzplanungszeitraum wird von einer Verbesserung der Einnahmesituation mit jährlichen Wachstumsraten von 1½% bis 3% ausgegangen.

Im Jahr 2010 führen die sinkenden Einnahmen bei annähernd unveränderten Ausgaben zu einer erneuten Verschlechterung des Finanzierungssaldos der Länder von -27,0 Mrd. € auf -30 Mrd. €. Im kommenden Jahr wird ein erneuter Rückgang auf -32 Mrd. € erwartet. Erst danach wird davon ausgegangen, das sich die Finanzierungssalden der Länder schrittweise bis auf -20 Mrd. € im Jahr 2014 verbessern.

#### 2.4 Gemeinden

Auch die Haushalte der Gemeinden stehen 2010 unter dem Einfluss der Wirtschafts- und Finanzkrise. Rückläufige Einnahmen und steigende Ausgaben führen zu einem höheren Defizit. Die Einnahmen der Gemeinden sinken auf 166 ½ Mrd. €, was einem Minus von 2% im Vergleich zum Jahr 2009 entspricht. Da die Ausgaben in diesem Jahr um 2% auf 180 ½ Mrd. € ansteigen, verdoppelt sich das Finanzierungsdefizit im Jahr 2010 auf 14 Mrd. €.

Zwar ist 2010 bei den Gemeinden mit der Korrektur von Basiseffekten durch einmalige Ausgaben 2009 zu rechnen. Die Steigerungen der Personalausgaben aufgrund des Tarifabschlusses des öffentlichen Dienstes aus dem Jahr 2009 sowie konjunkturbedingt erhöhte Ausgaben für soziale Leistungen gleichen diesen einmaligen Effekt jedoch mehr als aus. Auch werden 2010 die Sachinvestitionen im Rahmen des Zukunftsinvestitionsgesetzes erneut steigen.

Obwohl die Gemeinden aus diesem Grund mit einem deutlichen Anstieg der Zuweisungen der Länder rechnen können,

Kurz- und mittelfristige Perspektiven der öffentlichen Haushalte in Deutschland

werden die Gesamteinnahmen 2010 auf 166½ Mrd. € fallen. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass aufgrund der konjunkturellen Entwicklung und der in diesem Zusammenhang umgesetzten Maßnahmen zur Krisenbekämpfung auch die Steuereinnahmen der Gemeinden sinken. Ab 2011 wird jedoch mit einer wenn auch geringfügigen Verbesserung der kommunalen

Einnahmesituation gerechnet. Gleichzeitig fällt die Ausgabenentwicklung im weiteren Prognosezeitraum weitaus moderater aus. Dies führt zwar zu einer leichten Verbesserung des kommunalen Finanzierungssaldos, mit -8 Mrd. € sind die Haushalte der Gemeinden aber voraussichtlich auch im letzten Jahr der Projektion 2014 noch defizitär.

Tabelle 1: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts bis 2014 nach Ausgabenund Einnahmearten

		2009	2010	2011	2012	2013	2014
		in Mrd. €					
I.	Ausgaben						
	Personalausgaben	193,6	197½	200½	203	206	208½
	Sachaufwand	90,9	92	94	93½	94½	95
	Zinsausgaben an andere Bereiche	62,1	61	63	64	70½	77½
	Sachinvestitionen	40,4	42	42½	36	35½	34½
	sonstige Ausgaben	337,5	355	343½	337½	335½	329½
	Insgesamt	727,3	746	741½	734	741½	745½
II.	Einnahmen						
	Steuern	524,3	510½	520	547	569	589
	sonstige Einnahmen	113,3	116½	110½	110½	110	108½
	Insgesamt	637,6	627	630½	658	679	697½
III.	Finanzierungssaldo	-87,9	-117 ½	-109 ½	-74 ½	-60 ½	-46 ½
		2009 <sup>1</sup>	2010	2011	2012	2013	2014
		in % gegenüber Vorjahr					
I.	Ausgaben						
	Personalausgaben		2	1½	1½	1½	1½
	Sachaufwand		1	2	-1/2	1	1/2
	Zinsausgaben an andere Bereiche		-1½	3	2	10	10
	Sachinvestitionen		3½	1½	-15	-2	-2
	sonstige Ausgaben		5	-3	-1 ½	-1/2	-1½
	Insgesamt		2½	-1/2	-1	1	1/2
II.	Einnahmen						
	Steuern		-2½	2	5½	4	3½
	sonstige Einnahmen		3	-5	0	-1/2	-1½
	Insgesamt		-1 ½	1/2	4½	3	2½

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Wegen erstmaliger Integration von Extrahaushalten der Länder sind rechnerische Zuwachsraten nicht aussagefähig. Stand: BMF-Schätzung zum Arbeitskreis Stabilitätsrat Juli 2010.

Kurz- und mittelfristige Perspektiven der öffentlichen Haushalte in Deutschland

Tabelle 2: Entwicklung der öffentlichen Haushalte bis 2014 nach staatlichen Ebenen

		2009	2010	2011	2012	2013	2014
				in f	Mrd.€		
I.	Ausgaben						
	Bund	291,6	313	307 ½	301	301 ½	301
	Länder	286,8	287	290 ½	289 ½	293 ½	297 ½
	Gemeinden	177,2	180 ½	183 ½	181 ½	184	186 ½
	Extrahaushalte des Bundes <sup>1</sup>	62,4	55 ½	53	47	48 ½	47 ½
	Öffentlicher Gesamthaushalt²	727,3	746	54 ½	734	741 ½	745 ½
II.	Einnahmen						
	Bund	257,7	248	249 ½	260 ½	269 ½	276 ½
	Länder	259,8	257 ½	258 ½	262 ½	270 ½	277 ½
	Gemeinden	170,0	166 ½	168	169	174	178 ½
	Extrahaushalte des Bundes <sup>1</sup>	41,7	46	48	51	51 ½	52
	Öffentlicher Gesamthaushalt²	637,6	627	630 ½	658	679	697 ½
III.	Finanzierungssaldo						
	Bund	-33,9	-65	-58	-40 ½	-32	-24 ½
	Länder	-27,0	-30	-32	-27	-23	-20
	Gemeinden	-7,2	-14	-15 ½	-12 ½	-10	-8
	Extrahaushalte des Bundes <sup>1</sup>	-20,7	-9 ½	-5	4	3	4 ½
	Öffentlicher Gesamthaushalt	-87,9	-117 ½	-109 ½	-74 ½	-60 ½	-46 ½
				in%geger	nüber Vorjahr		
l <b>.</b>	Ausgaben						
	Bund	3,3	7 ½	-2	-2	0	-0
	Länder	4,2	0	1	- ½	1 ½	1 ½
	Gemeinden	5,9	2	1 ½	-1	1 ½	1 ½
	Extrahaushalte des Bundes <sup>1</sup>	33,6	-11	-4 ½	-11	3 ½	-2 ½
	Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>2</sup>		2 ½	- ½	-1	1	1/2
II.	Einnahmen						
	Bund	-4,7	-4	1/2	4 ½	3 ½	2 ½
	Länder	-5,5	-1	1/2	1 ½	3	2 ½
	Gemeinden	-2,8	-2	1	1	3	2 ½
	Extrahaushalte des Bundes <sup>1</sup>	1,9	10 ½	4	7	1	1
	Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>2</sup>		-1 ½	1/2	4 ½	3	2 ½

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> ERP-Sondervermögen, Bundeseisenbahnvermögen, EU-Finanzierung, Versorgungsrücklage des Bundes, Versorgungsfonds des Bundes, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Sondervermögen Kinderbetreuungsausbau, Investitions- und Tilgungsfonds, BPS-PT (Postbeamtenversorgungskasse), SoFFin (Finanzmarktstabilisierungsfonds) und Sondervermögen "Vorsorge für Schlusszahlungen für inflationsindexierte Bundeswertpapiere".

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Wegen erstmaliger Integration von Extrahaushalten der Länder sind rechnerische Zuwachsraten 2009 nicht aussagefähig. Stand: BMF-Schätzung zum Arbeitskreis Stabilitätsrat Juli 2010.

KURZ- UND MITTELFRISTIGE PERSPEKTIVEN DER ÖFFENTLICHEN HAUSHALTE IN DEUTSCHLAND

# 3 Entwicklung der öffentlichen Haushalte in der Maastricht-Abgrenzung

# 3.1 Unterschied zwischen Finanzstatistik und Maastricht-Abgrenzung

Im Gegensatz zur Finanzstatistik, die auf die Kassenwirksamkeit der öffentlichen Finanzen abstellt, richtet sich die Entwicklung der öffentlichen Finanzen in der Abgrenzung der Maastricht-Rechnung, wie sie für die Einhaltung des Europäischen Stabilitätsund Wachstumspaktes relevant ist, nach der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Ziel der VGR ist es, ein international einheitliches Regelwerk zur Verfügung zu stellen und damit die internationale Vergleichbarkeit zu gewährleisten. Das führt zu einigen Anpassungen des finanzstatistischen Finanzierungssaldos.

Ein grundlegender Unterschied ist die Buchung gemäß der ökonomischen Entstehung von Ausgaben und Einnahmen. Das bedeutet beispielsweise, dass Steuereinnahmen nicht dann gebucht werden, wenn sie in die Staatskasse eingehen, sondern dem Zeitraum zugeordnet werden, auf den sie zurückzuführen sind. Üblicherweise wird z.B. die Lohnsteuer von den Unternehmen erst einen Monat später, d. h. für das Gehalt des vorangegangenen Monats, an das Finanzamt abgeführt. Dies hat zur Folge, dass in den VGR die Steuereinnahmen zeitlich entsprechend "zurückversetzt" werden. Bei Bauinvestitionen zählt der Baufortschritt und nicht der Zeitpunkt der Bezahlung des Investitionsprojekts.

Abweichend von der Praxis, nach ökonomischer Entstehung zu buchen, werden die finanziellen Auswirkungen von Gerichtsurteilen zum Zeitpunkt der Entscheidung gebucht. Das bedeutet beispielsweise, dass die Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Pendlerpauschale vom Dezember 2008 im ÖGH entsprechend den kassenwirksamen Rückzahlungen hauptsächlich im Jahr 2009 das Defizit erhöhte, während in den VGR die volle Belastung der öffentlichen Haushalte durch die Rückzahlung der Pendlerpauschale im Jahr 2008 zu Buche schlug.

Darüber hinaus unterscheidet sich auch die Abgrenzung der Ausgabe- und Einnahmekategorien zwischen Finanzstatistik und VGR. So wird in den VGR brutto gebucht. Das bedeutet, dass Steuern in den VGR beispielsweise neben den kassenmäßigen Steuereinnahmen auch Kindergeld und Zulagen enthalten, während gleichzeitig das Kindergeld als monetäre Sozialleistung und die Zulagen als Vermögenstransfers an Dritte die Ausgaben erhöhen. Demgegenüber zählt die Erbschaftsteuer zu den Vermögenstransfers an den Staat. Die an die EU abzuführenden Mehrwertsteuer-Eigenmittel gelten (im Gegensatz zu den BSP-Eigenmitteln) als Direktleistung der betroffenen Sektoren an die "übrige Welt". Gleiches gilt für Zölle.

Nicht zuletzt werden nur vermögenswirksame Ausgaben und Einnahmen im Finanzierungssaldo in der Abgrenzung der VGR berücksichtigt. Das führt dazu, dass die finanzstatistischen Finanzierungssalden zusätzlich um den Saldo der finanziellen, also der nicht vermögenswirksamen Transaktionen bereinigt werden. Hierzu gehören Vergabe und Rückzahlung von Darlehen sowie Erwerb und Veräußerung von Beteiligungen. In diesen Fällen kommt es nicht zu einer Veränderung der Vermögensposition des Staates. Eine Darlehensvergabe führt im Gegensatz zur Finanzstatistik nicht zu einem Anstieg des Defizits, da dem Kassenausgang gleichzeitig ein Forderungserwerb gegenübersteht. Im konkreten Fall bedeutet dies, dass beispielsweise Darlehen des Bundes an die Sozialversicherung weder das Defizit des Bundes erhöhen, noch das Defizit der Sozialversicherung verringern. Bei Privatisierungserlösen findet nur ein Tausch von Beteiligungsvermögen gegen Kassenzugang statt. Umgekehrt stellt sich

Kurz- und mittelfristige Perspektiven der öffentlichen Haushalte in Deutschland

der Fall in der Regel bei Interventionen des Staates im Bankensektor dar, so dass es hier zu einer deutlichen Differenz zwischen dem Finanzierungssaldo in der Finanzstatistik und jenem in den VGR kommt. Während die Rekapitalisierungen des Finanzmarktstabilisierungsfonds in der Finanzstatistik als Ausgaben defiziterhöhend gebucht werden, sind sie im gesamtstaatlichen Finanzierungssaldo in der VGR-Abgrenzung – bei Vorliegen bestimmter Bedingungen – nicht enthalten, da ihnen ein um diesen Betrag höheres Beteiligungsvermögen gegenübersteht.

Im Rahmen der Finanzmarktkrise hat Eurostat allerdings im Juli vergangenen Jahres eine Entscheidung erlassen, in der die Buchung staatlicher Interventionen im Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise – zum Teil abweichend vom bisherigen Regelwerk – geregelt ist. In einer Einzelfallentscheidung hat Eurostat im Juli dieses Jahres die Erste Abwicklungsanstalt (EAA) dem Sektor Staat zugeordnet. Aufgabe der EAA ist es, von der WestLB zum Zwecke ihrer Stabilisierung und der Stabilisierung des Finanzmarktes übernommene Risikopositionen und nichtstrategienotwendige Geschäftsbereiche abzuwickeln.

Während im vorangegangenen Abschnitt zur Entwicklung des ÖGH nur die Haushalte der Gebietskörperschaften berücksichtigt wurden, sind im gesamtstaatlichen Finanzierungssaldo in der Abgrenzung der VGR auch Einnahmen und Ausgaben der einzelnen Zweige der Sozialversicherung enthalten.

# 3.2 Entwicklung des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos

Analog zur Entwicklung der öffentlichen Haushalte in der Abgrenzung der Finanzstatistik und unter Berücksichtigung der Zu- und Absetzungen gemäß der Definition der VGR erhöht sich das Maastricht-Defizit in diesem Jahr nochmals deutlich auf rund 4½% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt

(BIP). Damit überschreitet es zum zweiten Mal in Folge – nach 3,1% im vergangenen Jahr – den Maastricht-Referenzwert von 3 % des BIP. Ab dem kommenden Jahr ist Deutschland sowohl aufgrund seiner neuen nationalen Schuldenregel als auch gemäß den Vorgaben im Rahmen des Defizitverfahrens gegen Deutschland zum Ausstieg aus der krisenbedingt hohen Neuverschuldung verpflichtet. Bis 2013 sinkt das Maastricht-Defizit, wie im Europäischen Haushaltsüberwachungsverfahren gefordert, wieder unter 3% des BIP, am Ende des Finanzplanungszeitraums könnte das Defizit bis auf rund 1½% des BIP zurückgehen (Abbildung 1). Hierzu trägt wesentlich das im Juni von der Bundesregierung beschlossene Zukunftspaket bei. Die Entwicklung der Finanzierungssalden der Gebietskörperschaften in der Maastricht-Abgrenzung verläuft tendenziell analog zu jener in der Abgrenzung der Finanzstatistik. Das Defizit der Sozialversicherung steigt dagegen im nächsten Jahr nochmals an, da die Bundesagentur für Arbeit dann keinen Zuschuss vom Bund erhält, der in diesem Jahr ihr Defizit reduzierte, sondern ein Darlehen in Höhe ihres Defizits. Im Jahr 2012 kommt es allerdings nur noch zu einem geringen Defizit, zum Ende des Finanzplanungszeitraums weist die Sozialversicherung als einzige staatliche Ebene wieder einen leichten Überschuss auf.

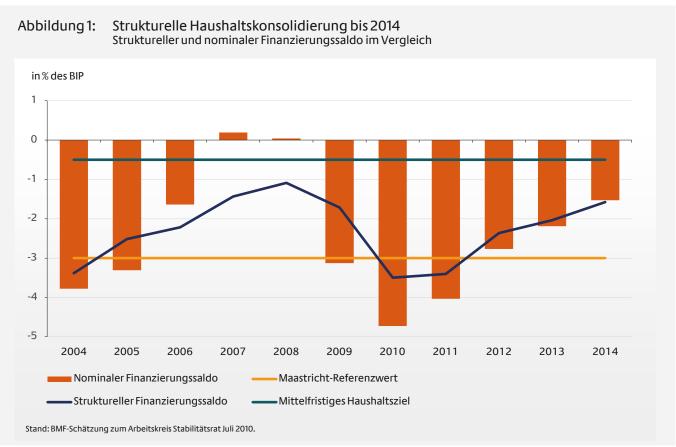
Die deutliche Verschlechterung der Haushaltsposition seit Beginn der Wirtschaftsund Finanzkrise ist sowohl konjunkturell als auch strukturell begründet. Zur Ermittlung des strukturellen Finanzierungssaldos in der Maastricht-Rechnung wird der tatsächliche Finanzierungssaldo um konjunkturbedingte Effekte und Einmalmaßnahmen bereinigt. Der konjunkturelle Finanzierungssaldo ergibt sich aus dem Saldo der konjunkturbedingten Einnahmen und Ausgaben, also allein aus dem Wirkenlassen der sogenannten automatischen Stabilisatoren. Angesichts der Wirtschaftsund Finanzmarktkrise waren deutliche Steuermindereinnahmen insbesondere im vergangenen Jahr zu verzeichnen, und auch in diesem Jahr sind im Vergleich zu einer

Kurz- und mittelfristige Perspektiven der öffentlichen Haushalte in Deutschland

konjunkturellen Normallage noch erheblich geringere Steuereinnahmen zu erwarten. Auf der Ausgabenseite reagiert insbesondere der Arbeitsmarkt konjunkturell und lässt die damit zusammenhängenden Ausgaben ansteigen. Betrachtet man die Jahre 2009 und 2010 zusammen, so zeigt sich eine merkliche Verschlechterung des konjunkturellen Finanzierungssaldos von einem Überschuss im Jahr 2009 auf ein deutliches Defizit in diesem Jahr. Zu den Einmalmaßnahmen zählen im vergangenen sowie auch in diesem Jahr die defizitwirksamen staatlichen Stützungsmaßnahmen für den Bankenbereich infolge der Finanzmarktkrise, aber auch die in diesem Jahr zu buchenden finanziellen Belastungen aus der Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur steuerlichen Abzugsfähigkeit des Arbeitszimmers oder die möglichen Auswirkungen des zum Ende dieses Jahres erwarteten sogenannten Meilicke-Urteils, wonach es zu geringeren Steuereinnahmen aufgrund der Anrechnung im Ausland gezahlter Steuern auf Dividenden

kommen könnte. Diesen das strukturelle
Defizit mindernden Einmaleffekten steht
in diesem Jahr der Einmaleffekt aus der
Versteigerung der Frequenzen für den
drahtlosen Netzzugang zum Angebot von
Telekommunikationsdiensten in Höhe von
über 4 Mrd. € gegenüber, deren Erlöse, die in
den VGR als negative Investitionsausgaben
(Verkauf eines immateriellen
nichtproduzierten Vermögensgutes) gebucht
werden, nicht zu einer Verringerung des
strukturellen Defizits beitragen.

Das strukturelle Defizit steigt aufgrund der diskretionären Maßnahmen der Konjunkturpakete kräftig bis auf rund 3½% des BIP in diesem Jahr an (Abbildung 1). Die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen ab dem Jahr 2011 geht mit einem Rückgang des strukturellen Defizits bis auf rund 1½% in Relation zum BIP am Ende des Finanzplanungszeitraums einher. Das strukturelle Defizit ist dann aber immer noch ein gutes Stück vom mittelfristigen



64

Kurz- und mittelfristige Perspektiven der öffentlichen Haushalte in Deutschland

Haushaltsziel entfernt, das sich für Deutschland im Rahmen des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes auf einen strukturellen Haushaltssaldo von - ½% des BIP beläuft.

# 3.3 Entwicklung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben

Nachdem in den Jahren vor der Krise der Maastricht-Finanzierungssaldo bis zu einem leichten Überschuss verbessert werden konnte, wozu die Verringerung der Staatsquote, also das Verhältnis der staatlichen Ausgaben zum nominalen BIP, ganz erheblich beigetragen hat, hat sich die Schere zwischen der Einnahme- und der Ausgabenquote des Staates im vergangenem Jahr wieder drastisch geöffnet. Diese Entwicklung wird sich auch in diesem Jahr fortsetzen (Abbildung 2).

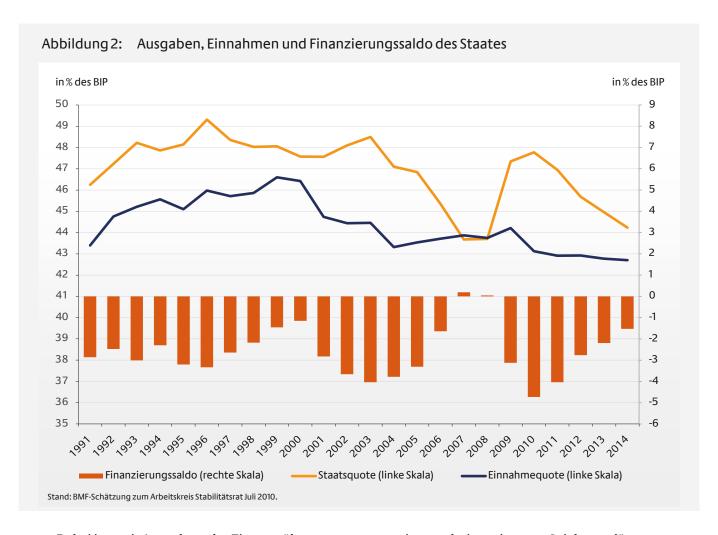
Während im Jahr 2009 die Staatsquote aufgrund des vollständigen Wirkenlassens der automatischen Stabilisatoren und durch die zur Konjunkturstabilisierung ergriffenen Maßnahmen, aber auch angesichts des Rückgangs des BIP (des Nenners) um 3,6 Prozentpunkte auf 47,3 % nach oben schnellte, wird sie in diesem Jahr nochmals, allerdings deutlich weniger stark, auf knapp 48 % ansteigen. Die Einnahmequote verzeichnete dagegen im Jahr 2009 eine weitere Zunahme, da der Rückgang der Einnahmen mit - 2,4 % weniger stark ausfiel als der Einbruch des BIP mit - 3.5 %3.

<sup>3</sup> Am 13. August 2010 hat das Statistische Bundesamt u. a. die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die zurückliegenden Jahre revidiert. Danach war der Rückgang des BIP im Jahr 2009 mit - 3,4 % gegenüber dem Vorjahr etwas weniger ausgeprägt als zum Zeitpunkt der Mittelfristprojektion der öffentlichen Finanzen bekannt. Am 24. August 2010 werden die Ergebnisse im Detail veröffentlicht, die auch Revisionen der staatlichen Ausgaben und Einnahmen und damit des Finanzierungssaldos für die Vorjahre aufweisen können.

Allerdings kommt es in diesem Jahr, auch wegen der Einmaleffekte aufgrund der Gerichtsurteile, sowie in den Folgejahren aufgrund des Basiseffekts zu geringeren Steuereinnahmen als vor der Krise, so dass die Steuerquote und damit auch die staatliche Einnahmequote bereits in diesem Jahr deutlich niedriger ausfallen werden. Dieser Rückgang setzt sich in der Tendenz, wenn auch deutlich abgeschwächter, bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums auf unter 43 % fort. Die Staatsquote sinkt angesichts der hauptsächlich ausgabenseitigen Konsolidierungsmaßnahmen spürbar auf knapp über 44% im Jahr 2014 und damit nahezu wieder auf das Vorkrisenniveau. Das Ausmaß der Verringerung der staatlichen Ausgabenquote ist ehrgeizig, jedoch - wie auch das Niveau der Quote – nicht ohne Vorbild: Bereits in den Jahren zwischen 2003 und 2007 konnte ein Rückgang in sogar größerem Umfang erreicht werden.

Stellt man die Veränderung der Einnahmen und Ausgaben des vergangenen Jahres der Entwicklung gegenüber, die jahresdurchschnittlich für den gesamten Finanzplanungszeitraum zu erwarten ist, so zeigen sich einerseits deutlich die direkten Effekte der Krise im vergangenen Jahr und andererseits die zu erwartenden mittelfristigen Auswirkungen. Bei der Dynamik der Einnahmen ist der Parallelverlauf zur Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität deutlich zu erkennen. Im vergangenen Jahr ging das nominale BIP um 3,5 % gegenüber dem Vorjahr zurück, die staatlichen Einnahmen reduzierten sich um 2,4 %. In ähnlicher Weise bleibt die Einnahmeentwicklung im gesamten Finanzplanungszeitraum mit einem jahresdurchschnittlichen Zuwachs von rund 2% leicht hinter der Zunahme des BIP von durchschnittlich 2½% p. a. zurück. Demgegenüber wird der Ausgabenzuwachs von noch 4,6 % im Jahr 2009 im Zeitraum der Jahre 2009 bis 2014 spürbar auf im Durchschnitt rund 1% p. a. reduziert (Abbildung 3).

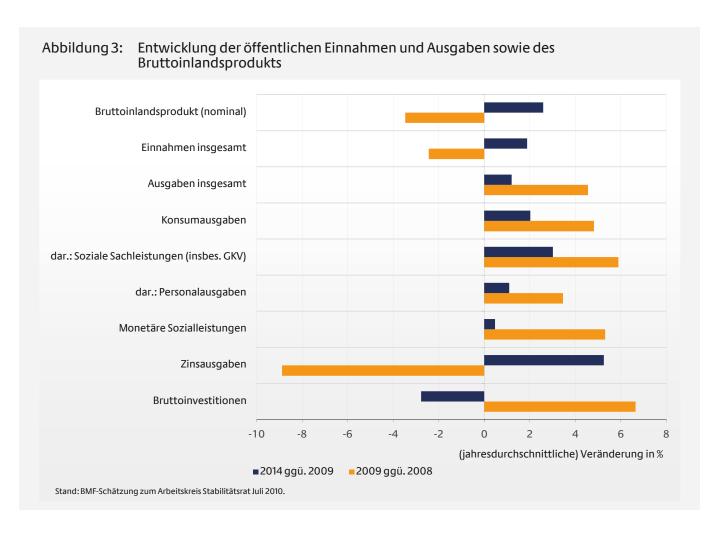
Kurz- und mittelfristige Perspektiven der öffentlichen Haushalte in Deutschland



Dabei ist - mit Ausnahme der Zinsen - über alle Ausgabenkategorien hinweg eine im Finanzplanungszeitraum insgesamt deutlich rückläufige Dynamik gegenüber dem vergangenen Jahr festzustellen, die sich bei den Bruttoinvestitionen sogar in einer Trendwende niederschlägt. Der im vergangenen Jahr zu verzeichnende kräftige Rückgang der geleisteten Vermögenseinkommen um 8,9% ist die Rendite der deutlichen Verbesserung der Situation der öffentlichen Haushalte in den vorangegangenen Jahren, die erst verzögert in den Zinsausgaben wirksam wird. Die drastische Ausweitung der Neuverschuldung auf allen Ebenen hat allerdings zur Folge, dass es – über den gesamten Zeitraum der Jahre 2009 bis 2014 betrachtet - wieder zu einem deutlichen Anstieg in Höhe von jahresdurchschnittlich 5 ½ % und damit wieder zu einem relativ geringeren Spielraum für andere Ausgaben kommt.

Der größte Ausgabenblock umfasst mit rund 42 % aller Ausgaben die Konsumausgaben. Ihre Entwicklung schwächt sich, bezogen auch auf alle Teilkomponenten im Finanzplanungszeitraum, von 4,8 % im Vorjahr auf einen jahresdurchschnittlichen Zuwachs von 2% ab. Der Anstieg der Arbeitnehmerentgelte fiel dabei im vergangenen Jahr aufgrund der bereits vorab beschlossenen Tarifvereinbarungen etwas stärker aus. In den Folgejahren werden auch hier die Konsolidierungsbemühungen sichtbar. Die Verminderung der Zunahme der sozialen Sachleistungen und die reduzierte Dynamik der monetären Sozialleistungen (von + 5,9 % im Vorjahr auf durchschnittlich + 3% p. a. im gesamten Finanzplanungszeitraum) sind durch mehrere

Kurz- und mittelfristige Perspektiven der öffentlichen Haushalte in Deutschland



Faktoren begründet. Dazu zählen sowohl der krisenbedingte Anstieg im vergangenen Jahr als auch die im Folgenden wieder besser ausgelasteten Produktionskapazitäten und die damit einhergehende Entspannung auf dem Arbeitsmarkt. Einen wesentlichen Anteil hat aber auch der Beitrag zur Konsolidierung.

Die öffentliche Investitionstätigkeit nahm im Vorjahr um 6,7% zu und büßte dank der Förderung von Investitionen in den Konjunkturpakten somit nur wenig an Dynamik ein. Die Zunahme der Bruttoinvestitionen wird sich in diesem Jahr sogar nochmals ausweiten, und auch im kommenden Jahr ist ein weiterer Anstieg zu erwarten. In den Jahren 2012 bis 2014 kommt es dagegen mit Auslaufen der Konjunkturpakete zu einer rückläufigen Entwicklung der Bruttoinvestitionen, deren

Trend den gesamten Zeitraum überlagert (durchschnittlich - 3% p. a.).

## 3.4 Entwicklung des Schuldenstands

Nachdem die Schuldenstandsquote in der Maastricht-Abgrenzung mit dem Rückgang in den Jahren zwischen 2005 und 2007 eine Trendwende eingeschlagen zu haben schien, ist sie seitdem infolge der Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise wieder deutlich gestiegen. Nach 73,1% im vergangenen Jahr ist auch in diesem Jahr nochmals mit einem merklichen Zuwachs auf rund 78% zu rechnen. Da sich die Gebietskörperschaften ungeachtet der Konsolidierung in den nächsten Jahren in noch immer deutlichem Umfang weiter verschulden, steigt die Schuldenstandsquote bis zum Jahr 2013 auf über 80½% (Abbildung 4).

Kurz- und mittelfristige Perspektiven der öffentlichen Haushalte in Deutschland

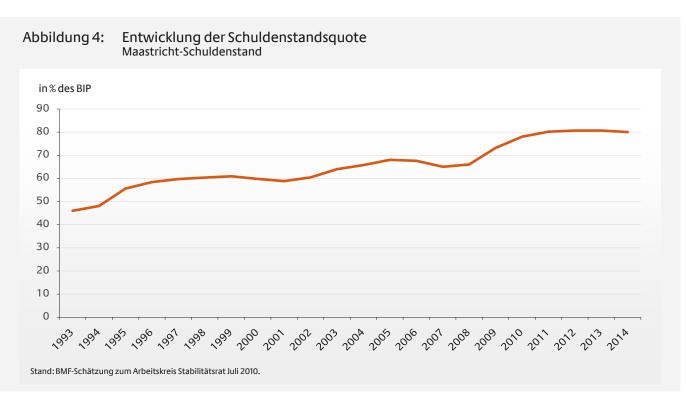
Zu beachten ist, dass der Schuldenstand in der Maastricht-Abgrenzung - im Gegensatz zum Maastricht-Defizit – alle staatlichen Stützungsmaßnahmen im Bereich des Bankensektors wie die Rekapitalisierungsmaßnahmen des SoFFin oder die Kapitalerhöhungen für die Landesbanken enthält. Darüber hinaus wurde bereits im Jahr 2008 der Schuldenstand um den Wert der von der Sachsen LB und der WestLB in private Zweckgesellschaften ausgelagerten Risikopapiere in Höhe von insgesamt 40,5 Mrd. € (1,6 % des BIP) erhöht. Die Ende vergangenen Jahres gegründete Erste Abwicklungsanstalt der WestLB hat in diesem Jahr zur weiteren Erhöhung des Schuldenstands beigetragen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass ein Teil der Verbindlichkeiten der EAA aus den Refinanzierungsnotes der Zweckgesellschaft der WestLB besteht und sich der zusätzliche Effekt auf den Schuldenstand nur auf rund 1 Prozentpunkt belaufen dürfte. Dies ist in der Projektion bereits berücksichtigt.

Die Schuldenstandseffekte dieser zur Stabilisierung der Finanzmärkte

durchgeführten Maßnahmen sind allerdings nicht als Ausweis einer unsoliden Finanzpolitik zu werten. Zwar steigt der Schuldenstand temporär, dem steht aber eine Erhöhung des Vermögens des Staates in nahezu gleichem Umfang gegenüber. Der Schuldenstand baut sich entsprechend der Auflösung der Beteiligungen des Staates bei den Banken beziehungsweise gemäß der Abwicklung des auf die EAA übertragenen Portfolios ohne weitere finanzpolitische Maßnahmen ab. Gerade im Falle der Zuordnung der EAA, aber auch der Zweckgesellschaften der Landesbanken zum Sektor Staat ist der Schuldenstandseffekt insoweit rein statistischer Natur, als er keine zukünftigen Zinszahlungen zur Folge hat und daher auch nicht zu einer Belastung zukünftiger Generationen führt.

# 4 Fazit und Ausblick

Die drastische Verschlechterung der öffentlichen Haushalte bis einschließlich dieses Jahres ist durch die Verwerfungen am Finanzmarkt und den konjunkturellen



Kurz- und mittelfristige Perspektiven der öffentlichen Haushalte in Deutschland

Einbruch sowie die dagegen ergriffenen staatlichen Maßnahmen bedingt. Deutschland ist allerdings gemäß den Vorgaben des Defizitverfahrens verpflichtet, sein Defizit ab dem kommenden Jahr bis spätestens 2013 wieder unter den Maastricht-Referenzwert von 3 % des BIP zu senken. Hierzu sollen nachhaltige Konsolidierungsmaßnahmen in der Größenordnung von mindestens 0,5 % des BIP jährlich durchschnittlich umgesetzt werden. Die Bundesregierung hat daher im Juni das Zukunftspaket beschlossen, das auch die Anforderungen der neuen Schuldenregel für den Bund berücksichtigt. Danach ist der Bund verpflichtet, sein strukturelles Defizit dieses Jahres auf die ab 2016 geltende Höchstgrenze von 0,35 % des BIP zu reduzieren. Um die genannten Vorgaben einzuhalten, stellen die beschlossenen Maßnahmen lediglich eine Untergrenze dar, die ohne Abstriche umgesetzt werden müssen. Eine dynamischere gesamtwirtschaftliche Entwicklung kann zwar die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen erleichtern, sie trägt allerdings zu keinerlei strukturellen Verbesserung der Haushaltslage bei. Deutschland muss – wie alle anderen EU-Mitgliedstaaten auch – mittelfristig wieder einen strukturell annähernd ausgeglichenen Haushalt ausweisen. Die Schuldenregel setzt diese europäischen Vorgaben jetzt auch verbindlich in der deutschen Verfassung um.

STRATEGIE EUROPA 2020

# Strategie Europa 2020

# Eine neue Wachstumsstrategie für Europa

1	Einleitung	70
	Architektur: Prioritäten, Integrierte Leitlinien, Nationale Reformprogramme, Oberziele,	
	Leitinitiativen	70
3	Überwachung: Strategie Europa 2020 als Pakt für Wettbewerbsfähigkeit	75
4	Schlussfolgerungen	76

- Der Europäische Rat hat am 17. Juni 2010 die Strategie Europa 2020 verabschiedet, die Europa neue Perspektiven für Wachstum und Beschäftigung eröffnen soll.
- Im Gegensatz zur Vorgängerstrategie, der 2010 ausgelaufenen Lissabon-Strategie, strebt die Strategie Europa 2020 u. a. eine größere Verbindlichkeit bezüglich der zu erreichenden Ziele an.
- Die Mitgliedstaaten der EU haben erstmals explizit gemeinsame Oberziele in den Bereichen Forschung und Innovation, Bildung, Beschäftigung, Umwelt und Soziales beschlossen.
- Um hier nachhaltige Ergebnisse zu erzielen, sieht die Strategie Europa 2020 zudem eine verbesserte wirtschaftspolitische Überwachung beziehungsweise Koordinierung vor.

# 1 Einleitung

Die im Juni 2010 beschlossene Strategie Europa 2020 steht in der Nachfolge der im Jahr 2010 ausgelaufenen Lissabon-Strategie, auf die sich die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union im Frühjahr 2000 verständigt hatten.

Die Vorstellung der neuen Wirtschaftsstrategie Europa 2020 steht im Zeichen der abflauenden Wirtschaftskrise, in der die strukturellen Schwächen der europäischen Wirtschaft deutlich zutage getreten sind. Vor dem Hintergrund stark angestiegener Schuldenstände, hoher Haushaltsdefizite, einer alternden und schrumpfenden Bevölkerung und unsicherer weiterer Aussichten bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung geht es darum, das Wachstumspotential für die EU-Mitgliedstaaten dauerhaft zu erhöhen, um die für nachhaltiges Wachstum erforderliche Haushaltskonsolidierung sicherzustellen und entsprechende positive Beschäftigungseffekte zu erreichen.

# 2 Architektur: Prioritäten, Integrierte Leitlinien, Nationale Reformprogramme, Oberziele, Leitinitiativen

Die komplizierte Architektur der Strategie Europa 2020 ergibt sich aus der Vielzahl der zu koordinierenden Politikbereiche und der erforderlichen Abstimmung zwischen der EU-Ebene und der Ebene der nationalen Mitgliedstaaten.

Zunächst orientiert sich die Strategie an drei Prioritäten, die die Grundausrichtung der Strategie vorgeben. Unterhalb dieser Ebene sind die Integrierten Leitlinien angesiedelt: Diese geben vor, an welchem Rahmen die Mitgliedstaaten ihre Wirtschaftsund Beschäftigungspolitiken ausrichten müssen, um die Ziele der Strategie zu erreichen. Zur Konkretisierung und besseren Vergleichbarkeit haben sich die Mitgliedstaaten auf fünf quantifizierte

STRATEGIE EUROPA 2020

Oberziele in den Bereichen Forschung und Entwicklung, Beschäftigung, Bildung, Soziales und Umwelt verständigt. In Nationalen Reformprogrammen wird von den Mitgliedstaaten dargestellt, wie die Prioritäten unter Beachtung der Leitlinien und Oberziele von den Mitgliedstaaten erreicht werden sollen. In Ergänzung dazu gibt es auf EU-Ebene sieben Leitinitiativen, die die Erreichung der Ziele der Strategie Europa 2020 durch EU-weite Aktivitäten unterstützen sollen.

#### Prioritäten

Für die Strategie hat sich der Rat auf Vorschlag der Kommission auf drei Prioritäten verständigt, die die Grundausrichtung der Strategie vorgeben:

- intelligentes Wachstum: Entwicklung einer auf Wissen und Innovation gestützten Wirtschaft;
- nachhaltiges Wachstum: Förderung einer ressourcenschonenden, ökologischeren und wettbewerbsfähigeren Wirtschaft;
- integratives Wachstum: Förderung einer Wirtschaft mit hoher Beschäftigung und sozialem und territorialem Zusammenhalt.

Diese drei Prioritäten sollen Europas integratives und nachhaltiges Wirtschaftsmodell abbilden und die Kernbereiche Bildung/Forschung/Innovation, ökologische Orientierung und europäisches Sozialmodell in den Mittelpunkt stellen.

### Integrierte Leitlinien, Nationale Reformprogramme

Zur Umsetzung der Strategie Europa 2020 schlägt die Kommission zehn Integrierte Leitlinien vor, mit denen die Politik der Mitgliedstaaten koordiniert werden soll. Diese setzen sich aus den "Grundzügen der Wirtschaftspolitik", den Leitlinien 1-6, und den Leitlinien für die Beschäftigungspolitik, Nr. 7-10, zusammen. Vertragliche Basis für die Koordinierung der Politikbereiche im

Rahmen der Leitlinien sind für die Grundzüge der Wirtschaftspolitik Art. 121 AEUV und für die Beschäftigungspolitischen Leitlinien Art. 148 AEUV. Die Mitgliedstaaten sollen bei der Ausgestaltung ihrer Wirtschaftspolitik den Leitlinien Rechnung tragen sowie Wirtschaftsprogramme konzipieren, die mit ihnen im Einklang stehen. Dies sind die sogenannten Nationalen Reformprogramme, die es in vergleichbarer Form auch schon in der Lissabon-Strategie gab und die auch weiterhin einen dreijährigen Gültigkeitszeitraum haben. Die Mitgliedstaaten sollen hierin darlegen, welche Maßnahmen sie zur Umsetzung der Leitlinien planen.

#### Grundzüge der Wirtschaftspolitik:

- Leitlinie 1: Gewährleistung der Qualität und langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen
- Leitlinie 2: Beseitigung makroökonomischer Ungleichgewichte
- Leitlinie 3: Abbau von Ungleichgewichten in der Eurozone
- Leitlinie 4: Optimierung der FuE- sowie der Innovationsförderung, Stärkung des Wissensdreiecks und Freisetzung des Potentials der digitalen Wirtschaft
- Leitlinie 5: Verbesserung der Ressourceneffizienz und Abbau der Treibhausgasemissionen
- Leitlinie 6: Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen und Verbraucher und Modernisierung der industriellen Basis

#### Beschäftigungspolitische Leitlinien:

- Leitlinie 7: Erhöhung der Beschäftigungsquote und Abbau der strukturellen Arbeitslosigkeit
- Leitlinie 8: Heranbildung von Arbeitskräften, deren Qualifikationen

STRATEGIE EUROPA 2020

den Anforderungen des Arbeitsmarkts entsprechen, Förderung der Arbeitsplatzqualität und des lebenslangen Lernens

- Leitlinie 9: Steigerung der Leistungsfähigkeit der allgemeinen und beruflichen Bildungssysteme auf allen Ebenen und Verbesserung des Zugangs zur Hochschulbildung
- Leitlinie 10: Bekämpfung von gesellschaftlicher Ausgrenzung und Armut

#### Oberziele

In der Absicht, die Strategie voranzutreiben und festzulegen, was bis 2020 erreicht werden soll, hat die EU fünf Oberziele bestimmt, die Maßnahmen auf Gemeinschaftsebene sowie auf nationaler Ebene notwendig machen.

Neben Zielen wie einer Verbesserung der Bedingungen für Innovationen, Steigerung des Bildungsniveaus und Einhaltung der Klimaschutzverpflichtungen legt Europa 2020 zudem eindeutige Ziele in den Bereichen Beschäftigung und soziale Eingliederung fest. Diese Oberziele sind vom Europäischen Rat am 17. Juni 2010 endgültig bestimmt worden:

Unter den 20-jährigen bis 64-jährigen Frauen und Männern wird eine Beschäftigungsquote von 75 % angestrebt, auch durch die vermehrte Einbeziehung von jüngeren und älteren Arbeitnehmern und Geringqualifizierten sowie die bessere Eingliederung von legalen Migranten. Die zuletzt gültige Lissabon-Strategie hatte noch eine Erwerbstätigenquote von 70 % in der Altersgruppe von 15 bis 64 Jahren als Oberziel. Der Indikator gewinnt durch die Anhebung der Altersgrenzen an Aussagekraft und spiegelt die Realität deutlicher wider, da sich junge Menschen insbesondere unter 20 Jahren häufig noch in Bildungseinrichtungen und noch nicht auf dem Arbeitsmarkt befinden.

- Die Bedingungen für Forschung und Entwicklung sollen verbessert werden – insbesondere mit dem Ziel, ein öffentliches und privates Investitionsvolumen auf diesem Gebiet von insgesamt 3 % des BIP zu erreichen; die Kommission wird einen Indikator für die FuE- und Innovationsintensität entwickeln.
- Die Treibhausgasemissionen sollen gegenüber dem Niveau des Jahres 1990 um 20 % verringert werden, der Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch soll auf 20 % steigen, und es wird eine Erhöhung der Energieeffizienz in Richtung von 20 % angestrebt. Die EU sagt zu, einen Beschluss zu fassen, wonach sie bis 2020 eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um 30 % gegenüber dem Niveau von 1990 erreichen will – und zwar als ihr bedingtes Angebot im Hinblick auf eine globale und umfassende Übereinkunft für die Zeit nach 2012 -, sofern sich die anderen Industrieländer zu vergleichbaren Emissionsreduzierungen verpflichten und die Entwicklungsländer einen ihren Verantwortlichkeiten und jeweiligen Fähigkeiten entsprechenden Beitrag leisten.
- Das Bildungsniveau soll verbessert werden, wobei insbesondere angestrebt wird, die Schulabbrecherquote auf unter 10 % zu senken und den Anteil der 30-Jährigen bis 34-Jährigen, die ein Hochschulstudium abgeschlossen haben oder über einen gleichwertigen Abschluss verfügen, auf mindestens 40 % zu erhöhen.¹
- Die soziale Eingliederung soll insbesondere durch die Verminderung der Armut gefördert werden, wobei angestrebt wird, mindestens 20 Millionen Menschen

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Der Europäische Rat betont, dass es Sache der Mitgliedstaaten ist, quantitative Ziele im Bildungsbereich festzulegen und zu verwirklichen.

STRATEGIE EUROPA 2020

vor dem Risiko der Armut oder der Ausgrenzung zu bewahren.<sup>2</sup>

Diese Oberziele sollen nun von den Mitgliedstaaten in nationale Ziele übertragen werden. Diese Ziele werden sich die Mitgliedstaaten im Dialog mit der Europäischen Kommission setzen, wobei den nationalen Gegebenheiten und individuellen Herausforderungen Rechnung getragen werden soll. Stärker als die Lissabon-Strategie soll die neue Strategie Europa 2020 gewährleisten, dass jeder Mitgliedstaat sich in ehrgeiziger Selbstverpflichtung die nunmehr quantifizierten Oberziele auch tatsächlich zu eigen macht und Fortschritte bei der Zielerreichung erzielt. Aus Sicht der europäischen Finanzminister bedarf es großer politischer Anstrengungen im Rahmen der bestehenden Haushaltsrestriktionen, eine sinnvolle und effiziente Zielerreichung zu gewährleisten. Darüber hinaus ist zu festzuhalten, dass die im Lissabon-Vertrag zwischen der EU-Ebene und der Ebene der Mitgliedstaaten vereinbarte Kompetenzverteilung nicht angetastet wurde. Dies ist in den Beschlüssen zu den Oberzielen ausdrücklich festgeschrieben worden, was gerade für die föderalen Strukturen in Deutschland im Bereich Bildung besonders wichtig ist.

#### Leitinitiativen

Darüber hinaus werden derzeit die von der Kommission vorgeschlagenen sieben EUweiten Leitinitiativen diskutiert, die dazu

<sup>2</sup> Diese Bevölkerungsgruppe wird als die Anzahl der Personen definiert, die nach drei Indikatoren (Armutsrisiko, materielle Deprivation, Erwerbslosenhaushalt) von Armut oder Ausgrenzung bedroht sind, wobei es den Mitgliedstaaten freigestellt ist, ihre nationalen Ziele auf der Grundlage der am besten geeigneten Indikatoren und unter Berücksichtigung ihrer nationalen Gegebenheiten und Prioritäten festzulegen.

beitragen sollen, Fortschritte innerhalb der einzelnen Prioritäten der Strategie herbeizuführen. Konkret heißt dies, dass alle auf EU-Ebene verfügbaren Instrumente und insbesondere der Binnenmarkt, finanzielle und außenpolitische Instrumente auf die Ziele der Strategie Europa 2020 ausgerichtet werden sollen. Derzeit laufen die Verhandlungen zu den einzelnen Initiativen in den zuständigen Fachministerräten. Die Bundesregierung dringt dabei auf eine strikte Einhaltung der vereinbarten Obergrenzen des derzeit geltenden mehrjährigen Finanzrahmens der EU. Um den erforderlichen politischen Entscheidungsspielraum des Europäischen Rates zu gewährleisten, ist zudem eine vorzeitige Präjudizierung der Verhandlungen um kommende EU-Budgets und des für die Jahre ab 2014 zu vereinbarenden neuen mehrjährigen Finanzrahmens durch die Leitinitiativen zu vermeiden. Die einzelnen Initiativen sind:

- Innovationsunion, um die
  Rahmenbedingungen und den Zugang
  zu Finanzmitteln für Forschung und
  Innovation zu verbessern. Ziel dieser
  Initiative ist die Neuausrichtung der
  europäischen FuE- und Innovationspolitik
  auf die Herausforderungen, denen sich
  unsere Gesellschaft gegenübergestellt
  sieht: Klimawandel, Energie- und
  Ressourceneffizienz, Gesundheit und
  demographischer Wandel. Jedes Glied der
  Innovationskette muss verstärkt werden,
  von der Grundlagenforschung bis zur
  Vermarktung.
- Jugend in Bewegung Bildungssysteme leistungsfähiger machen. Ziel ist eine Steigerung der Leistung und der internationalen Attraktivität der höheren Bildungseinrichtungen Europas und die Verbesserung der Qualität der allgemeinen und beruflichen Bildung in der EU insgesamt durch Exzellenz und Verteilungsgerechtigkeit. Darüber hinaus spielt die Förderung der Mobilität von Studenten und Auszubildenden und die

STRATEGIE EUROPA 2020

- Verbesserung der Beschäftigungschancen von Jugendlichen eine wichtige Rolle.
- Digitale Agenda für Europa den Ausbau schneller Internet-Zugangsdienste beschleunigen. Ziel ist es, einen nachhaltigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Nutzen aus einem digitalen Binnenmarkt auf der Grundlage des schnellen und ultraschnellen Internets und interoperabler Anwendungen zu ziehen, mit Breitbandanschlüssen für jedermann im Jahr 2013, sehr viel höheren Internet-Geschwindigkeiten von 30 Mbps (oder mehr) und einen Internetanschluss von über 100 Mbps für 50 % oder mehr aller europäischen Haushalte.
- Ressourcenschonendes Europa Wirtschaftswachstum von der Ressourcennutzung abkoppeln. Ziel ist die Unterstützung des Übergangs zu einer emissionsarmen Wirtschaft, die ihre Ressourcen wirkungsvoll einsetzt. Es geht darum, unser Wirtschaftswachstum von den Ressourcen und vom Energieverbrauch abzukoppeln, die CO<sub>2</sub>-Emissionen zu reduzieren, die Wettbewerbsfähigkeit zu fördern und eine größere Energieversorgungssicherheit zu unterstützen.
- Industriepolitik im Zeitalter der Globalisierung - die Rahmenbedingungen für Unternehmen, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen (KMU), verbessern und eine international wettbewerbsfähige starke und tragfähige Industriestruktur fördern. Die Wirtschaft und insbesondere die KMU sind von der Wirtschaftskrise hart getroffen worden. Sämtliche Wirtschaftszweige sehen sich überdies der Herausforderung gegenüber, in der Globalisierung zu bestehen und ihre Produktionsabläufe und Produkte auf die emissionsarme Wirtschaft einzustellen. Die Folgen werden von Branche zu Branche unterschiedlich ausfallen. Einige werden sich völlig neu aufstellen müssen, anderen wiederum

- werden diese Herausforderungen neue unternehmerische Möglichkeiten eröffnen. Die Kommission wird in enger Zusammenarbeit mit allen Beteiligten (Unternehmen, Gewerkschaften, Wissenschaft, Nicht-Regierungs-Organisationen, Verbraucherverbände) ein Rahmenkonzept für eine moderne, die unternehmerische Entfaltung fördernde Industriepolitik erarbeiten, um die Wirtschaft bei der Einstellung auf diese Herausforderungen anzuleiten und zu unterstützen, die Wettbewerbsfähigkeit der Grundstoffindustrie, des verarbeitenden Gewerbes und des Dienstleistungssektors zu fördern und sie dabei zu unterstützen, die Chancen der Globalisierung und der ökologischen Wirtschaft wahrzunehmen.
- Agenda für neue Fähigkeiten und neue Beschäftigungsmöglichkeiten die Arbeitsmärkte modernisieren, lebenslanges Lernen fördern, Erwerbstätigenquote erhöhen. Mit dieser Initiative sollen die Voraussetzungen für eine Modernisierung der Arbeitsmärkte geschaffen werden, um das Beschäftigungsniveau anzuheben und die Nachhaltigkeit unserer Sozialmodelle zu gewährleisten. Die Erwerbstätigen von heute und morgen sollen durch den Erwerb neuer Qualifikationen befähigt werden, sich an neue Gegebenheiten anzupassen und sich gegebenenfalls beruflich umzuorientieren, damit die Arbeitslosigkeit zurückgeht und die Produktivität zunimmt.
- Europäische Plattform zur Bekämpfung der Armut - den sozialen und territorialen Zusammenhalt gewährleisten. Ziel dieser Initiative ist die Gewährleistung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts. Aufbauend auf dem derzeitigen Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung sollen das Bewusstsein um die Grundrechte der Menschen, die unter Armut und Ausgrenzung leiden, geschärft

STRATEGIE EUROPA 2020

und ihre Anerkennung gefördert werden, damit sie in Würde leben und aktiv an der Gesellschaft teilhaben können.

## 3 Überwachung: Strategie Europa 2020 als Pakt für Wettbewerbsfähigkeit

Neben einer inhaltlichen Fokussierung auf Wachstum und Beschäftigung verständigten sich die Staats- und Regierungschefs auch auf eine stärkere wirtschaftspolitische Überwachung. Dieses höhere Maß an Verbindlichkeit und die bessere Überwachung der Wirtschaftspolitik war zentrales Anliegen Deutschlands bei den Verhandlungen zur Strategie Europa 2020. Schließlich ist ja die mangelnde Verbindlichkeit und schlechte Vergleichbarkeit der Ziele der Lissabon-Strategie zu Recht immer wieder kritisiert worden.

Die Strategie Europa 2020 fußt auf zwei Säulen: einerseits dem thematischen Ansatz, in dem Prioritäten und Kernziele miteinander verknüpft werden, und andererseits dem System der Länderberichte, das die Mitgliedstaaten dabei unterstützen soll, eigene Strategien für die Rückkehr zu nachhaltigem Wachstum und soliden öffentlichen Haushalten auszuarbeiten. Richtschnur für die Mitgliedstaaten sind einerseits die Integrierten Leitlinien, auf deren Basis entsprechende Empfehlungen ausgesprochen werden sollen, andererseits das Instrumentarium des Stabilitäts- und Wachstumspakts, das den Bereich der Fiskalpolitik abdeckt.

Derzeit werden sowohl die präventive als auch die korrektive Komponente des Stabilitäts- und Wachstumspakts überarbeitet, wobei insbesondere die Mitgliedstaaten des Euroraums einer strengen Überwachung unterzogen werden sollen. Stärker als bisher sollen dabei die Entwicklung der Verschuldung, die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und die Schuldenstände in den Mittelpunkt rücken. Auf Basis dieser Überwachung werden an die Mitgliedstaaten

länderspezifische Empfehlungen gerichtet. Werden diese nicht in angemessener Weise umgesetzt, können politische Warnungen ausgesprochen werden. Die Details der Weiterentwicklung der wirtschaftspolitischen Überwachung werden derzeit im Rahmen der unter dem Vorsitz des EU-Ratspräsidenten Herman Van Rompuy stehenden Task force, in der überwiegend die Finanzminister der EU vertreten sind, erarbeitet.

Ebenfalls in den Kanon der Strategie Europa 2020 wird die neu einzurichtende regelmäßige Wettbewerbsfähigkeitsanalyse der EU-Staaten fallen. Aufgelaufene makroökonomische Ungleichgewichte stellten die Union in der Wirtschaftskrise vor große Herausforderungen. Anhand eines noch im Einzelnen zu definierenden "Score boards" und entsprechender politischer Verfahren sollen die Wettbewerbsfähigkeit einzelner als problematisch identifizierter Länder durch den ECOFIN-Rat diskutiert und klare Empfehlungen an die Staaten ausgesprochen werden, welche die wirtschafts- und finanzpolitische Stabilität der Union durch ihre nicht nachhaltigen Politiken gefährden. Im Ergebnis sollen diese Staaten aufgefordert werden, entsprechende Politikschritte zur Wiederherstellung ihrer Wettbewerbsfähigkeit im Rahmen der Instrumente der Strategie Europa 2020 umzusetzen.

Die Berichterstattung im Rahmen von Europa 2020 sowie die Vorlage der Stabilitätsund Konvergenzprogramme im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts soll, anders als bisher, zeitlich enger aufeinander abgestimmt erfolgen ("Europäisches Semester"). Eine große Zahl von nationalen Haushaltsverfahren und von Nationalen Reformprogrammen unter Europa 2020 ist zu koordinieren. Entscheidend für Deutschland ist, dass es einen tatsächlichen Mehrwert durch das europäische Semester gibt und so früher als bisher Fehlentwicklungen in Mitgliedstaaten aufgedeckt werden können; gleichzeitig muss dies unter Berücksichtigung der nationalen Haushaltsverfahren erfolgen.

STRATEGIE EUROPA 2020

So sehr haushaltspolitische Überwachung im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts und strukturpolitische Überwachung unter Europa 2020 auch sinnvollerweise enger abgestimmt werden - klar ist für Deutschland, dass es sich weiterhin um zwei getrennte Instrumente handelt, so dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt unberührt bleibt. Dies war ein Punkt, auf den Deutschland in den Verhandlungen zu Europa 2020 großen Wert gelegt hat und der entsprechend an prominenter Stelle der Schlussfolgerungen des Rates seinen Niederschlag gefunden hat.

Die Kommission wird die Fortschritte bei der Verwirklichung der Ziele der Strategie beobachten und Vorschläge zu Leitinitiativen unterbreiten. Das Europäische Parlament soll einen Beitrag zur Mobilisierung der Bevölkerung leisten und bei wichtigen Vorhaben als Mitgesetzgeber fungieren. Auch die nationalen Parlamente, die nationalen, regionalen und kommunalen Verwaltungen, die Sozialpartner sowie die Zivilgesellschaft sollen einbezogen werden, um eine umfassende Verankerung der Strategie Europa 2020 in der Gesellschaft zu erreichen. Wie auch schon für die Verabschiedung des Gesamtkonzepts der Strategie soll auch für die Steuerung der Europäische Rat verantwortlich zeichnen.

### 4 Schlussfolgerungen

Nach den Erfahrungen mit der Vorgängerstrategie Lissabon ist die Skepsis bezüglich der neuen Strategie weit verbreitet ist es doch in den Jahren 2000 bis 2010 nicht ausreichend gelungen, Europa in Bezug auf seine Wettbewerbsfähigkeit voranzubringen. Allerdings hat die Finanz- und Wirtschaftskrise gezeigt, dass die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Volkswirtschaften und eine nachhaltige Fiskalpolitik zentral sind, um mittel- bis langfristig ein Weiterbestehen des europäischen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells zu sichern. Entscheidend sind hierfür die strukturellen Grundlagen der europäischen Volkswirtschaften, und diese sind das zentrale Augenmerk der Strategie Europa 2020. Das erhöhte Maß an Verbindlichkeit der Ziele der Strategie adressiert ein Hauptmanko der abgelaufenen Lissabon-Strategie: Europa will auf einem klar definierten Weg voranschreiten und setzt sich konkrete und realistische Ziele.

Neben der herausragenden Bedeutung, die der Stabilitäts- und Wachstumspakt für die Europäische Union und den Euroraum im Besonderen hat, sind aus Sicht des BMF insbesondere die Bereiche der Strategie Europa 2020 zentral, die unmittelbar mit einer Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaften in Verbindung stehen.

STAATLICHE ANREIZE FÜR PRIVATE BILDUNGSINVESTITIONEN

# Staatliche Anreize für private Bildungsinvestitionen

### Effizienzanalyse, internationale Trends, Reformmöglichkeiten<sup>1</sup>

1	Einleitung	77
2	Erfassung der privaten Bildungsausgaben	78
3		
4	Effizienzanalyse staatlicher Anreize	
	Interaktion privater und staatlicher Bildungsfinanzierung	
	Strategie der staatlichen Bildungsfinanzierung	
	Zusammenfassung	

- Die Gutachter berechnen mit einer alternativen Methode für Deutschland und zehn weitere OECD-Länder deutlich höhere gesamtwirtschaftliche Bildungsinvestitionen als in der standardisierten Bildungsberichterstattung der OECD an Bildungsausgaben ausgewiesen werden. Ursächlich hierfür ist insbesondere die Berücksichtigung von Opportunitätskosten von in Familien und Betrieben erbrachten Bildungsleistungen im Lebenszyklus.
- Der Staat kann Anreize für private Bildungsinvestitionen setzen durch direkte Förderung, indirekt im Steuersystem und auch durch Regulierung.
- Ausgehend von Überlegungen zu gesellschaftlichen und individuellen Bildungsrenditen und auf Basis einer ökonomischen Effizienzanalyse wird für das Vorschulalter eine staatliche Investitionsoffensive empfohlen, während die Hochschulbildung verstärkt privat finanziert werden sollte, flankiert durch den Ausbau von Bildungskrediten.

### 1 Einleitung

Bildung ist die Grundlage für wachstumsorientiertes Humanvermögen und für sozialen Zusammenhalt. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit und der nachhaltige

<sup>1</sup>Der vorliegende Beitrag basiert auf dem Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen, das unter der fachlichen Leitung von Prof. Dr. Berthold U. Wigger (Karlsruher Institut für Technologie und ZEW Mannheim) erarbeitet wurde. Weitere Koautoren sind Sarah Borgloh, Dr. Friedrich Heinemann, Alexander Kalb, PD Dr. Friedhelm Pfeiffer und Karsten Reuß, (ZEW Mannheim). Wohlstand Deutschlands beruhen auf Bildungszugang und -teilnahme. Es ist erklärtes Ziel der Bundesregierung und der sechzehn Länder, die gesamtwirtschaftlichen Aufwendungen für Bildung und Forschung bis 2015 auf einen Anteil von 10 % des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen. Ebenso ist es Ziel, im EU-Rahmen durch Stärkung des Humanvermögens das Potenzialwachstum der Mitgliedstaaten zu erhöhen.

Bildungsausgaben werden sowohl in Deutschland als auch in anderen Ländern zu einem großen Teil staatlich finanziert. Dennoch wird, je nach Bildungsphase, ein erheblicher Teil privat finanziert: von den Eltern, den Bildungsteilnehmern selbst, den Unternehmen oder von gemeinnützigen Organisationen. Der Staat wiederum

STAATLICHE ANREIZE FÜR PRIVATE BILDUNGSINVESTITIONEN

beteiligt sich daran. Insbesondere sind private Bildungsausgaben in Deutschland und in anderen OECD-Ländern teilweise steuerlich oder auf andere Weise staatlich gefördert. Dadurch setzt der Staat Anreize für private Bildungsinvestitionen. Um eine effiziente Verwendung der öffentlichen Mittel für staatliche Anreize zu privaten Bildungsinvestitionen sicher zu stellen, stellt sich die Frage, in welcher Phase des individuellen Lebenszyklus diese die stärkste Wirkung entfalten und welchen Instrumenten – steuerliche Förderung oder direkte Förderung – der Vorzug zu geben ist. Ferner ist zu klären, mit welchen Strategien sich zusätzliche private Mittel für die Bildung gewinnen lassen und in welcher Kombination öffentliche und private Mittel eingesetzt werden sollten. Zur Diskussion dieser und anderer Fragen hat das Bundesministerium der Finanzen (BMF) zusammen mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im März 2009 einen Workshop zum Thema "Steigerung privater Investitionen in das Bildungswesen" veranstaltet. Als Ergebnis dieser Diskussion ist der Auftrag für das nun vorliegende Gutachten vergeben worden. Folgende Fragen leiten die Analyse des Gutachtens:

- In welchem Umfang und in welchem Mix werden private und öffentliche Bildungsausgaben im Vergleich ausgewählter Industriestaaten über den Lebenszyklus eingesetzt und welche Instrumente der öffentlichen Förderung werden gewählt?
- Wie interagieren öffentliche und private Bildungsausgaben? Unter welchen Bedingungen werden tatsächlich zusätzliche Bildungsinvestitionen getätigt? Wo kommt es dagegen durch den Einsatz von öffentlichen Mitteln lediglich zur Verdrängung privater Bildungsinvestitionen?
- Wie sollte auf Basis einer lebenszyklusorientierten Theorie der Humanvermögensbildung der bisherige

Ansatz der Bildungsfinanzierung in Deutschland fortentwickelt werden? In welchen Phasen des Lebenszyklus sollten knappe öffentliche Mittel konzentriert eingesetzt werden? In welchen Phasen sollte dagegen die private Finanzierung der Bildung gestärkt werden?

Die vergleichende Analyse erfolgt erstens mittels einer Betrachtung der Bildungsausgaben differenziert nach Bildungsinstitutionen und zweitens mittels einer alternativen Lebenszyklusbetrachtung.

- Bei den Bildungsinstitutionen werden die folgenden vier Stufen unterschieden:
  - Vorschulstufe,
  - Primarstufe und Sekundarstufe I,
  - Sekundarstufe II und postsekundäre Bildung (ohne tertiäre Bildung),
  - tertiäre Bildung.
- Die Lebenszyklusbetrachtung wird in drei Altersabschnitte unterteilt:
  - Kleinkindalter (0 3 Jahre),
  - Kindes- und Jugendalter (4 18 Jahre),
  - Erwachsenenalter (Bildung während des Erwachsenenalters – lebenslanges Lernen).

### 2 Erfassung der privaten Bildungsausgaben

In einer Bestandsaufnahme werden zunächst internationale Trends der privaten Bildungsfinanzierung, ihrer Relation zu den staatlichen Bildungsausgaben im Bildungslebenszyklus und der Anteil am Bruttoinlandsprodukt untersucht. Folgende zehn OECD-Länder werden neben Deutschland abgedeckt: Australien, Finnland, Frankreich, Italien, Japan, Polen, Schweden, Südkorea,

STAATLICHE ANREIZE FÜR PRIVATE BILDUNGSINVESTITIONEN

das Vereinigte Königreich und die USA. Diese Länderauswahl stellt sicher, dass Staaten mit zum Teil sehr verschiedenen Instrumenten in der Bildungs- und Steuerpolitik betrachtet werden.

Die Analyse stützt sich auf die vorhandenen Daten der Bildungsberichterstattung der OECD über öffentliche und private Bildungsausgaben in den Bildungsinstitutionen von der Vor- bis zur Hochschule. Alternativ wird eine Abschätzung der Höhe der Bildungsinvestitionen entwickelt, die sich auf den gesamten Lebenszyklus erstreckt und auch die Kleinkindphase sowie das Erwachsenenalter berücksichtigt. Grundlage der Berechnung für die Bildungsausgaben sind die Opportunitätskosten der Betreuung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen sowie die der Bildung im Erwachsenenalter.

Während die Berichterstattung der OECD die direkt messbaren Bildungsausgaben in Bildungseinrichtungen erfasst, liefert der Opportunitätskostenansatz einen ergänzenden Blick auf die Höhe der volkswirtschaftlichen, vielfach nur indirekt messbaren Bildungsinvestitionen unter Einschluss entgangener Einkommen. Damit wird auch das Ausmaß der Bildungsinvestitionen in Familien und Betrieben erkennbar, das in der Bildungsberichterstattung der OECD nur unvollständig erfasst wird.

### Bildungsberichterstattung der OECD

In allen betrachteten OECD-Ländern spielen private Bildungsausgaben zwar eine wichtige Rolle. Im Einzelnen gibt es aber erhebliche Unterschiede. Über die betrachtete Zeitperiode von 1998 bis 2006 haben Verschiebungen im privaten Anteil stattgefunden, die bei nach wie vor bestehender Länderheterogenität zu einer leichten Angleichung der Länder geführt haben. In den meisten OECD-Ländern ist der private Anteil an den Bildungsausgaben für die tertiäre Bildung gestiegen.

- Der Anteil am Bruttoinlandsprodukt, der insgesamt (öffentlich und privat) in den Bildungsinstitutionen von der Vor- bis zur Hochschule aufgewendet wurde, lag in Deutschland im Jahr 2006 bei 4,68 % (unterhalb des OECD-Durchschnitts von 5,71%); 0,51% des Bruttoinlandsprodukts entfielen auf die vorschulische Bildung, 1,94% auf die Primar- und Sekundarstufe I, 1,16% auf die Sekundarstufe II und die postsekundäre, nicht-tertiäre Bildung, und 1,07% auf die tertiäre Bildung.
- Der Anteil am Bruttoinlandsprodukt, der privat in den Bildungsinstitutionen von der Vor- bis zur Hochschule aufgewendet wurde, lag in Deutschland im Jahr 2006 bei 0,70 % (unterhalb des OECD-Durchschnitts von 1,08 %); 0,14 % des Bruttoinlandsprodukts entfielen auf die vorschulische Bildung, 0,04% auf die Primar- und Sekundarstufe I, 0,36 % auf die Sekundarstufe II und die postsekundäre, nicht-tertiäre Bildung, und 0,16% auf die tertiäre Bildung. Im OECD-Vergleich sind die prozentualen privaten Bildungsausgaben in der Sekundarstufe II und in der Vorschulstufe in Deutschland überdurchschnittlich, in der tertiären Bildung unterdurchschnittlich (OECD-Mittelwert 0,66%).
- Im abgelaufenen Jahrzehnt ist in Deutschland der private Anteil in der Vorschulstufe und besonders auffällig und stark in der Sekundarstufe II und der postsekundären, nicht tertiären Bildung gefallen, während der private Anteil in der tertiären Bildung moderat zugenommen hat.

# Alternative Erfassung privater Bildungsinvestitionen

 Nach der umfassenderen und auch Opportunitätskosten einbeziehenden Lebenszyklusbetrachtung ergeben sich konzeptionsbedingt höhere Bildungsinvestitionen. Damit wird

STAATLICHE ANREIZE FÜR PRIVATE BILDUNGSINVESTITIONEN

deutlich, in welch umfassenden Ausmaß bereits in Bildung investiert wird, und dass bisherige Quantifizierungen das ökonomisch tatsächlich relevante Ausmaß weit unterschätzen. In dieser umfassenderen Betrachtung verbessert sich die relative Position Deutschlands im OECD-Vergleich. In der Summe der privaten und öffentlichen Bildungsinvestitionen errechnet sich ein Wert von 16,58% des Bruttoinlandsprodukts, der über dem OECD-Ländermittel (13,82%) liegt. Nach dieser Berechnung investieren die Privaten in Deutschland in einem Umfang in Bildung, der 13,57% des Bruttoinlandsprodukts entspricht. Auch dieser Wert liegt über dem OECD-Mittelwert von 11.36 %.

- Der Schluss, dass Deutschland aufgrund dieser ergänzenden Berechnung bereits das 10-Prozent-Ziel (Bildungsaufwendungen zum Bruttoinlandsprodukt) erfülle, wäre allerdings unzulässig, da sich diese Zielsetzung nicht auf ein derartig umfassendes Maß bezieht. Gleichwohl macht das weite Konzept näherungsweise das Ausmaß der bereits getätigten Bildungsinvestitionen deutlich und lässt die deutsche Position im internationalen Vergleich in einem günstigeren Licht erscheinen, als dies bei einer isolierten Betrachtung der direkten Bildungsausgaben erscheint.
- Nach der Lebenszyklusbetrachtung werden in Deutschland die meisten Investitionen im Erwachsenenalter getätigt (7,32%), gefolgt vom Kindes- und Jugendalter (5,95%) und vom Kleinkindalter (3,31%). Letzteres liegt vor allem auch an der niedrigen Anzahl von Geburten in dieser Altersgruppe.

Die Ergebnisse dieser unterschiedlichen Abschätzung der Bildungsausgaben sind in der Tabelle zusammengefasst.

Ein wichtiger Teil von Bildungsinvestitionen findet in Familien und in Betrieben und nicht in den formalisierten Lernumwelten der Bildungseinrichtungen statt. Mit dem alternativen Ansatz wurde das Ausmaß dieser Bildungstätigkeit erstmals abgeschätzt. Deutschland scheint mehr in die Bildung zu investieren als dies aus der offiziellen Bildungsberichterstattung ersichtlich ist und schiebt sich in dieser umfassenden Betrachtung im OECD-Vergleich nach vorne. Dennoch bleiben solche internationalen Vergleiche nicht zuletzt aufgrund von kulturellen, institutionellen und gesellschaftlichen Unterschieden mit Unsicherheiten behaftet. Zudem lassen sich allein aus der Analyse der Zahlen, ohne theoretischen Überbau, noch keine Implikationen für die Bildungspolitik ableiten.

# 3 Staatliche Anreize für private Bildungsfinanzierung

Bei der Untersuchung der staatlichen Anreize für private Bildungsinvestitionen wird zwischen drei verschiedenen Arten der Förderung unterschieden: Der Staat kann Bildungsinvestitionen zum einen indirekt, d. h. über das Steuersystem, unterstützen. Diese steuerlichen Anreize können grundsätzlich verschiedene Formen annehmen, wie beispielweise der Werbungskostenabzug, die Freistellung bestimmter Einkünfte von der Steuer oder Steuergutschriften. In die Analyse werden auf diesem Gebiet insbesondere die Fördermaßnahmen im Einkommen-. Unternehmens- sowie Umsatzsteuerrecht der einzelnen Länder einbezogen. Darüber hinaus kann der Staat private Bildungsinvestitionen auch direkt, in Form von finanziellen Zuwendungen, fördern. Hier seien beispielhaft Stipendien für Schüler oder Studenten sowie Bildungskredite genannt. Schließlich kann der Staat auch regulativ eingreifen, indem er beispielsweise einen Rechtsanspruch auf Fortbildung im Gesetz festschreibt.

Für Deutschland kann zusammenfassend festgestellt werden, dass sowohl im Bereich

STAATLICHE ANREIZE FÜR PRIVATE BILDUNGSINVESTITIONEN

Tabelle 1: Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland

		2006						
Institutionen (nach OECD)		Vorschule	Primar/ Sekundar I	Sekundar II / Postsekundär	Tertiär	Summe		
Anteil am BIP in %	Gesamt (staatlich+privat)	0,51	1,94	1,16	1,07	4,68		
	privat	0,14	0,04	0,36	0,16	0,70		
Lebenszyklusbetrachtung (mit Opportunitätskosten)		0-3: Säugling/Kleinkind	4-18: Kinder/Jugendliche		Erwachsenen- alter	Summe		
Anteil am BIP in %	Gesamt (staatlich+privat)	3,31	5,95		7,32	16,58		
	privat	2,92		4,18	6,47	13,57		

der indirekten (steuerlichen) Förderung als auch der direkten Förderung zahlreiche Instrumente vorhanden sind. Ordnet man die einzelnen Förderinstrumente ienen Phasen im Lebenszyklus zu, in denen sie zum Einsatz kommen, wird deutlich, dass in der frühkindlichen Phase beziehungsweise in der Vorschulzeit in Deutschland sowohl im Bereich der indirekten als auch der direkten Förderung kaum staatliche Anreize für private Bildungsinvestitionen gesetzt werden. Die Zahl der Instrumente nimmt zwar im weiteren Verlauf für die Phase der Schulzeit zu, hier sind die Anreizeffekte aber nach wie vor recht gering. Für die Lebensphase der über die Pflichtschulzeit hinausgehenden Ausbildung (Berufsausbildung, Studium) existiert in Deutschland hingegen die mit Abstand höchste Anzahl sowohl an indirekten als auch an direkten Förderinstrumenten. Hier sind beispielhaft die Möglichkeit des Sonderausgabenabzugs für Studienausgaben als steuerliche Fördermaßnahme sowie der Ausbildungsbonus als direkte Fördermaßnahme zu nennen. Auch der Bereich der Erwachsenenbildung wird in Deutschland vergleichsweise stark gefördert, die Zahl der vorhandenen Förderinstrumente liegt über jener für die frühkindliche Bildung sowie für die Schulphase. Im Hinblick auf die indirekten (steuerlichen) Fördermaßnahmen ist somit festzustellen, dass es vor allem vom Jugendalter bis hin zum Erwachsenenalter eine ganze Reihe von Steuervergünstigungen gibt. Diese stellen hauptsächlich auf

Erleichterungen der Einkommensteuerlast der Bildungskonsumenten oder deren Erziehungsberechtigten ab. Im Bereich der direkten Förderung dominieren hingegen insbesondere Fördermaßnahmen für Auszubildende und Studenten.

Bezüglich der staatlichen Förderung privater Bildungsinvestitionen lassen sich im internationalen Vergleich der elf OECD-Länder darüber hinaus einige interessante Tendenzen feststellen:

Nahezu alle hier betrachteten Länder, mit Ausnahme von Frankreich, Japan, Südkorea sowie den Vereinigten Staaten, setzen direkte Förderinstrumente in einem größeren Umfang ein als indirekte Förderinstrumente. Die indirekte Förderung privater Bildungsinvestitionen über das Steuersystem kommt dabei tendenziell eher in späteren Phasen des Bildungszyklus zum Einsatz. Während im Bereich der vorschulischen Bildung in den hier untersuchten Ländern im Wesentlichen keine indirekten Förderinstrumente zu finden sind, werden Schüler hauptsächlich über umsatzsteuerliche Vorschriften gefördert. Hierunter fallen beispielsweise ermäßigte Steuersätze für Bücher. Auszubildende oder Studenten werden dagegen in den meisten Ländern über einkommensteuerrechtliche Regelungen entlastet.

STAATLICHE ANREIZE FÜR PRIVATE BILDUNGSINVESTITIONEN

- Im Falle der direkten Förderung für Schüler ähneln sich die elf OECD-Länder insofern, als dass sie für die Dauer der Schulpflicht keine Gebühren erheben. In vielen Ländern werden zudem die Fahrtkosten sowie die Mahlzeiten der Schüler bezuschusst oder gänzlich erstattet. In Frankreich und Italien sind darüber hinaus die Einrichtungen der vorschulischen Bildung gebührenfrei, in Finnland und Schweden sind die Gebühren gedeckelt, in Polen sowie in Südkorea wird zumindest ein gebührenfreies Vorschuljahr finanziert und im Vereinigten Königreich wird eine kostenfreie Teilzeitbetreuung für Vorschulkinder angeboten. In Deutschland werden die Gebühren für den Besuch von vorschulischen Einrichtungen wie Kindergärten oder Kindertagesstätten bisher nur in einzelnen Ländern einkommensunabhängig vom Jugendamt übernommen. Eine teilweise oder völlige Gebührenübernahme wurde bisher vor allem für einkommensschwache Familien praktiziert.
- Die Ausgestaltung der direkten Förderinstrumente im Hochschulbereich variiert hingegen recht stark zwischen den einzelnen OECD-Ländern. Insbesondere die angelsächsischen Länder Australien, Vereinigtes Königreich sowie die Vereinigten Staaten von Amerika besitzen eine Vielzahl an Fördermaßnahmen wie beispielsweise Stipendien, Zuschüsse oder Bildungskredite. Gleichzeitig sind dies jene Länder, in denen die Hochschulstudierenden besonders hohe Studiengebühren zu entrichten haben. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang im Hinblick auf einige Länder, dass eine verstärkte direkte Förderung tertiärer Bildungsinvestitionen nicht mit einem Mangel an Förderinstrumenten für vorschulische Bildungsinvestitionen einhergeht und umgekehrt.

Trotz Globalisierung und dem weltweiten Wettbewerb um die besten Bildungssysteme sind die direkten und indirekten staatliche Anreize in den betrachteten OECD-Ländern von einer kaum überschaubaren Vielfalt gekennzeichnet. Auch in den Ländern Europas kann trotz der europäischen Versuche der Vereinheitlichung im Bildungssystem ("Bologna" im tertiären Bildungswesen, "Kopenhagen" in der beruflichen Bildung und der Einführung des Europäischen Qualifikationsrahmens) (noch) nicht von einer Vereinheitlichung gesprochen werden.

# 4 Effizienzanalyse staatlicher Anreize

Ziel ist es, die konzeptionellen Grundlagen zur Beurteilung einer rationalen Bildungspolitik – differenziert nach den Phasen des individuellen Bildungslebenszyklus – herauszuarbeiten. In einem weiteren Schritt wird dargestellt, welche direkten und indirekten Förderinstrumente sich anbieten, um eine zu geringe Bildungsnachfrage in den verschiedenen Phasen des individuellen Lebenszyklus zu stimulieren und zu einer gerechteren und effizienteren Bildungsfinanzierung beizutragen.

In allen Phasen des Bildungslebenszyklus übernimmt der Staat eine wichtige Rolle in der Förderung der Bildung. Die staatliche Rolle begründet sich dabei im Wesentlichen durch mangelnde Rationalität der Bildungsnachfrager (vertreten durch die Eltern bzw. Alleinerziehende), positive externe Effekte der Bildung, unvollständige private Kreditmärkte zur Finanzierung von Bildung und der mangelnden Gerechtigkeit hinsichtlich der Bildungschancen. Am stärksten ausgeprägt ist diese Rechtfertigung staatlich gesetzter Bildungsanreize im Vorschul- und im Primarschulbereich sowie für Kinder mit sozioökonomischer Benachteiligung. Im Bereich der tertiären Bildung erscheint die Rolle des Staates

STAATLICHE ANREIZE FÜR PRIVATE BILDUNGSINVESTITIONEN

dagegen vergleichsweise am geringsten. Da hier mangelnde Rationalität in der Bildungsnachfrage und externe Effekte eine eher geringe Rolle spielen, kann die private Initiative stärker an Bedeutung gewinnen, ohne dass daran substanzielle Effizienzprobleme geknüpft sind.

Vergleicht man die an Effizienz- und Gerechtigkeitszielen orientierte Bildungspolitik mit der tatsächlichen Bildungspolitik in Deutschland, so fallen die Abweichungen im Vorschulbereich und im Hochschulbereich auf. Empfohlen werden deshalb eine stärkere öffentliche Finanzierung im Vorschulbereich und eine Stärkung der privaten Finanzierung im Hochschulbereich. Dazu ist eine Neuaustarierung der staatlichen Förderinstrumente angezeigt, denn insgesamt erscheint die Kombination von direkter staatlicher Förderung der Bildung und indirekter Förderung der Bildung durch steuerliche Anreize nicht in allen Phasen des Bildungslebenszyklus optimal. Die steuerlichen Förderinstrumente in der Vorschulphase, in der Primarschulphase und im ersten Teil der Sekundarschulphase erscheinen eher wirkungslos. Im Ergebnis dürften sie stärker umverteilende als Effizienz lenkende Wirkung entfalten. Aus bildungsökonomischer Perspektive könnte auf die steuerliche Förderung in diesen Bildungsphasen – mit Ausnahme des Sonderausgabenabzugs für Privatschulausgaben – verzichtet werden. Dafür sollte die direkte staatliche Förderung in der Vorschulphase ausgebaut werden. Insbesondere wäre an eine unentgeltliche Bereitstellung vorschulischer Bildungsangebote zu denken – etwa in Form eines gebührenfreien Kindergartens.

Die Kombination von direkter Förderung der Bildung und steuerlichen Anreizen im zweiten Teil der Sekundarschulbildung und in der beruflichen Bildung erscheint in Deutschland insgesamt gut austariert. Ähnliches gilt für die Fort- und Weiterbildung von Erwachsenen. Hier wäre allerdings zu überlegen, die direkte Förderung von Fort- und

Weiterbildungsteilnehmern vollständig auf Kreditbasis umzustellen.

Die Hochschulbildung ist neben der vorschulischen Bildung der Bereich, in dem die Kombination von direkten und steuerlichen Förderinstrumenten am wenigsten gelungen erscheint. Die umfangreiche direkte Förderung der Hochschulbildung in Form ihrer weitgehend unentgeltlichen Bereitstellung lässt sich kaum mit Funktionsstörungen in Bildungsmärkten rechtfertigen. Gleichzeitig erscheint die steuerliche Förderung der Hochschulbildung schwach. Eine stärkere private Beteiligung an den Kosten der Hochschulbildung in Kombination mit einer stärkeren steuerlichen Förderung in Form einer Anrechenbarkeit der Kosten der Hochschulbildung beim Einkommen, das im Anschluss an das Studium erworben wird, erscheint aus Sicht des Gutachtens angezeigt.

### 5 Interaktion privater und staatlicher Bildungsfinanzierung

Hier stehen die kombinierten Effekte der Förderung der privaten Bildungsnachfrage und des staatlich finanzierten Bildungsangebotes im Fokus. Das Ausmaß an Verdrängungs- und Ergänzungseffekten der staatlichen und privaten Finanzierung wird dabei wiederum lebenszyklusorientiert betrachtet. Aus Anreizperspektive ist von Bedeutung, inwieweit staatliche Aktivitäten (Steuern, Zuschüsse, Regulierung) tatsächlich die privaten Bildungsausgaben befördern oder in Konkurrenz dazu treten und diese verdrängen.

Die vorgenommenen Regressionsanalysen mit den OECD-Länderdaten für den Zeitraum 1988 bis 2006 (für 29 Länder) deuten darauf hin, dass die privaten Bildungsausgaben mit dem Wohlstandsniveau steigen, und dass dies in der OECD besonders in der tertiären Bildung ausgeprägt ist. Dieses Ergebnis spiegelt sowohl die Anforderungen einer

STAATLICHE ANREIZE FÜR PRIVATE BILDUNGSINVESTITIONEN

hoch entwickelten Volkswirtschaft an das Qualifikationsniveau der Beschäftigten als auch die Präferenzen der individuellen Bildungsnachfrager wider. Die im Berufsleben zunehmende Spezialisierungsnotwendigkeit in der akademischen Bildung und die sich beschleunigende Dynamik des Wissens befördern die private Bildungsinvestitionstätigkeit.

Ferner deuten die Ergebnisse darauf hin, dass es eine partielle negative Korrelation zwischen privaten und öffentlichen Bildungsausgaben im vorschulischen und, quantitativ wichtiger, im tertiären Bereich gibt. Im gesamten institutionellen Bildungssystem scheint der Zusammenhang schwach negativ zu sein, sodass es eine schwache Evidenz für eine Substituierbarkeit gibt. Diese ist im tertiären Bereich am stärksten ausgeprägt.

Wie lassen sich die eher substitutive Beziehung zwischen öffentlichen und privaten Bildungsinvestitionen in der Vorschule, die ausgeprägte substitutive Beziehung in der tertiären Bildung und die eher komplementäre Beziehung im Pflichtschulbereich erklären? Grundsätzlich sollte eine substitutive Beziehung zwischen öffentlichen und privaten Bildungsinvestitionen vorliegen, wenn eine bereits privat als optimal erachtete Bildungsinvestition öffentlich unentgeltlich bereitgestellt wird. In diesem Fall schafft die öffentliche Investition keine zusätzliche private Nachfrage, sie verdrängt sie vielmehr. Der Staat übernimmt, was die Privaten andernfalls selbst finanziert hätten. Das gilt augenscheinlich am meisten für die tertiäre Bildung. Die unentgeltliche öffentliche Bereitstellung der tertiären Bildung löst die stärksten Verdrängungseffekte aus. Der Staat schließt mit der öffentlichen Bereitstellung keine substanzielle private Nachfragelücke, die sich etwa mit Rationalitätsproblemen oder positiven externen Effekten erklären ließe. Eine zu geringe Nachfrage nach tertiärer Bildung entsteht im Wesentlichen aufgrund von Kreditmarktbeschränkungen, d. h. einem eingeschränkten Zugang zu Bildungskrediten.

Auch in der vorschulischen Bildung deuten die Regressionsergebnisse auf eine substitutive Beziehung zwischen öffentlichen und privaten Bildungsinvestitionen hin. Allerdings sind die Verdrängungseffekte in der vorschulischen Bildung nicht so stark ausgeprägt wie in der tertiären Bildung. Das lässt sich mit den größeren Störungen im Markt für die vorschulische Bildung erklären. Neben Kreditmarktbeschränkungen spielen hier Rationalitätsprobleme und positive externe Effekte eine wichtige Rolle. Investieren Eltern aufgrund von Rationalitätsmängeln zu wenig oder gar nicht in die vorschulische Bildung ihrer Kinder, so lösen staatliche Bildungsinvestitionen hier keine oder nur geringe Verdrängungseffekte aus. Bei rationalitätsbeschränkten Eltern werden staatliche Bildungsinvestitionen mehr oder weniger voll wirksam. Positive externe Effekte sind ebenfalls geeignet, durch staatliche Bildungsfinanzierung bewirkte zusätzliche Bildungsinvestitionen zu erklären. Je mehr Kinder beispielsweise eine vorschulische Einrichtung besuchen, umso attraktiver dürften auch jene Eltern vorschulische Einrichtungen für ihre Kinder finden, die ihre Kinder bisher nicht in eine vorschulische Einrichtung gegeben haben. Dass die staatliche Finanzierung der vorschulischen Bildung gleichwohl Verdrängungseffekte auf die private Finanzierung auslöst, dürfte damit zu erklären sein, dass nur ein Teil der Eltern rationalitätsbeschränkt ist und nicht ausreichend privat in die vorschulische Bildung ihrer Kinder investiert. Jene Eltern, die bereits privat ausreichend in die vorschulische Bildung ihrer Kinder investieren, werden sich privat zurücknehmen, wenn der Staat die Finanzierung der vorschulischen Bildung ihrer Kinder übernimmt.

Die eher komplementäre Beziehung zwischen staatlicher und privater Bildungsfinanzierung, die die Regression für die Primarschulbildung und den ersten Teil der Sekundarschulbildung nahelegt, dürfte damit zu erklären sein, dass diese Schulphase in den betrachteten OECD-Ländern verpflichtend ist und

STAATLICHE ANREIZE FÜR PRIVATE BILDUNGSINVESTITIONEN

unentgeltlich öffentlich bereitgestellt wird. Rationalitätsprobleme, positive externe Effekte und Kreditmarktbeschränkungen werden damit wirksam ausgeschaltet. Zugleich ist damit aber auch ein großer Teil der ansonsten beobachtbaren privaten Finanzierung für alle betrachteten Länder im gesamten Beobachtungszeitraum verdrängt. Die privaten Finanzierungsanteile sind in hohem Maße auf Ausgaben für kostenpflichtige private Schulen zurückzuführen. In dem Umfang, in dem öffentliche und private Schulen gleichen Anforderungen unterliegen, entwickeln sich die Ausgaben für öffentliche und private Schulen parallel, wodurch der komplementäre Zusammenhang zwischen öffentlichen und privaten Bildungsausgaben in diesem Bereich erklärt werden könnte.

Die vorliegende ökonometrische Analyse erlaubt keine zwingenden kausalen Schlussfolgerungen hinsichtlich der Effekte der öffentlichen Finanzierung auf die private Finanzierung. Auch lässt sie keine Schlussfolgerungen hinsichtlich des Zusammenspiels von öffentlichen und privaten Bildungsinvestitionen im Hinblick auf das Bildungsergebnis zu. Daher dienen die weiteren Ausführungen dazu, ein genaueres Bild von Bildungserfordernissen in den einzelnen Phasen des Lebenszyklus zu geben.

### 6 Strategie der staatlichen Bildungsfinanzierung

Abschließend werden im Gutachten die gewonnenen Erkenntnisse genutzt, um eine Strategie der staatlichen Bildungsfinanzierung aufzuzeigen, die den Anforderungen des Bildungslebenszyklus besser Rechnung tragen als der Status quo.

Ein Ergebnis der Überlegungen ist, dass sich die optimale Aufteilung von öffentlicher und privater Bildungsfinanzierung über die verschiedenen Abschnitte des Lebenszyklus verändert. In der Vorschulund der Schulphase begründen individuelle Rationalitätsprobleme, externe Effekte und

Liquiditätsbeschränkungen eine umfassendere Rolle für die öffentliche Finanzierung der Bildung. Individuelle Rationalitätsprobleme und externe Effekte verlieren indessen in späteren Bildungsphasen an Bedeutung. Zwar bleiben Liquiditätsbeschränkungen auch in späteren Bildungsphasen bestehen. Die kann der Staat jedoch durch öffentliche Bildungskredite beseitigen. Besonders in der tertiären Bildungsphase kann deshalb die private Finanzierung der Bildung eine größere Rolle übernehmen.

Vergleicht man eine an den Erkenntnissen dieses Idealbilds orientierte öffentliche Bildungsfinanzierung mit der tatsächlichen Bildungsfinanzierung in Deutschland, so fallen insbesondere Abweichungen im Vorschul- und im Hochschulbereich ins Auge. So sind die indirekten Förderinstrumente in der Vorschulphase, in der Primarschulphase und im ersten Teil der Sekundarschulphase eher wirkungslos, während die gebotene direkte Förderung in der Vorschulphase unterentwickelt ist. Im Hochschulbereich ist die umfangreiche direkte Förderung der Hochschulbildung in Form ihrer weitgehend unentgeltlichen Bereitstellung nicht mit Funktionsstörungen in Bildungsmärkten zu rechtfertigen. Deshalb wäre eine stärkere private Beteiligung an den Kosten der Hochschulbildung angezeigt. Sehr viel positiver stellt sich der Status quo der deutschen Bildungsfinanzierung und Instrumentenwahl im zweiten Teil der Sekundarschulbildung und in der beruflichen Bildung dar.

Dieser Befund bietet eine besondere Chance im Hinblick auf eine Neukonzeptionierung der Bildungsfinanzierung, die mit den Nebenbedingungen einer nachhaltigen Budgetpolitik im Einklang steht. Die Neugewichtung mit einem stärkeren Einsatz öffentlicher Finanzierung im frühkindlichen Bereich und einer stärkeren Mobilisierung privater Investitionen im Hochschulbereich würde auch eine budgetär nachhaltige Bildungspolitik ermöglichen.

STAATLICHE ANREIZE FÜR PRIVATE BILDUNGSINVESTITIONEN

Diese Strategie wird für die einzelnen Bildungsphasen folgendermaßen konkretisiert:

#### Kleinkindalter: Investitionsoffensive

Eine lebenszyklusorientierte Finanzierung der Bildung begründet eine frühe intensive direkte Förderung der Bildung. Hier müsste stärker als bisher in der frühkindlichen Phase unter drei Jahren angesetzt werden.

Sinnvoll erscheint hier eine Zwei-SäulenStrategie. Die erste Säule sollte darauf abzielen, die Investitionsdefizite für benachteiligte Kinder, deren Eltern aufgrund mangelnder Rationalität zu wenig investieren, bereits in der so entscheidenden frühkindlichen Phase auszugleichen. Die zweite Säule könnte einen Ausgleich für Investitionsdefizite für Kinder bieten, deren Eltern bei ausreichender Rationalität aufgrund von Liquiditätsbeschränkungen und externen Effekten zu wenig investieren.

Ob nun dieses Zwei-Säulen-Modell oder ein anderer Ansatz gewählt würde, so muss die öffentliche Finanzierung in jedem Fall so eingesetzt werden, dass aufgrund von Rationalitäts- und Liquiditätsproblemen sowie externen Effekten zu geringe private Bildungsinvestitionstätigkeiten befördert werden.

# Vorschulalter: Regulierung und direkte Förderung

Derzeit ist in der Vorschulphase der Instrumenteneinsatz in Deutschland nicht nur insgesamt schwach, sondern auch falsch ausbalanciert. Bei den bestehenden Förderinstrumenten ist insbesondere die zu geringe Wirkung auf bildungsferne und einkommensschwache Schichten zu bemängeln. Bestehende Anreize begünstigen derzeit vor allem jene Familien, deren Bildungsnachfrage nicht durch Rationalitätsmängel geprägt ist und deren Kinder ausreichende Bedingungen für einen nachhaltigen Bildungserfolg vorfinden.

Hemmend für die Begünstigung von Kindern aus einkommensschwachen Familien durch die Angebote vorschulischer Einrichtungen ist die oft nur teilweise Erstattung der Kosten. In Kombination mit der Freiwilligkeit dieser Angebote bleiben daher oftmals die Kinder den Bildungseinrichtungen fern, die einen besonderen Bedarf aufgrund schwieriger familiärer Bedingungen und aufgrund des fehlenden "kompetenten Anderen" aufweisen.

Ein Neuansatz könnte hier auf einer Kombination einer unentgeltlichen Bereitstellung und einer verpflichtenden Teilnahme beruhen. Vorstellbar wäre auch die Lösung, den vorschulischen Teilnahmeverpflichtungen auf Antrag auch außerhalb von entsprechenden Einrichtungen, also beispielsweise zuhause, nachzukommen. Dadurch könnte ein Kompromiss zwischen familiärem Selbstbestimmungsrecht der Eltern und den Interessen des Kindes gefunden werden.

### Pflichtschulbereich: Kaum Reformbedarf auf Finanzierungsseite

Für die betrachteten OECD-Länder gilt weitgehend, dass Gebühren in der Phase der Schulpflicht keine nennenswerte Rolle spielen. In vielen Ländern werden zudem die Fahrtkosten sowie die Mahlzeiten der Schüler bezuschusst oder gänzlich erstattet. Auszubildende oder Studenten werden zudem in den meisten Ländern der OECD über einkommensteuerrechtliche Regelungen entlastet, darunter auch das Kindergeld.

Deutschland gehört zu den Ländern, in denen der private Anteil an den Bildungsausgaben im Pflichtschulbereich gering ist. Jedoch wird kein grundsätzlicher Korrekturbedarf auf der Finanzierungsseite gesehen.
Hingegen sollten die Reformbemühungen für diese Bildungsphase prioritär darauf ausgerichtet sein, die Produktivität der Schulen zu verbessern. Da Investitionen im Grundschulalter noch einen erheblichen Einfluss auf die allgemeine und soziale Intelligenz haben, könnte eine stärkere

STAATLICHE ANREIZE FÜR PRIVATE BILDUNGSINVESTITIONEN

Individualisierung von Lernprozessen in der primären Bildung und eine Überwindung der frühen fähigkeitsorientierten Schulgliederung zum Erreichen von Effizienz- und Gerechtigkeitszielen beitragen.

# Sekundarstufe II: Finanzierungssystem beibehalten

Das duale Berufsausbildungssystem und die Sekundarstufe II haben eine erhebliche Bedeutung für die Qualifizierung. Die quantitative Analyse dieser Studie deutet auf einen starken Rückgang der privaten Bildungsfinanzierung in Deutschland gerade in diesem Bereich hin, auch wenn der private Finanzierungsanteil immer noch weit über dem Niveau im Hochschulbereich liegt.

Für diese Entwicklung sind zum einen die Folgen der Globalisierung (das Fehlen des dualen Systems in anderen Industrieländern) und zum anderen die fortschreitende Akademisierung verantwortlich. Insgesamt fällt es daher schwer, den rückläufigen privaten Finanzierungsanteil in diesem Bereich als Fehlentwicklung einzustufen. Indirekt verweist er allerdings auf die Notwendigkeit, die hier verloren gegangenen privaten Bildungsressourcen in Zukunft stärker im akademischen Bereich zu mobilisieren. Unternehmen, die ihren Aufwand in der dualen Berufsausbildung zurückfahren, setzen Mittel frei, die in Zukunft in den tertiären Bereich wandern könnten.

Eine inhaltliche Reformaufgabe der Bildungspolitik sehen die Gutachter darin, die ausbildungsspezifische Last der Betriebe durch ein in die Zukunft gerichtetes System von beruflichen Ausbildungsgruppen so zu optimieren, dass die Bildungsnachfrage aller Jugendlichen befriedigt wird. Eine Inflation von Zertifikaten ist jedoch zu vermeiden, damit die Qualifizierung im System der allgemeinen und beruflichen Bildung weiterhin positiven Signalcharakter hat.

# Hochschulbildung: Stärkung der privaten Finanzierung

In Deutschland sind nach dem Wegfall des Studiengebührenverbots in einigen Ländern Studiengebühren oder -beiträge eingeführt worden. Das Gutachten empfiehlt, diesen Weg weiter zu gehen, d. h. die Finanzierung der Hochschulbildung mit Studiengebühren auszubauen und das Angebot an Bildungskrediten zur Finanzierung der Studiengebühren entsprechend sicher zu stellen. Dabei sind die Fortschritte der letzten Jahre anzuerkennen, dank derer inzwischen ein umfassendes öffentliches Kreditprogramm existiert.

Da Rationalitätsprobleme und externe Effekte anders als in der vorschulischen und schulischen Bildung kaum ins Gewicht fallen und gleichzeitig die Renditen der Hochschulbildung empirisch beachtlich sind, ist eine substanzielle Eigenbeteiligung legitim. Allerdings wird die individuelle Entscheidung, in die Hochschulbildung zu investieren, durch Einkommensteuern verzerrt. Dies liefert eine Rechtfertigung für eine teilweise Übernahme der Kosten der Hochschulbildung durch den Staat. Da der Staat via Einkommensteuern an den Erträgen der Investitionen in die Hochschulbildung beteiligt ist, sollte er sich gemäß dem Nettoprinzip auch an deren Kosten beteiligen. Kosten der tertiären Bildung sollten deshalb entweder gegen künftiges Arbeitseinkommen steuerlich vorgetragen werden dürfen oder der Staat zahlt – alternativ – während des Studiums einen Zuschuss zu den direkten Kosten des Hochschulstudiums.

Der steuerliche Vortrag von Studienbeiträgen bedeutet eine nachgelagerte steuerliche Förderung der privat finanzierten Investitionen in die Hochschulbildung. Gegenüber der studienbegleitenden Subventionierung hat das anreiztechnische Vorteile. Durch die nachgelagerte steuerliche Förderung wird ein zusätzlicher Anreiz ausgelöst, das während des Studiums gebildete Humanvermögen im Anschluss an das

STAATLICHE ANREIZE FÜR PRIVATE BILDUNGSINVESTITIONEN

Studium produktiv zu nutzen. Ferner wird ein Anreiz ausgelöst, im Anschluss an das Studium in Deutschland zu versteuerndes Einkommen zu erwerben, insofern die Werbungskosten nur gegen Einkommen vorgetragen werden können, das in Deutschland der (unbeschränkten oder beschränkten) Steuerpflicht unterliegt. Vorteilhaft ist, dass dieser Anreiz auch für Personen wirksam ist, die im Ausland studiert haben, sodass diese vermehrt ihr Humanvermögen in Deutschland anbieten dürften.

# Erwachsenenalter: Primat der privaten Bildungsfinanzierung

Aufgrund der Rationalität der Bildungsnachfrager, der Abwesenheit von externen Effekten von Bildungsinvestitionen und der geringeren Relevanz von Liquiditätsproblemen werden im Erwachsenenalter Effizienzziele kaum tangiert. Die Abschätzung von Bildungsinvestitionen im Lebenszyklus hat ein beachtliches Engagement der Privaten bestätigt. In Deutschland wie auch in anderen Ländern sind zudem zahlreiche direkte und indirekte staatliche Förderprogramme zu finden, die Anreize setzen, in die eigene Weiter-bzw. Fortbildung zu investieren (unter anderem Bildungsprämie, Bildungsgutscheine, Steuergutschriften, Bildungsprogramme im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik). Im Erwachsenenalter bestehen jedoch erhebliche Gefahren von Fehlallokationen im Falle von kostenlosen Bildungsangeboten.

Da der Staat in Form höherer Steuern von Bildungsinvestitionen profitiert, die das Humanvermögen im Erwachsenenalter mehren, sollte er allerdings auch an den Kosten – ähnlich wie im Hochschulstudium – beteiligt sein. In der Phase der Fortund Weiterbildung ist dies durch die volle Anrechenbarkeit von Fort- und Weiterbildungskosten als Werbungskosten – im Unterschied zum Hochschulstudium – bereits erreicht.

### 7 Zusammenfassung

Der Staat kann Anreize für private
Bildungsinvestitionen durch direkte
Förderung setzen und indirekt im
Steuersystem bzw. durch Regulierung.
Das Gutachten ermittelt für Deutschland
verschiedene Anreizinstrumente, stellt jedoch
fest, dass in der frühkindlichen Phase bzw.
in der Vorschulzeit in der Vergangenheit
kaum staatliche Anreize für private
Bildungsinvestitionen gegeben waren. Die
meisten Förderinstrumente existieren in der
Phase nach der Pflichtschulzeit.

Im internationalen Vergleich sind die direkten und indirekten Förderinstrumente in den betrachteten OECD-Ländern von einer kaum überschaubaren Vielfalt gekennzeichnet, sodass sich keine allgemeine Empfehlung der besten Praxis aus dem Gutachten ergibt.

In einer Bestandsaufnahme werden im Gutachten nach einer selbst entwickelten Methode und Definition gesamtwirtschaftliche Bildungsinvestitionen für Deutschland (2006) in Höhe von rund 17 % bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt geschätzt. Dabei dominiert der private Finanzierungsbeitrag für Bildung mit einem Anteil von rund 14% den staatlichen Beitrag, der gut 3% umfasst. Die unterschiedlichen bzw. höheren Finanzierungsbeiträge im Vergleich zur Bildungsberichterstattung der OECD ergeben sich konzeptionsbedingt durch die Berücksichtigung von Opportunitätskosten und einer Lebenszyklusbetrachtung. Diese alternative Methodik berücksichtigt insbesondere, dass ein großer Teil der Bildungsinvestitionen in Familien und in Betrieben und nicht in Bildungseinrichtugnen erbracht wird. Vor dem Hintergrund der hohen bildungs- wie finanzpolitischen Bedeutung des 10-Prozent Ziels liefert diese alternative Bestandsaufnahme einen beachtenswerten Diskussionsbeitrag.

STAATLICHE ANREIZE FÜR PRIVATE BILDUNGSINVESTITIONEN

Mit Blick auf die Struktur der Bildungsfinanzierung stellt das Gutachten folgende Diagnose für Deutschland: Gemessen am Idealbild einer effizienten und wachstumsorientierten Finanzierungsstruktur im Bildungsverlauf stehe diese zum Teil auf dem Kopf. Es klafft eine staatliche Investitionslücke im Kindesalter und eine private Investitionslücke in der tertiären Bildung. Das Gutachten empfiehlt daher eine stärkere öffentliche Finanzierung im Vorschulbereich und eine Stärkung der privaten Finanzierung im Hochschulbereich.

Über	sichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	91
1	Kreditmarktmittel	91
2	Gewährleistungen	92
3	Bundeshaushalt 2009 bis 2014	
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren	
	2009 bis 2014	93
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen,	
	Entwurf 2011	95
6	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2011	99
7	Öffentlicher Gesamthaushalt von 2003 bis 2009	101
8	Steueraufkommen nach Steuergruppen	103
9	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	105
10	Entwicklung der Staatsquote	106
11	Schulden der öffentlichen Haushalte	107
12	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	109
13	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	110
14	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	111
15	Steuerquoten im internationalen Vergleich	112
16	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	113
17	Staatsquoten im internationalen Vergleich	
18	Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009	
Über	sichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	116
1	Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2010 im Vergleich zum Jahressoll 2010	116
Abb.	1 Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2009/2010	116
2	Die Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der	
2	Länder bis Juni 2010	
3	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juni 2010	119
Kenr	nzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	123
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	123
2	Preisentwicklung	124
3	Außenwirtschaft	125
4	Einkommensverteilung	126
5	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	128
7	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	129
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten	
	Schwellenländern	130
Abb.	1 Entwicklung von DAX und Dow Jones	
9	Übersicht Weltfinanzmärkte	
10	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	
11	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel

I. Schuldenart

	Stand:	Zunahme	Abnahme	Stand:
	31. Mai 2010			30. Juni 2010
		in M	lio.€	
Inflations indexier te Bundes wert papiere	32 000	1 000	0	33 000
Anleihen <sup>1</sup>	624 204	5 000	3 968	625 236
Bundesobligationen	185 000	0	0	185 000
Bundesschatzbriefe <sup>2</sup>	9 437	31	31	9 438
Bundesschatzanweisungen	134 000	6 000	15 000	125 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	84782	12 954	14906	82 830
Finanzierungsschätze <sup>3</sup>	758	20	43	736
Tagesanleihe	2 173	27	77	2 123
Schuldscheindarlehen	12 374	0	31	12 344
Medium Term Notes Treuhand	51	0	0	51
sonstige unterjährige Kreditaufnahme	829	1 001	0	1 830
Kreditmarktmittel insgesamt	1 085 609			1 077 587

noch Tabelle 1: Kreditmarktmittel

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand:		Stand:
	31. Mai 2010		30. Juni 2010
		in Mio. €	
kurzfristig (bis zu1Jahr)	232 294		227 289
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	341 244		332 426
langfristig (mehr als 4 Jahre)	512 071		517 873
Kreditmarktmittel insgesamt	1 085 609		1 077 587

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>10- u. 30-jährige Anleihen des Bundes und EURO-Gegenwert der USD-Anleihe.

 $<sup>^2</sup>$  Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup>1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Gewährleistungen

	Ermächtigungstatbestände	Belegung am 30. Juni 2010	Belegung am 30. Juni 2009		
Ermächtigungstatbestände		in Mrd. €			
Ausfuhren	120,0	108,4	105,6		
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	40,0	33,1	29,6		
Bilaterale FZ-Vorhaben	4,6	2,0	1,3		
Ernährungsbevorratung	7,5	7,5	7,5		
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	240,0	106,3	135,8		
Internationale Finanzierungsinstitutionen	58,0	50,6	40,3		
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,2	1,0	1,0		
Zinsausgleichsgarantien	6,0	4,0	4,0		
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	-		
Garantien gemäß dem Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus vom 22. Mai 2010	123,0		-		

Tabelle 3: Bundeshaushalt 2009 - 2014 Gesamtübersicht

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
	Ist	Soll	Entwurf		Finanzplanung	
Gegenstand der Nachweisung			Mr	d.€		
1. Ausgaben	292,3	319,5	307,4	301,0	301,5	301,1
Veränderung gegen Vorjahr in %	3,5	9,3	-3,8	- 2,1	+0,2	- 0,1
2. Einnahmen <sup>1</sup>	257,7	238,9	249,5	260,6	269,6	276,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	-4,7	-7,3	+4,4	+4,4	+3,5	+2,6
darunter:						
Steuereinnahmen	227,8	211,9	221,8	232,8	241,8	250,3
Veränderung gegen Vorjahr in %	-4,8	-7,0	+4,7	+5,0	+3,8	+3,5
3. Finanzierungssaldo	-34,5	-80,6	- 57,9	- 40,5	- 32,0	- 24,5
in % der Ausgaben	11,8	25,2	18,8	13,4	10,6	8,1
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme <sup>2</sup> (-)	269,0	317,8	320,9	321,7	322,6	307,4
5. sonst. Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	-6,4	0,1	- 0,5	- 0,7	+ 0,0	- 0,2
6. Tilgungen (+)	228,5	237,5	262,6	279,2	289,5	284,2
7. Nettokreditaufnahme	-34,1	-80,2	- 57,5	- 40,1	- 31,6	- 24,1
8. Münzeinnahmen	-0,3	-0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4
Nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	27,1	28,3	33,8	29,0	26,4	26,0
Veränderung gegen Vorjahr in %	+11,5	+5,9	+19,6	- 14,2	- 9,1	- 1,7
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,5	3,5	3,0	2,5	2,5	2,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Stand: Juli 2010

 $<sup>^1\,\</sup>mbox{Gem.\,BHO}\,\S\,13\,\mbox{Absatz}\,4.2$  ohne Münzeinnahmen.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Inkl. Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.

Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2009 bis 2014

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
	Ist	Soll	Entwurf		Finanzplanung	
Ausgabeart			in Mi	o.€		
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	27 939	27 704	27 794	27 699	27 550	27 421
Aktivitätsbezüge	20977	20 789	20741	20 611	20 454	20 313
Ziviler Bereich	9 269	9 342	9 2 4 0	9 2 5 6	9 2 6 7	9 289
Militärischer Bereich	11 708	11 447	11 501	11 355	11 187	11 024
Versorgung	6 962	6915	7 053	7 088	7 096	7 108
Ziviler Bereich	2 462	2 435	2 444	2 445	2 431	2 407
Militärischer Bereich	4 500	4 481	4 609	4 643	4 665	4701
Laufender Sachaufwand	21 395	21 583	22 427	22 331	22 554	22 565
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 478	1 466	1 357	1328	1311	1 3 1 3
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	10 281	10 469	10 464	10305	10 497	10 453
Sonstiger laufender Sachaufwand	9 635	9 647	10 605	10 699	10 746	10 798
Zinsausgaben	38 099	36 751	36 042	36 354	40 520	48 016
an andere Bereiche	38 099	36751	36 042	36354	40 520	48 016
Sonstige	38 099	36751	36 042	36354	40 520	48 016
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	38 054	36708	36 001	36313	40 479	47 975
an Ausland	3	2	0	0	0	C
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	177 289	205 272	187 513	186 508	186 052	185 558
an Verwaltungen	14396	14 503	14563	14 563	14800	14 783
Länder	8 754	8 682	8 8 3 1	8 729	8 972	8 982
Gemeinden	18	21	10	9	8	8
Sondervermögen	5 624	5 799	5721	5 824	5 8 1 9	5 793
Zweckverbände	1	0	1	1	1	1
an andere Bereiche	162 892	190 769	172 950	171 945	171 252	170 775
Unternehmen	22 951	25 316	24933	24762	24914	25 727
Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	29 699	31 274	27932	27 889	26350	23 828
an Sozialversicherung	105 130	128 365	114362	113 755	114436	115 667
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 249	1 529	1 574	1 572	1 596	1 604
an Ausland	3 858	4284	4147	3 966	3 954	3 948
an Sonstige	5	1	2	2	2	2
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	264 721	291 310	273 776	272 892	276 676	283 561
Ausgaben der Kapitalrechnung <sup>a</sup>						
Sachinvestitionen	8 504	8 113	7 545	7 505	7 366	7 307
Baumaßnahmen	6 830	6 532	6067	5 960	5 745	5 707
Erwerb von beweglichen Sachen	1 030	1 035	907	898	882	895
Grunderwerb	643	546	571	647	740	704

noch Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2009 bis 2014

	2009	2010	2011	2012	2013	2014				
	Ist	Soll	Entwurf		Finanzplanung					
Ausgabeart		in Mio. €								
Vermögensübertragungen	15 619	15 754	15 040	14 778	14 596	14 420				
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	15 190	15342	14644	14421	14239	14 064				
an Verwaltungen	5 852	5 138	5 086	4927	4786	4 640				
Länder	5 804	5 0 7 4	5 0 2 1	4848	4 693	4 547				
Gemeinden und Gemeindeverbände	48	60	62	77	91	91				
Sondervermögen	0	4	2	2	2	2				
an andere Bereiche	9 338	10204	9 5 5 8	9 494	9 454	9 424				
Sonstige - Inland	6 462	6 9 4 5	6280	6415	6384	6 3 8 1				
Ausland	2 876	3 259	3 2 7 8	3 079	3 069	3 043				
Sonstige Vermögensübertragungen	429	413	397	358	356	356				
an andere Bereiche	429	413	397	358	356	356				
Sonstige - Inland	148	157	160	138	136	136				
Ausland	282	256	237	220	220	220				
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 409	4 838	11 660	7 120	4 798	4 582				
Darlehensgewährung	2 490	4028	10 854	6 189	3 864	3 760				
an Verwaltungen	1	1	1	1	1	1				
Länder	1	1	1	1	1	1				
an andere Bereiche	2 490	4027	10853	6188	3 863	3 760				
Sozialversicherung	0	0	6 5 5 0	2 150	0	0				
Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	872	2 426	2 598	2 527	2 439	2 228				
Ausland	1 618	1 601	1 705	1 511	1 425	1 532				
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	919	810	806	931	934	822				
Inland	13	13	1	1	1	1				
Ausland	905	797	805	931	933	822				
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung <sup>a</sup>	27 532	28 706	34 245	29 404	26 760	26 310				
<sup>a</sup> Darunter: Investive Ausgaben	27 103	28 293	33 848	29 046	26 403	25 953				
Globale Mehr-/Minderausgaben	0	- 516	- 621	-1 296	-1 936	-8 771				
Ausgaben zusammen	292 253	319 500	307 400	301 000	301 500	301 100				

Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Entwurf 2011

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüss
Funktion	Ausgabengruppe		Rechnung		in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	55 471	48 873	25 098	17 934		5 842
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	6 287	6033	3 794	1324		915
2		8 833	3 786	494	172		3 120
3	Auswärtige Angelegenheiten Verteidigung	32 212	31 914	16110	14816		988
	• •					-	
4 5	Öffentliche Sicherheit und Ordnung Rechtsschutz	3 608 362	3 260 351	2 085 247	982 87	-	193 16
6	Finanzverwaltung	4 167	3 5 2 9	2367	553		609
0	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung,	4107	3 323				003
1	kulturelle Angelegenheiten	16 336	12 967	480	809	-	11 678
13	Hochschulen	3 423	2 428	10	9	-	2 409
14	Förderung von Schülern, Studenten	2 185	2 185	-		-	2 185
15	Sonstiges Bildungswesen	541	477	9	67	-	401
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	9 496	7 3 7 5	461	727	-	6 187
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	690	501	1	5	-	495
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	158 826	151 368	224	201	-	150 943
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	114096	107 546	47	-	-	107 498
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	6 297	6 297	-	-	-	6 2 9 7
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 573	2 333	-	36	-	2 296
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	34 122	33 993	49	94	-	33 851
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	232	232	-	-	-	232
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 507	968	128	71	-	769
3	Gesundheit und Sport	3 589	2 884	275	279	-	2 330
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	2 451	2372	146	151	-	2 074
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	2 451	2372	146	151	-	2 074
32	Sport	132	110	-	5	-	105
33	Umwelt- und Naturschutz	412	225	81	68	-	75
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	594	177	47	54	-	76
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 087	779	-	16	-	763
41	Wohnungswesen	1 351	767	-	4	-	763
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	-	1	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	12	-	-	-	-	-
44	Städtebauförderung	724	12		12		-
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1 160	746	29	165	-	552
52	Verbesserung der Agrarstruktur	567	199	-	1	-	198
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	346	346	-	70	-	276
533	Gasölverbilligung	-	-	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	346	346	-	70	-	276
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	247	201	29	94	_	77

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Entwurf 2011

Funktion	Ausgabengruppe	Sach- investitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen in Mio. €	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung <sup>a</sup>	<sup>a</sup> Darunter: Investive Ausgaben
0	Allgemeine Dienste	975	2 554	3 068	6 597	6 560
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	253	2	0	254	254
2	Auswärtige Angelegenheiten	106	2 432	2510	5 047	5 046
3	Verteidigung	217	81	_	297	261
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	308	40	_	348	348
5	Rechtsschutz	12	-	_	12	12
6	Finanzverwaltung	80	0	558	638	638
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	181	3 177	11	3 369	3 369
13	Hochschulen	1	993	-	994	994
14	Förderung von Schülern, Studenten	_	-	-	_	-
15	Sonstiges Bildungswesen	0	64	-	64	64
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	180	1 930	11	2 121	2 121
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion1	0	189	-	189	189
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	11	896	6 551	7 458	7 098
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	6 550	6 5 5 0	6 5 5 0
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.		-	-	-	-
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	238	1	240	3
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	5	123	-	129	6
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	-	-	-	-
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	4	534	-	538	538
3	Gesundheit und Sport	472	234	-	705	705
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	62	17	-	80	80
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	62	17	-	80	80
32	Sport	-	22	-	22	22
33	Umwelt- und Naturschutz	7	180	-	187	187
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	403	15	-	417	417
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 305	3	1 308	1 308
41	Wohnungswesen	-	581	3	584	584
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	-	-	-	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	12	-	12	12
44	Städtebauförderung	-	712	-	712	712
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	5	408	1	414	414
52	Verbesserung der Agrarstruktur	-	367	1	368	368
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	-	-	-	-	-
533	Gasölverbilligung		-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	-	_	-	-	-
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	5	41	0	46	46

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Entwurf 2011

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe			i	in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 487	2 637	58	598	-	1 980
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	796	653	-	434	-	219
621	Kernenergie	282	202	-	-	-	202
622	Erneuerbare Energieformen	50	19	-	4	-	16
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	464	431	-	430	-	1
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 604	1 584	-	9	-	1 574
64	Handel	113	113	-	51	-	62
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	663	11	-	10	-	1
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	2310	277	58	94	-	124
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 726	4 145	1 038	2 087	-	1 021
72	Straßen	7 254	965	-	880	-	85
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 721	839	510	289	-	40
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	343	11	-	-	-	11
75	Luftfahrt	206	194	46	20	-	129
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	2 201	2 136	482	898	-	757
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	16 068	12 142	-	7	-	12 135
81	Wirtschaftsunternehmen	10 785	6 859	-	7	-	6 852
832	Eisenbahnen	3 877	77	-	5	-	71
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	6 908	6 782	-	2	-	6 780
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 283	5 283	-	-	-	5 283
873	Sondervermögen	5 283	5 283	-	-	-	5 283
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	-	-	-	-	-	-
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	36 651	37 234	592	330	36 042	270
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	308	270	-	-	-	270
92	Schulden	36 061	36 061	-	19	36 042	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	281	903	592	311	-	0
Summe al	ler Hauptfunktionen	307 400	273 776	27 794	22 427	36 042	187 513

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Entwurf 2011

		Sachin- vestitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung <sup>a</sup>	<sup>a</sup> Darunter Investive Ausgaben
Funktion	3 3 11			in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	81	743	2 026	2 850	2 850
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	80	64	-	144	144
621	Kernenergie	80	-	-	80	80
622	Erneuerbare Energieformen	-	31	-	31	31
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	-	33	-	33	33
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	21	-	21	21
64	Handel	-	-	-	-	-
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	-	652	-	652	652
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	7	2 026	2 034	2 034
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	5 820	1 760	-	7 580	7 580
72	Straßen	4877	1 412	-	6 289	6 289
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	882	-	-	882	882
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	333	-	333	333
75	Luftfahrt	12	-	-	12	12
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	49	16	-	65	65
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	3 926	-	3 926	3 926
81	Wirtschaftsunternehmen	-	3 926	-	3 926	3 926
832	Eisenbahnen	-	3 801	-	3 801	3 801
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	-	125	-	125	125
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	-	-	-	-
873	Sondervermögen	-	-	-	-	-
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	-	-	-	-	-
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	-	38	-	38	38
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38
92	Schulden	-	-	-	-	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	-	-	-	-	-
Summe a	iller Hauptfunktionen	7 545	15 040	11 660	34 245	33 848

Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2011 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000
	Ist-Ergebnisse							
I. Gesamtübersicht								
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	0,0	-1,4	-1,0
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	0,0	-1,5	-0,1
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	-16,9	-14,1	-11,6	-24,6	-25,8	-23,9
darunter:								
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,0	-15,3	-27,1	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,1	-0,4	-27,1	-0,2	-0,7	-0,2	-0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	-1,2	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche								
Vergleichsdaten Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5
5	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	-1,7
Veränderung gegenüber Vorjahr						11,4		
Anteil an den Bundesausgaben Anteil a. d. Personalausgaben des	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	-6,2	-4,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0
Anteil an den Zinsausgaben des	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	N4d C	7.2	12.1	16.1	171	20.1	24.0	20.1
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	10,2	11,0	-4,4	-0,5	8,4	8,8	-1,7
Anteil an den Bundesausgaben Anteil a. d. investiven Ausgaben des	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0
Steuereinnahmen <sup>1</sup>	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	-3,4	3,3
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1
Anteil am gesamten	0/							
Steueraufkommen <sup>3</sup>	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	0,0	-15,3	-13,9	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7		10,8	9,7
Anteil a.d. investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0		75,3	84,4
Anteil a.d. Nettokreditaufnahme des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	0,0	55,8	50,4	55,3		51,2	62,0
nachrichtlich: Schuldenstand <sup>3</sup>								
öffentliche Haushalte <sup>2</sup>	Mrd.€	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1018,8	1210,9
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8

noch Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2011 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Gegenstand der Nachweisung			l:	st-Ergebnisse			Soll	Entwurf
I. Gesamtübersicht								
Ausgaben	Mrd.€	259,8	261,0	270,4	282,3	292,3	319,5	307,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,3	0,5	3,6	4,4	3,5	9,3	- 3,8
Einnahmen	Mrd.€	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7	238,9	249,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	7,8	1,9	9,8	5,8	- 4,7	-7,3	4,4
Finanzierungssaldo	Mrd.€	-31,4	- 28,2	- 14,7	- 11,8	- 34,5	- 80,6	- 57,9
darunter:								
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,5	-34,1	-80,2	- 57,5
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,2	- 0,3	- 0,4	- 0,3	- 0,3	-0,4	- 0,4
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche								
Vergleichsdaten								
Personalausgaben	Mrd.€	26,4	26,1	26,0	27,0	27,9	27,7	27,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 1,4	- 1,0	-0,3	3,7	3,4	- 0,8	0,3
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,1	10,0	9,6	9,6	9,6	8,7	9,0
Anteil a. d. Personalausgaben des	%	15,3	14,7	15,0	15,1	14,4	14,0	
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	,,,							
Zinsausgaben	Mrd.€	37,4	37,5	38,7	40,2	38,1	36,8	36,0
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,0	0,3	3,3	3,7	- 5,2	- 3,5	- 1,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,4	14,4	14,3	14,2	13,0	11,5	11,
Anteil an den Zinsausgaben des	%	58,3	57,9	58,6	59,8	61,3	60,1	
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>								
Investive Ausgaben	Mrd.€	23,8	22,7	26,2	24,3	27,1	28,3	33,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	6,2	- 4,4	15,4	- 7,2	11,5	4,4	19,6
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,1	8,7	9,7	8,6	9,3	8,9	11,0
Anteil a. d. investiven Ausgaben des	%	34,2	33,7	39,6	36,7	25,7	31,4	
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup> Steuereinnahmen <sup>1</sup>	Mrd.€	190,1	203,9	230,0	239,2	227,8	211,9	221,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	% Wird.e	1,7	7,2	12,8	4,0	- 4,8	- 7,0	4,
Anteil an den Bundesausgaben	%	73,2	78,1	85,1	84,7	78,0	66,3	72,
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	83,2	87,6	90,0	88,4	88,4	88,7	88,9
Anteil am gesamten	/6	03,2	67,0	90,0	00,4	00,4	00,7	00,
Steueraufkommen <sup>3</sup>	%	42,1	41,7	42,7	42,6	43,5	41,5	
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,5	-34,1	-80,2	- 57,5
Anteil an den Bundesausgaben	%	12,0	10,7	5,3	4,1	11,7	25,1	18,
Anteil a.d. investiven Ausgaben des Bundes	%	131,3	122,8	54,7	47,4	126,0	283,5	169,9
Anteil a.d. Nettokreditaufnahme des	%	58,6	F0 7	00.3	59,0	27.0	105,7	
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	76	30,0	59,7	99,3	59,0	37,8	105,7	
nachrichtlich: Schuldenstand <sup>3</sup>								
öffentliche Haushalte <sup>2</sup>	Mrd.€	1 489,9	1 545,4	1 553,1	1 579,5	1694 1/2		
darunter: Bund	Mrd.€	903,3	950,3	957,3	985,7	1054		

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Stand Finanzplanungsrat Dezember 2009; 2009 u. 2010 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschl. Kassenkredite. Bund einschl. Sonderrechnungen und Kassenkredite.

Tabelle 7: Öffentlicher Gesamthaushalt von 2003 bis 2009

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009 <sup>4</sup>
				in Mrd. €			
Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>1</sup>							
Ausgaben	620,7	615,3	627,7	638,5	649,2	675,0	727,9
Einnahmen	552,9	549,9	575,1	598,0	648,5	667,7	637,6
Finanzierungssaldo	-67,9	-65,5	-52,5	-40,5	-0,6	-5,5	-88,5
darunter:							
Bund <sup>2</sup>							
Ausgaben	256,7	251,6	259,9	261,0	270,5	282,3	292,3
Einnahmen	217,5	211,8	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7
Finanzierungssaldo	-39,2	-39,8	-31,4	-28,2	-14,7	-11,8	-34,5
Länder <sup>2</sup>							
Ausgaben	259,7	257,1	260,0	260,0	265,5	275,1	286,8
Einnahmen	229,2	233,5	237,2	250,1	273,1	274,9	259,8
Finanzierungssaldo	-30,5	-23,5	-22,7	-10,1	7,6	-0,2	-27,0
Gemeinden <sup>2</sup>							
Ausgaben	149,9	150,1	153,2	157,4	161,5	167,3	177,2
Einnahmen	141,5	146,2	150,9	160,1	169,7	174,9	170,0
Finanzierungssaldo	-8,4	-3,9	-2,2	2,8	8,2	7,6	-7,2
			Veränderun	gen gegenübe	r Vorjahr in %		
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	1,3	-0,9	2,0	1,7	1,7	4,0	7,8
Einnahmen	-0,6	-0,5	4,6	4,0	8,4	3,0	-4,5
darunter:							
Bund							
Ausgaben	3,0	-2,0	3,3	0,5	3,6	4,4	3,5
Einnahmen	0,4	-2,6	7,8	1,9	9,8	5,8	-4,7
Länder							
Ausgaben	0,7	-1,0	1,1	0,0	2,1	3,6	4,2
Einnahmen	0,3	1,9	1,6	5,4	9,2	0,7	-5,5
Gemeinden							
Ausgaben	-0,0	0,1	2,1	2,8	2,6	3,6	5,9
Einnahmen	-3,3	3,3	3,3	6,0	6,0	3,1	-2,8

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

### noch Tabelle 7: Öffentlicher Gesamthaushalt von 2003 bis 2009

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009 <sup>4</sup>
				Anteile in %			
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-3,1	-3,0	-2,3	-1,7	-0,0	-0,2	-3,7
darunter:							
Bund	-1,8	-1,8	-1,4	-1,2	-0,6	-0,5	-1,4
Länder	-1,4	-1,1	-1,0	-0,4	0,3	-0,0	-1,1
Gemeinden	-0,4	-0,2	-0,1	0,1	0,3	0,3	-0,3
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-10,9	-10,6	-8,4	-6,3	-0,1	-0,8	-12,2
darunter:							
Bund	-15,3	-15,8	-12,1	-10,8	-5,4	-4,2	-11,8
Länder	-11,7	-9,1	-8,7	-3,9	2,9	-0,1	-9,4
Gemeinden	-5,6	-2,6	-1,5	1,8	5,1	4,6	-4,0
Ausgaben in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	28,7	27,8	28,0	27,5	26,7	27,0	30,2
darunter:							
Bund	11,9	11,4	11,6	11,2	11,1	11,3	12,1
Länder	12,0	11,6	11,6	11,2	10,9	11,0	11,9
Gemeinden	6,9	6,8	6,8	6,8	6,7	6,7	7,4
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote <sup>3</sup>	20,4	20,0	20,1	21,0	22,2	22,5	21,8

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Fonds Aufbauhilfe, BPS-PT Versorgungskasse, Sondervermögen Kinderbetreuungsausbau, Versorgungsfonds des Bundes, Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin), Investitions- und Tilgungsfonds, Sondervermögen Vorsorge für Schlusszahlungen für inflationsindexierte Bundeswertpapiere, Zweckverbände.

Stand: August 2010.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Bis einschließlich 2007 Rechnungsergebnisse.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in Relation zum nominalen BIP.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Bund und Gemeinden: lst, Länder: vorl. lst.

Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

	Steueraufkommen							
			dav	on				
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern			
Jahr		in Mrd. €		in	%			
	Gebiet der Bund	lesrepublik Deutschland r	nach dem Stand bis zum 3.	Oktober 1990				
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4			
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7			
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2			
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7			
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4			
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2			
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5			
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7			
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2			
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3			
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1			
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0			
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7			
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9			
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6			
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5			
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3			
		Bundesrepubli	k Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1			
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0			
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8			
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7			
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2			
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8			
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6			
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0			
 1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1			

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

### noch Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

		Steuerauf	kommen						
	insgesamt	davon							
	ilisgesailit	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern				
Jahr		in Mrd. €		in	%				
Bundes republik Deutschland									
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9				
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0				
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1				
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5				
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2				
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6				
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5				
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4				
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3				
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6				
2010 <sup>2</sup>	510,3	237,6	272,7	46,6	53,4				
2011 <sup>2</sup>	515,0	240,0	275,0	46,6	53,4				
2012 <sup>2</sup>	539,8	259,8	280,0	48,1	51,9				
2013 <sup>2</sup>	561,3	277,6	283,7	49,5	50,5				
2014 <sup>2</sup>	581,5	293,0	288,5	50,4	49,6				

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

Stand: Mai 2010.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Steuerschätzung vom 4. bis 6. Mai 2010.

Tabelle 9: Entwicklung der Steuer- und Abgabequoten<sup>1</sup> (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Volk Gesamtrech		Abgrenzung der Finanzstatistik <sup>2</sup>		
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote	
Jahr		in Relation zu		<u> </u>	
1960	23,0	33,4	22,6	32	
1965	23,5	34,1	23,1	32	
1970	23,0	34,8	22,4	33	
1975	22,8	38,1	23,1	37	
1976	23,7	39,5	23,4	38	
1977	24,6	40,4	24,5	39	
1978	24,2	39,9	24,4	39	
1979	23,9	39,6	24,3	39	
1980	23,8	39,6	24,3	39	
1981	22,8	39,1	23,7	39	
1982	22,5	39,1	23,3	39	
1983	22,5	38,7	23,2	39	
1984	22,6	38,9	23,2	38	
1985	22,8	39,1	23,4	39	
1986	22,3	38,6	22,9	38	
1987	22,5	39,0	22,9	38	
1988	22,2	38,6	22,7	38	
1989	22,7	38,8	23,4	39	
1990	21,6	37,3	22,7	38	
1991	22,0	38,9	22,0	38	
1992	22,4	39,6	22,7	39	
1993	22,4	40,2	22,6	39	
1994	22,3	40,5	22,5	39	
1995	21,9	40,3	22,5	40	
1996	22,4	41,4	21,8	39	
1997	22,2	41,4	21,3	39	
1998	22,7	41,7	21,7	39	
1999	23,8	42,5	22,5	40	
2000	24,2	42,5	22,7	40	
2001	22,6	40,8	21,1	38	
2002	22,3	40,5	20,6	37	
2003	22,3	40,6	20,4	37	
2004	21,8	39,7	20,0	36	
2005	22,0	39,7	20,1	36	
2006	22,8	40,0	21,0	37	
2007	23,7	40,2	22,2	37	
2008	23,7	40,1	22,5	37	
2009	23,4	40,4	21,8	37	
2010	22 1/2	39	21	36 1	

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2006 bis 2008 vorläufiges Ergebnis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR); Stand: August 2009. 2009 vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: Mai 2010. 2010 Schätzung; Stand: Mai 2010.

 $<sup>^3\,</sup>$  Bis 2007 Rechnungsergebnisse. 2008 und 2009 Kassenergebnisse. 2010 Schätzung; Stand: April 2010.

Tabelle 10: Entwicklung der Staatsquote<sup>1,2</sup>

	Ausgaben des Staates					
	incoccemt	darunt	er			
	insgesamt	Gebietskörperschaften <sup>3</sup>	Soziaversicherungen <sup>3</sup>			
Jahr		in Relation zum BIP in %				
1960	32,9	21,7	11,			
1965	37,1	25,4	11			
1970	38,5	26,1	12			
1975	48,8	31,2	17,			
1976	48,3	30,5	17			
1977	47,9	30,1	17,			
1978	47,0	29,4	17.			
1979	46,5	29,3	17.			
1980	46,9	29,6	17.			
1981	47,5	29,7	17.			
1982	47,5	29,4	18			
1983	46,5	28,8	17.			
1984	45,8	28,2	17.			
1985	45,2	27,8	17.			
1986	44,5	27,4	17			
1987	45,0	27,6	17.			
1988	44,6	27,0	17			
1989	43,1	26,4	16			
1990	43,6	27,3	16			
1991	46,3	28,2	18			
1992	47,2	28,0	19			
1993	48,2	28,3	19			
1994	47,9	27,8	20			
1995	48,1	27,6	20			
1996	49,3	27,9	21			
1997	48,4	27,1	21			
1998	48,0	27,0	21			
1999	48,1	26,9	21			
2000	47,6	26,5	21			
2000 <sup>4</sup>	45,1	24,0	21,			
2001	47,6	26,3	21,			
2002	48,1	26,4	21,			
2003	48,5	26,5	22			
2004	47,1	25,9	21,			
2005	46,8	26,1	20.			
2006	45,4	25,4	19			
2007	43,7	24,5	19			
2008	43,7	24,7	19			
2009	47,3	26,5	20			
2010	48,0	-				

 $<sup>^{\</sup>rm 1}$  Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995).

<sup>2006</sup> bis 2008 vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: August 2009.

<sup>2009</sup> vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: Mai 2010.

<sup>2010</sup> Schätzung; Stand: Mai 2010.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte einschl. Kassenkredite

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
				Schulden	(Mio. €)¹			
Öffentlicher Gesamthaushalt	1 277 272	1 357 723	1 429 750	1 489 852	1 545 399	1 553 058	1 579 535	1 694 660
Bund	784615	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 749	1 053 813
Kernhaushalte	725 405	767 697	812 082	887915	919304	940 187	959918	991 283
Kreditmarktmittel iwS	719 397	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 73
Kassenkredite	6 0 0 8	7 2 4 4	9 0 8 8	15 262	17 250	18 142	26 749	1754
Extrahaushalte	59 210	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 53
Kreditmarktmittel iwS	59210	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	59 53
Kassenkredite	-	-	-	-	978	1 483	2 131	2 99
Länder	392 123	423 666	448 622	471 339	482 818	485 162	484922	52674
Kernhaushalte	392 123	423 666	448 622	471 339	481 822	484 038	483 572	505 34
Kreditmarktmittel iwS	384773	414952	442 922	468 214	479 489	481 628	480 392	503 00
Kassenkredite	7 350	8 714	5 700	3 125	2 3 3 3	2 410	3 180	2 33
Extrahaushalte	-	-	-	-	996	1124	1 350	21 39
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	-	986	1124	1 3 2 5	2082
Kassenkredite	-	-	-	-	10	-	25	57
Gemeinden	100 534	107 531	111 796	115 232	112 243	110627	108 864	11410
Kernhaushalte	93 332	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 182	111 33
Kreditmarktmittel iwS	82 662	84 069	84 257	83 804	81 877	79 239	76 381	7638
Kassenkredite	10 670	15 964	19936	23 882	27 664	28 776	29 801	3494
Extrahaushalte	7 202	7 498	7 603	7 546	2 702	2 612	2 682	2 77
Kreditmarktmittel iwS	7 153	7 429	7 531	7 467	2 649	2 560	2 626	2 72
Kassenkredite	49	69	72	79	53	52	56	4
nachrichtlich:								
Länder + Gemeinden	492 657	531 197	560 418	586 571	595 061	595 789	593 786	640 84
Maastricht-Schuldenstand	1 293 000	1 384 000	1 454 000	1524000	1 571 000	1 578 000	1 644 000	1 762 00
nachrichtlich:								
Extrahaushalte des Bundes	59 210	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 53
ERP-Sondervermögen	19 400	19 261	18 200	15 066	14357	-	-	
Fonds "Deutsche Einheit"	39 441	39 099	38 650	-	-	-	-	
Entschädigungsfonds	369	469	400	300	199	100	0	
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	-	-	-	-	16 478	16983	17 631	18 49
SoFFin	-	-	-	-	-	-	8 200	36 54
Investitions- und Tilgungsfonds	-	-	-	-	-	-	-	7 49

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte einschl. Kassenkredite

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			Aı	nteil an den S	Schulden (in 9	6)		
Bund	61,4	60,9	60,8	60,6	61,5	61,6	62,4	62,2
Kernhaushalte	56,8	56,5	56,8	59,6	59,5	60,5	60,8	58,
Extrahaushalte	4,6	4,3	4,0	1,0	2,0	1,1	1,6	3,7
Länder	30,7	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,7	31,
Gemeinden	7,9	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6,7
nachrichtlich:								
Länder + Gemeinden	38,6	39,1	39,2	39,4	38,5	38,4	37,6	37,8
			Ant	eil der Schuld	den am BIP (i	n %)		
Öffentlicher Gesamthaushalt	59,6	62,7	64,7	66,4	66,5	64,0	63,3	70,3
Bund	36,6	38,2	39,3	40,3	40,9	39,4	39,5	43,
Kernhaushalte	33,8	35,5	36,7	39,6	39,5	38,7	38,5	41,
Extrahaushalte	2,8	2,7	2,6	0,7	1,3	0,7	1,0	2,6
Länder	18,3	19,6	20,3	21,0	20,8	20,0	19,4	21,9
Gemeinden	4,7	5,0	5,1	5,1	4,8	4,6	4,4	4,
nachrichtlich:								
Länder + Gemeinden	23,0	24,5	25,3	26,2	25,6	24,5	23,8	26,6
Maastricht-Schuldenstand	60,3	63,9	65,7	68,0	67,6	65,0	65,9	73,
				Schulden in	sgesamt (€)			
je Einwohner	15 487	16 454	17331	18 066	18 761	18 880	19 233	20 70
nachrichtlich:								
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 143,2	2 163,8	2 2 1 0,9	2 242,2	2 3 2 5, 1	2 428,2	2 495,8	2 409,
Einwohner 30.06.	82 474 729	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 86

 $<sup>^1</sup> Kredit markt schulden im weiteren Sinne zzgl. \, Kassen kredite.$ 

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 12: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte<sup>1</sup>

		Abgrenzu	ng der Volkswirtscha	aftlichen Gesa	mtrechungen <sup>2</sup>		Abgrenzung der Finanzstatistik		
	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Öffentlicher Ge	esamthaushalt³	
Jahr		in Mrd. €			in Relation zum BIF	in%	in Mrd. €	in Relation zum BIP in %	
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9			
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-4,8	-2,0	
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,1	-1,1	
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-32,6	-5,9	
1976	-20,4	-20,1	-0,3	-3,4	-3,4	-0,1	-24,6	-4,1	
1977	-15,9	-13,1	-2,8	-2,5	-2,1	-0,4	-15,9	-2,5	
1978	-17,5	-15,8	-1,7	-2,6	-2,3	-0,3	-20,3	-3,0	
1979	-19,6	-19,0	-0,6	-2,7	-2,6	-0,1	-23,8	-3,2	
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7	
1981	-32,2	-34,5	2,2	-3,9	-4,2	0,3	-38,7	-4,7	
1982	-29,6	-32,4	2,8	-3,4	-3,8	0,3	-35,8	-4,2	
1983	-25,7	-25,0	-0,7	-2,9	-2,8	-0,1	-28,3	-3,1	
1984	-18,7	-17,8	-0,8	-2,0	-1,9	-0,1	-23,8	-2,5	
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0	
1986	-11,9	-16,2	4,2	-1,1	-1,6	0,4	-21,6	-2,1	
1987	-19,3	-22,0	2,7	-1,8	-2,1	0,3	-26,1	-2,5	
1988	-22,2	-22,3	0,1	-2,0	-2,0	0,0	-26,5	-2,4	
1989	1,0	-7,3	8,2	0,1	-0,6	0,7	-13,8	-1,2	
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7	
1991	-43,8	-54,7	10,9	-2,9	-3,6	0,7	-62,8	-4,1	
1992	-40,7	-39,1	-1,6	-2,5	-2,4	-0,1	-59,2	-3,6	
1993	-50,9	-53,9	3,0	-3,0	-3,2	0,2	-70,5	-4,2	
1994	-40,9	-42,9	2,0	-2,3	-2,4	0,1	-59,5	-3,3	
1995	-59,1	-51,4	-7,7	-3,2	-2,8	-0,4	-55,9	-3,0	
1996	-62,5	-56,1	-6,4	-3,3	-3,0	-0,3	-62,3	-3,3	
1997	-50,6	-52,1	1,5	-2,6	-2,7	0,1	-48,1	-2,5	
1998	-42,7	-45,7	3,0	-2,2	-2,3	0,2	-28,8	-1,5	
1999	-29,3	-34,6	5,3	-1,5	-1,7	0,3	-26,9	-1,3	
2000	-23,7	-24,3	0,6	-1,2	-1,2	0,0	-34,0	-1,6	
2000 <sup>4</sup>	27,1	26,5	0,6	1,3	1,3	0,0		-	
2001	-59,6	-55,8	-3,8	-2,8	-2,6	-0,2	-46,6	-2,2	
2002	-78,3	-71,5	-6,8	-3,7	-3,3	-0,3	-57,0	-2,7	
2003	-87,2	-79,5	-7,7	-4,0	-3,7	-0,4	-67,9	-3,1	
2004	-83,5	-82,3	-1,2	-3,8	-3,7	-0,1	-65,5	-3,0	
2005	-74,2	-70,3	-3,9	-3,3	-3,1	-0,2	-52,5	-2,3	
2006	-38,1	-43,1	5,0	-1,6	-1,9	0,2	-40,5	-1,7	
2007	4,7	-6,2	10,9	0,2	-0,3	0,4	-0,7	0,0	
2008	1,0	-7,2	8,2	0,0	-0,3	0,3	-5,5	-0,2	
2009	-75,3	-62,0	-13,3	-3,1	-2,6	-0,6	87,3	-3,6	
2010		-	-	-5 1/2	-5 1/2	0	131 1/2	-5 1/2	

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2006 bis 2008 vorläufiges Ergebnis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR); Stand: August 2009. 2009 vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: Mai 2010. 2010 Schätzung; Stand: Mai 2010.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser. 2008 und 2009 Kassenergebnisse. 2010 Schätzung; Stand: April 2010

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden<sup>1</sup>

Land						in % de	s BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000²	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	-2,9	-1,1	-1,9	-3,2	-1,2	-3,3	-1,6	0,2	0,0	-3,3	-5,0	-4,7
Belgien	-9,4	-10,1	-6,7	-4,5	0,0	-2,7	0,3	-0,2	-1,2	-6,0	-5,0	-5,0
Griechenland	-	-	-14,0	-9,1	-3,7	-5,2	-3,6	-5,1	-7,7	-13,6	-9,3	-9,9
Spanien	-	-	-	-6,5	-1,1	1,0	2,0	1,9	-4,1	-11,2	-9,8	-8,8
Frankreich	-0,1	-3,0	-2,4	-5,5	-1,5	-2,9	-2,3	-2,7	-3,3	-7,5	-8,0	-7,4
Irland	-	-10,7	-2,8	-2,0	4,8	1,6	3,0	0,1	-7,3	-14,3	-11,7	-12,1
Italien	-7,0	-12,4	-11,4	-7,4	-2,0	-4,3	-3,3	-1,5	-2,7	-5,3	-5,3	-5,0
Zypern	-	-	-	-0,8	-2,3	-2,4	-1,2	3,4	0,9	-6,1	-7,1	-7,7
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,0	1,4	3,6	2,9	-0,7	-3,5	-3,9
Malta	-	-	-	-4,2	-6,2	-2,9	-2,6	-2,2	-4,5	-3,8	-4,3	-3,6
Niederlande	-3,9	-3,6	-5,3	-4,3	1,3	-0,3	0,5	0,2	0,7	-5,3	-6,3	-5,1
Österreich	-1,6	-2,7	-2,5	-5,8	-2,1	-1,7	-1,5	-0,4	-0,4	-3,4	-4,7	-4,6
Portugal	-7,1	-8,6	-6,2	-5,0	-3,2	-6,1	-3,9	-2,6	-2,8	-9,4	-8,5	-7,9
Slowakei	-	-	-	-3,4	-12,3	-2,8	-3,5	-1,9	-2,3	-6,8	-6,0	-5,4
Slowenien	-	-	-	-8,4	-3,7	-1,4	-1,3	0,0	-1,7	-5,5	-6,1	-5,2
Finnland	3,8	3,5	5,4	-6,2	6,8	2,7	4,0	5,2	4,2	-2,2	-3,8	-2,9
Euroraum	-	-	-	-5,0	-1,1	-2,5	-1,3	-0,6	-2,0	-6,3	-6,6	-6,1
Bulgarien	-	-	-	-3,4	-0,3	1,9	3,0	0,1	1,8	-3,9	-2,8	-2,2
Dänemark	-2,3	-1,4	-1,3	-2,9	2,3	5,2	5,2	4,8	3,4	-2,7	-5,5	-4,9
Estland	-	-	-	1,1	-0,2	1,6	2,5	2,6	-2,7	-1,7	-2,4	-2,4
Lettland	-	-	6,8	-1,6	-2,8	-0,4	-0,5	-0,3	-4,1	-9,0	-8,6	-9,9
Litauen	-	-	-	-1,5	-3,2	-0,5	-0,4	-1,0	-3,3	-8,9	-8,4	-8,5
Polen	-	-	-	-4,4	-3,0	-4,1	-3,6	-1,9	-3,7	-7,1	-7,3	-7,0
Rumänien	-	-	-	-2,1	-4,7	-1,2	-2,2	-2,5	-5,4	-8,3	-8,0	-7,4
Schweden	-	-	-	-7,4	3,7	2,3	2,5	3,8	2,5	-0,5	-2,1	-1,6
Tschechien	-	-	-	-13,4	-3,7	-3,6	-2,6	-0,7	-2,7	-5,9	-5,7	-5,7
Ungarn	-	-	-	-8,8	-3,0	-7,9	-9,3	-5,0	-3,8	-4,0	-4,1	-4,0
Vereinigtes Königreich	-3,2	-2,8	-1,8	-5,9	1,2	-3,4	-2,7	-2,8	-4,9	-11,5	-12,0	-10,0
EU	-	-	-	-5,2	-0,4	-2,5	-1,4	-0,8	-2,3	-6,8	-7,2	-6,5
Japan	-4,5	-1,4	2,0	-4,7	-7,6	-6,7	-1,6	-2,5	-2,0	-6,9	-6,7	-6,6
USA	-2,3	-4,9	-4,1	-3,2	1,5	-3,2	-2,0	-2,7	-6,4	-11,1	-10,1	-9,9

 $<sup>^{\</sup>rm 1}$  Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

Quellen:

Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2010.

 $<sup>^{\</sup>rm 2}$  Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land						in % de	es BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	59,7	68,0	67,6	65,0	66,0	73,2	78,8	81,0
Belgien	74,1	115,2	125,7	129,9	107,9	92,1	88,1	84,2	89,8	96,7	99,0	100,9
Griechenland	22,3	47,9	71,0	97,0	103,4	100,0	97,8	95,7	99,2	115,1	124,9	133,9
Spanien	16,4	41,4	42,6	63,3	59,3	43,0	39,6	36,2	39,7	53,2	64,9	72,5
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,5	57,3	66,4	63,7	63,8	67,5	77,6	83,6	88,6
Irland	69,0	100,6	93,1	82,1	37,8	27,6	24,9	25,0	43,9	64,0	77,3	87,3
Italien	56,9	80,5	94,7	121,5	109,2	105,8	106,5	103,5	106,1	115,8	118,2	118,9
Zypern	-	-	-	40,6	48,7	69,1	64,6	58,3	48,4	56,2	62,3	67,6
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,2	6,1	6,5	6,7	13,7	14,5	19,0	23,6
Malta	-	_	-	35,3	55,9	70,1	63,7	61,9	63,7	69,1	71,5	72,5
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	51,8	47,4	45,5	58,2	60,9	66,3	69,6
Österreich	35,3	48,0	56,1	68,3	66,5	63,9	62,2	59,5	62,6	66,5	70,2	72,9
Portugal	30,5	58,3	55,0	61,0	50,5	63,6	64,7	63,6	66,3	76,8	85,8	91,1
Slowakei	-	_	-	22,1	50,3	34,2	30,5	29,3	27,7	35,7	40,8	44,0
Slowenien	-	_	-	-	-	27,0	26,7	23,4	22,6	35,9	41,6	45,4
Finnland	11,3	16,0	14,1	56,6	43,8	41,7	39,7	35,2	34,2	44,0	50,5	54,9
Euroraum	33,4	50,3	56,5	72,5	69,5	70,1	68,3	66,0	69,4	78,7	84,7	88,5
Bulgarien	-	_	-	-	74,3	29,2	22,7	18,2	14,1	14,8	17,4	18,8
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,5	51,5	37,1	32,1	27,4	34,2	41,6	46,0	49,5
Estland	-	_	-	9,0	5,1	4,6	4,5	3,8	4,6	7,2	9,6	12,4
Lettland	-	-	-	15,1	12,3	12,4	10,7	9,0	19,5	36,1	48,5	57,3
Litauen	-	_	-	11,5	23,7	18,4	18,0	16,9	15,6	29,3	38,6	45,4
Polen	-	_	-	49,0	36,8	47,1	47,7	45,0	47,2	51,0	53,9	59,3
Rumänien	-	_	-	7,0	22,5	15,8	12,4	12,6	13,3	23,7	30,5	35,8
Schweden	39,3	60,9	41,2	72,2	53,6	50,8	45,7	40,8	38,3	42,3	42,6	42,1
Tschechien	-	_	-	14,6	18,5	29,7	29,4	29,0	30,0	35,4	39,8	43,5
Ungarn	-	-	-	86,2	55,0	61,8	65,6	65,9	72,9	78,3	78,9	77,8
Vereinigtes Königreich	52,7	51,8	33,3	50,8	41,0	42,2	43,5	44,7	52,0	68,1	79,1	86,9
EU	_	_	-	69,6	63,2	62,7	61,4	58,8	61,6	73,6	79,6	83,8
Japan	51,4	67,7	68,4	92,5	142,1	191,6	191,3	187,8	172,0	189,2	193,5	194,9
USA	43,9	56,1	64,3	71,5	55,0	61,7	61,2	62,2	70,7	84,5	94,1	103,0

#### Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2000 : EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2010; für USA und Japan alle Jahre. Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2010.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Steuerquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land				Steuern in	% des BIP			
	1970	1980	1990	1995	2000	2006	2007	2008
Deutschland <sup>2,3</sup>	22,0	23,9	21,8	22,7	22,7	21,9	22,9	23,1
Belgien	24,1	29,4	28,1	29,2	31,0	31,0	30,3	30,3
Dänemark	37,1	42,5	45,6	47,7	47,6	48,1	47,9	47,3
Finnland	28,7	27,4	32,4	31,6	35,3	31,3	31,1	30,8
Frankreich	21,7	23,0	23,5	24,5	28,4	27,8	27,4	27,0
Griechenland	14,0	14,5	18,3	19,5	23,6	20,2	20,4	20,3
Irland	26,1	26,6	28,2	27,8	27,5	27,6	26,1	23,3
Italien	16,0	18,4	25,4	27,5	30,2	29,6	30,4	29,8
Japan	15,2	18,0	21,4	17,9	17,5	17,7	18,0	k.A.
Kanada	27,9	27,7	31,5	30,6	30,8	28,4	28,5	27,5
Luxemburg	16,7	25,3	26,0	27,3	29,1	26,0	26,4	27,5
Niederlande	23,1	26,6	26,9	24,1	24,2	25,1	24,0	k.A.
Norwegen	29,0	33,5	30,2	31,3	33,7	35,2	34,6	33,2
Österreich	25,2	26,8	26,6	26,5	28,5	27,3	28,0	28,6
Polen	-	-	-	25,2	19,8	21,4	22,9	k.A.
Portugal	14,0	16,1	20,2	22,1	23,8	24,3	24,7	24,6
Schweden	32,2	33,0	38,0	34,4	38,1	36,6	35,7	35,4
Schweiz	16,2	18,9	19,7	20,2	22,7	22,7	22,2	22,6
Slowakei	-	-	-	-	20,0	17,9	17,7	17,4
Spanien	10,0	11,6	21,0	20,5	22,3	24,4	25,1	20,9
Tschechien	-	-	-	22,0	19,7	20,8	21,1	20,6
Ungarn	-	-	-	26,6	26,9	25,2	26,6	26,9
Vereinigtes Königreich	31,9	29,0	29,5	28,0	30,2	30,3	29,5	28,8
USA	22,7	20,6	20,5	20,9	23,0	21,3	21,7	20,3

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2008, Paris 2009.

Stand: November 2009.

 $<sup>^2 \, \</sup>text{Nicht vergleichbar} \, \text{mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.} \,$ 

 $<sup>^3</sup>$  1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Abgabenquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP													
	1970	1980	1990	1995	2000	2006	2007	2008						
Deutschland <sup>2,3</sup>	31,5	36,4	34,8	37,2	37,2	35,6	36,2	36,4						
Belgien	33,9	41,3	42,0	43,6	44,9	44,4	43,9	44,3						
Dänemark	38,4	43,0	46,5	48,8	49,4	49,6	48,7	48,3						
Finnland	31,5	35,7	43,5	45,7	47,2	43,5	43,0	42,8						
Frankreich	34,1	40,1	42,0	42,9	44,4	44,0	43,5	43,1						
Griechenland	20,0	21,6	26,2	28,9	34,0	31,2	32,0	31,3						
Irland	28,5	31,1	33,1	32,5	31,3	31,7	30,8	28,3						
Italien	25,7	29,7	37,8	40,1	42,3	42,3	43,3	43,2						
Japan	19,6	25,4	29,1	26,8	27,0	28,0	28,3	k.A.						
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	35,6	33,5	33,3	32,2						
Luxemburg	23,5	35,6	35,7	37,1	39,1	35,8	36,5	38,3						
Niederlande	35,6	42,9	42,9	41,5	39,7	38,9	37,5	k.A.						
Norwegen	34,5	42,4	41,0	40,9	42,6	44,0	43,6	42,1						
Österreich	33,8	38,9	39,6	41,4	43,2	41,8	42,3	42,9						
Polen	-	-	-	36,2	32,8	34,0	34,9	k.A.						
Portugal	18,4	22,9	27,7	32,1	34,1	35,5	36,4	36,5						
Schweden	37,8	46,4	52,2	47,5	51,8	49,0	48,3	47,1						
Schweiz	19,3	24,7	25,8	27,7	30,0	29,3	28,9	29,4						
Slowakei	-	-		-	34,1	29,4	29,4	29,3						
Spanien	15,9	22,6	32,5	32,1	34,2	36,7	37,2	33,0						
Tschechien	-	-	-	37,5	35,3	37,1	37,4	36,6						
Ungarn	-	-	-	41,3	38,0	37,1	39,5	40,1						
Vereinigtes Königreich	36,7	34,8	35,5	34,0	36,4	36,6	36,1	35,7						
USA	27,0	26,4	27,3	27,9	29,9	28,2	28,3	26,9						

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2008, Paris 2009.

Stand: November 2009.

 $<sup>^2 \,</sup> Nicht \, vergleich bar \, mit \, Quoten \, in \, der \, Abgrenzung \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Staatsquoten im internationalen Vergleich

Land					Gesamtau	ısgaben des	Staates in :	% des BIP				
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland <sup>1</sup>	46,9	45,2	43,6	48,3	45,1	46,8	45,3	43,7	43,7	48,0	48,3	47,5
Belgien	55,0	58,5	52,3	52,2	49,1	52,1	48,5	48,4	50,0	53,6	53,8	54,0
Finnland	40,1	46,3	47,9	61,5	48,3	50,1	48,6	47,3	48,9	54,3	55,0	55,0
Frankreich	45,7	51,8	49,5	54,4	51,6	53,3	52,7	52,3	52,7	55,2	55,1	54,8
Griechenland	-	-	44,8	45,7	46,6	43,7	42,6	44,1	48,3	50,0	49,4	49,8
Irland	-	53,3	42,8	41,2	31,4	33,7	34,2	36,2	42,0	46,9	49,1	48,4
Italien	40,8	49,8	52,9	52,5	46,2	48,1	48,7	47,9	48,8	51,6	50,8	50,5
Luxemburg	-	-	37,7	39,7	37,6	41,5	38,3	36,2	37,7	43,3	43,9	43,6
Malta	-	-	-	39,7	41,0	44,9	43,7	42,5	45,0	45,7	46,3	46,4
Niederlande	55,2	57,3	54,9	51,6	44,2	44,8	45,5	45,5	45,9	49,5	50,9	50,7
Österreich	50,0	53,5	51,5	56,2	52,0	50,0	49,5	48,7	48,9	52,3	52,6	52,4
Portugal	33,3	38,6	39,7	43,4	43,1	47,7	46,3	45,7	45,9	51,6	51,5	52,0
Slowenien	-	-	-	52,6	46,8	45,2	44,5	42,4	44,2	49,5	50,2	49,9
Spanien	-	-	-	44,4	39,1	38,4	38,4	39,2	41,1	45,2	45,6	45,3
Zypern	-	-	-	33,1	37,0	43,6	43,4	42,2	42,6	44,4	47,8	48,0
Euroraum	-	-	-	50,6	46,3	47,3	46,6	46,0	46,8	50,4	50,5	50,2
Bulgarien	-	-	-	-	42,6	39,3	36,5	41,5	37,3	39,5	39,5	38,7
Dänemark	52,7	55,5	55,9	59,3	53,5	52,6	51,5	50,9	51,9	55,9	57,6	56,4
Estland	-	-	-	41,3	36,1	33,6	34,0	34,8	39,9	44,8	46,7	45,4
Lettland	-	-	31,6	38,6	37,3	35,5	38,2	35,8	38,8	43,8	45,7	45,1
Litauen	-	-	-	34,4	39,1	33,3	33,6	34,8	37,4	45,9	46,0	46,0
Polen	-	-	-	47,7	41,1	43,4	43,9	42,2	43,3	44,0	46,1	45,9
Rumänien	-	-	-	35,9	38,5	33,5	35,3	36,0	38,4	39,4	38,6	37,9
Schweden	-	-	-	65,2	55,6	55,0	54,0	52,5	53,1	55,9	55,6	54,6
Slowakei	-	-	-	48,6	52,2	38,0	36,9	34,4	34,8	37,5	37,5	36,9
Tschechien	-	-	-	-	41,8	45,0	43,8	42,6	43,0	46,9	46,5	46,6
Ungarn	-	-	-	56,2	46,8	50,1	51,9	49,8	49,3	50,0	49,4	49,0
Vereinigtes Königreich	47,6	44,6	41,1	43,9	36,8	44,1	44,0	44,0	47,3	51,2	52,1	50,7
EU-27	-	-	-	-	44,8	46,8	46,3	45,7	46,8	50,4	50,6	50,1
USA	34,2	37,3	37,2	37,1	33,9	36,3	36,0	36,7	38,8	42,2	43,8	44,2
Japan	-	-	-	-	39,0	38,4	36,2	36,0	37,2	40,5	41,6	42,3

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>1980 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Stand: November 2009.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009

		Eu-Haush	alt 2008 <sup>1</sup>			EU-Haus	halt 2009 <sup>2</sup>	
	Verpflichtu	ıngen	Zahlun	gen	Verpflich	tungen	Zahlu	ngen
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio.€	in%
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Rubrik								
1. Nachhaltiges Wachstum	58 341,9	44,5	45 731,7	39,5	60 195,9	45,0	45 999,5	39,6
davon Globalisierungsanpassungsfonds	500,0	0,4			500,0	0,4		
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	56314,7	43,0	53 217,1	46,0	56 121,4	41,9	52 566,1	45,3
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	1 625,9	1,2	1 488,9	1,3	1 514,9	1,1	1 296,4	1,1
4. Die EU als globaler Akteur	7311,2	5,6	7 847,1	6,8	8 103,9	6,1	8 324,2	7,2
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	239,2	0,2			244,0	0,2		
5. Verwaltung	7 279,2	5,6	7 279,8	6,3	7 700,7	5,8	7 700,7	6,6
6. Ausgleichszahlungen	206,6	0,2	206,6	0,2	209,1	0,2	209,1	0,2
Gesamtbetrag	131 079,6	100,0	115 771,3	100,0	133 846,0	100,0	116 096,1	100,0

 $<sup>^1\,\</sup>mbox{EU-Haushalt}\,2008$  (einschl. Berichtigungshaushaltspläne Nrn. 1-10/2008).

noch Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009

	Differenz i	in%	Differenz	in Mio. €
	SP. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
Rubrik	10	11	12	13
1. Nachhaltiges Wachstum	2,3	0,6	1 853,9	267,8
davon Globalisier ungsanpassungs fonds	0,0	-	0,0	0,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	- 0,3	-1,2	- 193,3	- 651,0
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	- 6,8	- 12,9	-111,0	- 192,5
4. Die EU als globaler Akteur	10,8	6,1	792,7	477,0
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	2,0	-	4,8	0,0
5. Verwaltung	5,8	5,8	421,5	421,0
6. Ausgleichszahlungen	1,2	1,2	2,5	2,5
Gesamtbetrag	2,1	0,3	2 766,3	324,8

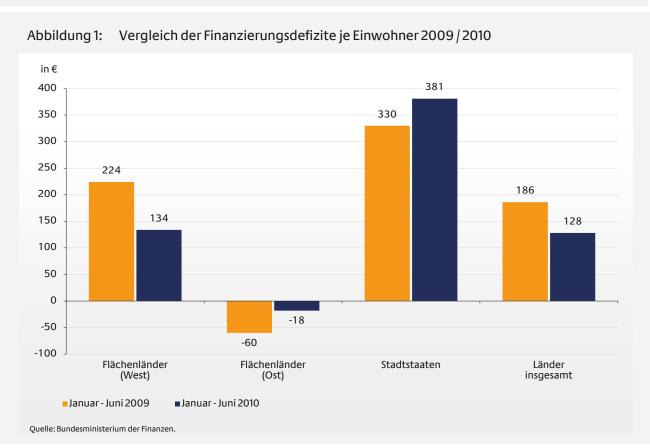
<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> EU-Haushalt 2009 (endg. Feststellung vom 18.12.2008).

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

# Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2010 im Vergleich zum Jahressoll 2010

	Flächenländ	der (West)	Flächenlär	nder (Ost)	Stadtst	aaten	Länder zus	ammen
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
				in M	lio.€			
Bereinigte Einnahmen	177 513	91 196	49 985	24 273	32 801	16 332	254 579	129 07
darunter:								
Steuereinnahmen	134010	70 402	25 519	12 522	20 649	10337	180 178	93 26
Übrige Einnahmen	43 503	20 794	24 465	11 751	12 152	5 995	74 400	35 81
Bereinigte Ausgaben	201 958	99 668	53 145	24 044	37 132	18 573	286 515	139 56
darunter:								
Personalausgaben	79 290	40 673	13 009	6 050	11 525	5 764	103 824	52 48
Lfd. Sachaufwand	13 272	6 123	3 827	1 669	7 732	4 0 0 7	24830	11 79
Zinsausgaben	14 147	7 843	3 187	1 757	4110	2 333	21 444	11 93
Sachinvestitionen	4890	1 444	2 074	496	1 333	332	8 297	2 27
Zahlungen an Verwaltungen	54 205	25 576	18 942	8 626	635	335	68 061	31 81
Übrige Ausgaben	36 156	18 009	12 107	5 446	11 797	5 802	60 059	29 25
Finanzierungssaldo	-24 442	-8 472	-3 160	230	-4 323	-2 241	-31 925	-10 48



ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Juni 2010

			Juni 2009			Mai 2010			Juni 2010	
Lfd.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder <sup>3</sup>	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesam
Nr.	Seit dem 1. Januar		2011001	sgesame		Lander	gesae		2011001	gesa
	gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsiahr	126 776	128 429	247 547	94 005	102 637	190 394	122 389	129 078	244 22
11	Einnahmen der laufenden Rechung	124 194	-	-	91 828	97 260	189 087	119806	122 557	242 36
111	Steuereinnahmen	109 323	97 623	206 946	82 909	74 791	157 700	104934	93 261	198 19
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	6 220		-	1 040	17 865	18 905	1 259	23 484	2474
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	-	-	605	605	-	1 200	1 20
1122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	-	-	-	-	-	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	2 583	-	-	2 177	5377	7 555	2 583	6 5 2 2	9 10
121	Veräußerungserlöse	1 770	-	-	1 100	140	1 240	1 633	159	1 79
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	1 558		-	826	56	882	1 3 3 0	59	1 38
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	185	-	-	245	3 686	3 931	236	4 5 7 6	481
2	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b> für das laufende Haushaltsjahr	141 466	143 674	277 482	129 243	113 686	236 682	155 292	139 562	287 60
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	130 790	-	-	121 071	104 433	225 504	145 389	127 072	272 46
211	Personalausgaben	14516	50 566	65 082	12340	43 983	56 323	14 634	52 487	67 12
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	4 073	-	-	3 454	12 479	15 933	4 148	14985	19 13
212	Laufender Sachaufwand	8 737	-	-	7 180	9588	16 768	8 625	11 798	20 42
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	4088	-	-	3 295	6336	9 631	3 979	7 837	1181
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	18 247	-	-	15 008	10 516	25 524	19 729	11 932	3166
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	6 683		-	5 308	20 235	25 543	6 472	27 204	33 67
2141	darunter: Länder- finanzausgleich <sup>1</sup>	-	33	33	-	- 345	- 345	-	-391	- 39
2142	Zuweisungen an Gemeinden	10	-	-	7	19 172	19 179	7	25 839	25 84
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	10 675	-	-	8 172	9 253	17 425	9 903	12 490	22 39
221	Sachinvestitionen	2 586	-	-	1 752	1 742	3 494	2 393	2 273	4 6
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	3 172	-	-	2 609	3 332	5 941	2 988	4611	7 59
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	10 452	-	-	7 998	9 0 2 4	17 022	9719	12 126	21 84
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-14 658 ²	-15 245	-29 904	-35 209 <sup>2</sup>	-11 049	-46 258	-32 877 <sup>2</sup>	-10 484	-43 3

117

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Juni 2010

						in Mio. €						
			Juni 2009			Mai 2010			Juni 2010			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder <sup>3</sup>	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt		
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung											
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	132 857	47 366	180 223	129 064	29 537	158 601	154704	38 381	193 085		
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	106374	45 588	151 961	86 193	37 284	123 477	117 440	44 819	162 259		
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	26 483	1 778	28 262	42 871	-7 747	35 123	37 264	-6 438	30 826		
5	Zum Ende des Monats bestehende Schwebende Schulden											
51	<b>und Kassenbestände</b> Kassenkredit von Kreditinstituten	-23 320	2 360	-20 960	-26 853	6 8 0 3	-20 050	-17880	5 801	-12 079		
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	15924	15 924	-	14279	14279	-	15 290	15 290		
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	23 320	-4601	18 719	26854	-8 761	18 093	17881	-7 101	10 780		

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

 $<sup>^2\,</sup>Einschließlich\,Haushaltstechnische\,Verrechnungen.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Aufgrund von Korrekturmeldungen veränderter Wert ggü. BMF-Veröffentlichung Mai 2010.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juni 2010

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern <sup>3</sup>	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
	Seit dem 1. Januar									
1	gebuchte	16 864	19 894	4 398	9 255	3 122	10 867	24 094	5 781	1 26
l	Bereinigte Einnahmen <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	10 004	15 654	4 396	9 233	3 122	10 867	24 054	3 761	1 20
1	Einnahmen der laufenden Rechung	16 199	19 129	4167	8 965	2 860	10393	23 084	5 520	1 24
111	Steuereinnahmen	11 995	15 597	2346	7 506	1 508	8214	19 244	4182	1 00
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	3 140	1 818	1 550	915	1 187	1 228	2 498	946	16
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	90	-	75	52	110	62	1
1122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	230	-	194	79	119	106	3
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	665	766 <sup>a</sup>	232	290	262	475	1 010	261	1
121	Veräußerungserlöse	5	6	3	2	1	4	6	1	
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	-	5	-	-	3	1	-	
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	468	571	133	281	124	409	728	155	1
2	Bereinigte Ausgaben <sup>1</sup> für das laufende	18 280	19 938	4 615	9 814	3 240	11 770	26 764	6 852	2 07
21	Haushaltsjahr Ausgaben der laufenden Rechnung	16 659	18 084	4 064	9 0 3 7	2 864	11 040	24 275	6 195	1 88
211	Personalausgaben	7 894	9084	1 168	3 794	797	4 656	9 799	2 854	76
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	2 5 1 8	2 668	80	1 226	47	1 467 <sup>2</sup>	3 275 <sup>2</sup>	854	29
212	Laufender Sachaufwand	861	1 390	247	696	194	800	1 558	475	11
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	760	1 145	207	570	173	665	1 194	406	11
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	1 212	767	407	965	230	877	2 534	596	35
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	4 199	4791	1 463	2 087	998	2 813	5 857	1 397	21
2141	darunter: Länder- finanzausgleich <sup>1</sup>	493	1 426	-	731	-	-	90	-	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	3 655	3318	1 226	1 337	850	2812	5 738	1 376	21
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	1 621	1 855	552	778	376	730	2 489	657	19
221	Sachinvestitionen	277	572	21	264	79	102	102	45	1
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	765	629	236	335	162	192	1 203	228	2
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	1 584	1 789	552	741	376	730	2 3 6 2	634	18

 $Abweichungen\ in\ den\ Summen\ durch\ Runden\ der\ Zahlen.$ 

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

# noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juni 2010

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-1 416	- <b>44</b>	- 217	- 560	- 118	- 903	-2 670	-1 071	- 810
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	4350	3179 b	4356	2 786	- 250	2 150	7 653	2 660	920
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	3 357	2 789	4357	3 493	702	2 906	9 731	3 581	517
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	992	390 b	4358	-707	- 952	- 755	-2 078	-922	403
5	Zum Ende des Monats bestehende Schwebende Schulden									
51	<b>und Kassenbestände</b> Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	4351	82	-	-	1 684	1 458	131
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	922	4127	4352	679	997	2 347	621	1	-21
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	- 158	-	4353	- 587	133	477	-1 655	-1 457	- 434

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

 $<sup>^1 \</sup>operatorname{In} \operatorname{der} \operatorname{L\"{a}ndersumme} \operatorname{ohne} \operatorname{Zuweisungen} \operatorname{von} \operatorname{L\"{a}ndern} \operatorname{im} \operatorname{L\"{a}nderfinanzausgleich}.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ohne Juli-Bezüge.

 $<sup>^3</sup>$  BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a) 11,9 Mio. €, b) 1539,2 Mio. €, c) 182,8 Mio. €, d) -170,9 Mio. €.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> HB - ohne Werte für Bremerhaven.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juni 2010

					III N	⁄lio.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
I	Seit dem 1. Januar gebuchte Bereinigte Einnahmen <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	8 235	4 309	3 583	4 209	9 860	1 600	4 918	129 078
11	Einnahmen der laufenden Rechung	7 057	4082	3 448	3 785	9 476	1534	4790	122 55
111	Steuereinnahmen	4214	2 287	2 653	2 167	5 2 6 0	1 044	4 0 3 3	93 26
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 5 1 5	1 602	543	1 438	3 286	341	312	23 48
1121	darunter: Allgemeine BEZ	156	87	20	84	379	69	-	1 20
1122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	374	210	67	198	1411	152	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	1 178	228	135	424	384	66	128	6 52
121	Veräußerungserlöse	0	4	1	10	110	0	5	15
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	2	1	-	44	-	1	59
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	969	140	85	146	208	48	99	457
2	Bereinigte Ausgaben <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	7 152	4 794	4 582	4 243	10 964	2 215	5 440	139 56
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	6 259	4351	4306	3 856	10356	2 032	4992	127 07
211	Personalausgaben	1811	1 144	1 828	1 130	3 432	698	1 635	52 48
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	88	75	635	66	867	235	595	1498
212	Laufender Sachaufwand	443	479	225	306	2 3 0 5	386	1316	11 79
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	357	172	211	196	1 048	183	442	783
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	184	507	534	430	1 495	329	508	1193
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 521	1 366	1 134	1 274	128	38	99	27 20
2141	darunter: Länder- finanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	-	-	-	-	47	- 39
2142	Zuweisungen an Gemeinden	2 004	1 134	1 086	1 082	3	2	4	25 83
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	893	443	276	387	609	183	448	12 49
221	Sachinvestitionen	221	80	69	95	125	35	173	2 27
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	311	194	117	102	57	42	18	461
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	893	443	275	387	563	182	431	12 12

 $Abweichungen\ in\ den\ Summen\ durch\ Runden\ der\ Zahlen.$ 

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

# noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juni 2010

					in N	Лio.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	1 083	- 484	- 999	- 35	-1 104	- 614	- 522	-10 484
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung								
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	-3 102	2 726	2 330	1 476	7 230	2 344 4	242	38 381
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	400	2 240	1 991	1 548	6 080	2 657 4	-	44 8 1 9
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-3 502	486	339	-72	1 150	-313 <sup>4</sup>	242	-6 438
5	Zum Ende des Monats bestehende Schwebende Schulden und Kassenbestände								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten		854	-	-	-	457	736	5 801
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	2 571	77	-	101	337	300	2 232	15 290
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	- 156	- 887	- 530	223	13	- 435	-764	-7 101

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

 $<sup>^{1}</sup>$  In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ohne Juli-Bezüge.

 $<sup>^3</sup>$  BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a) 11,9 Mio. €, b) 1539,2 Mio. €, c) 182,8 Mio. €, d) -170,9 Mio. €.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> HB - ohne Werte für Bremerhaven.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

						Bruttoi	nlandsprodukt	(real)	
	Erwerbstä	tige im Inland <sup>1</sup>	Erwerbsquote <sup>2</sup>	Erwerbslose	Erwerbslosen- quote <sup>3</sup>	gesamt <sup>5</sup>	je Erwerbs- tätigen	je Erwerbs- tätigen- stunde	Investitions- quote <sup>4</sup>
Jahr	in Mio.	Veränderung in % p.a.	in%	in Mio.	in%	Verä	nderung in % p	.a.	in%
1991	38,6		51,0	2,2	5,3				23,2
1992	38,1	-1,5	50,4	2,5	6,2	2,2	3,7	2,5	23,6
1993	37,6	-1,3	50,0	3,1	7,5	-0,8	0,5	1,6	22,5
1994	37,5	-0,1	50,1	3,3	8,1	2,7	2,8	2,9	22,6
1995	37,6	0,2	49,9	3,2	7,9	1,9	1,7	2,6	21,9
1996	37,5	-0,3	50,0	3,5	8,6	1,0	1,3	2,3	21,3
1997	37,5	-0,1	50,2	3,8	9,2	1,8	1,9	2,5	21,0
1998	37,9	1,2	50,7	3,7	9,0	2,0	0,8	1,2	21,1
1999	38,4	1,4	50,9	3,4	8,2	2,0	0,7	1,4	21,3
2000	39,1	1,9	51,3	3,1	7,4	3,2	1,3	2,6	21,5
2001	39,3	0,4	51,5	3,2	7,5	1,2	0,8	1,8	20,0
2002	39,1	-0,6	51,5	3,5	8,3	0,0	0,6	1,5	18,3
2003	38,7	-0,9	51,6	3,9	9,2	-0,2	0,7	1,2	17,9
2004	38,9	0,4	52,1	4,2	9,7	1,2	0,8	0,6	17,5
2005	38,8	-0,1	52,5	4,6	10,6	0,8	0,9	1,4	17,4
2006	39,1	0,6	52,5	4,3	9,8	3,4	2,5	2,9	18,2
2007	39,7	1,7	52,6	3,6	8,3	2,7	0,8	0,7	18,8
2008	40,3	1,4	52,8	3,1	7,2	1,0	-0,1	0,0	19,0
2009	40,3	0,0	53,0	3,2	7,4	-4,7	-4,9	-2,2	17,8
2004/99	38,9	0,2	51,5	3,6	8,4	1,1	0,8	1,5	19,4
2009/04	39,5	0,7	52,6	3,8	8,8	0,6	-0,2	0,5	18,1

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $<sup>^2\,</sup>Erwerbspersonen\,(inländische\,Erwerbstätige + Erwerbslose[ILO])\,in\,\%\,der\,Wohnbev\"{o}lkerung\,nach\,ESVG\,95.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

 $<sup>^4\, {\</sup>rm Anteil}\, {\rm der}\, {\rm Bruttoan lage investitionen}\, {\rm am}\, {\rm Bruttoin landsprodukt}\, ({\rm nominal}).$ 

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Rechenstand 13. August 2010.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal) <sup>1</sup>	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator) <sup>2</sup>	Verbraucher- preisindex (2005=100)	Lohnstück- kosten <sup>3</sup>
Jahr			\	/eränderung in % p.a	ı <b>.</b>		
1991							
1992	7,3	5,0	3,2	4,1	4,1	5,1	6,3
1993	2,9	3,7	2,0	3,2	3,4	4,4	3,8
1994	5,1	2,4	1,0	2,2	2,5	2,7	0,2
1995	3,8	1,9	1,5	1,5	1,3	1,7	2,1
1996	1,5	0,5	-0,7	0,7	1,0	1,4	0,4
1997	2,1	0,3	-2,2	0,9	1,4	1,9	-0,9
1998	2,6	0,6	1,6	0,1	0,5	0,9	0,1
1999	2,4	0,3	0,5	0,2	0,3	0,6	0,5
2000	2,5	-0,7	-4,8	0,9	0,9	1,5	0,7
2001	2,5	1,2	-0,1	1,3	1,7	2,0	0,6
2002	1,4	1,4	2,1	0,8	1,1	1,4	0,6
2003	1,0	1,2	1,0	1,0	1,5	1,0	0,8
2004	2,2	1,0	-0,3	1,1	1,4	1,7	-0,5
2005	1,4	0,6	-1,4	1,2	1,4	1,6	-0,8
2006	3,8	0,5	-1,3	1,0	1,1	1,6	-1,6
2007	4,6	1,9	0,4	1,9	1,8	2,3	0,1
2008	2,0	1,5	-0,8	1,9	2,2	2,6	2,2
2009	-3,4	1,5	3,8	0,3	0,1	0,4	5,5
2004/99	1,9	0,8	-0,5	1,0	1,3	1,5	0,4
2009/04	1,6	1,2	0,1	1,3	1,3	1,7	1,1

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Rechenstand 13. August 2010.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $<sup>^2\, \</sup>hbox{Ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck.}$ 

 $<sup>^3</sup>$  Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigenstunde (Inlandskonzept).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Außenwirtschaft<sup>1</sup>

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt
Jahr	Veränderu	ng in % p.a.	in Mı	rd.€		Anteile	am BIP in %	
1991			-6,1	-23,1	25,8	26,2	-0,4	-1,5
1992	0,2	0,6	-7,5	-18,6	24,1	24,5	-0,5	-1,1
1993	-4,8	-6,4	-0,5	-17,8	22,3	22,3	0,0	-1,1
1994	8,9	8,1	2,6	-28,4	23,1	22,9	0,1	-1,6
1995	7,7	6,2	8,7	-24,0	24,0	23,5	0,5	-1,3
1996	5,5	3,7	16,9	-12,3	24,9	24,0	0,9	-0,7
1997	12,7	11,6	23,9	-8,6	27,5	26,2	1,2	-0,4
1998	7,0	6,8	26,8	-13,4	28,7	27,3	1,4	-0,7
1999	5,0	7,0	17,4	-24,0	29,4	28,5	0,9	-1,2
2000	16,4	18,7	7,2	-26,7	33,4	33,0	0,4	-1,3
2001	6,9	1,8	42,5	-0,9	34,8	32,8	2,0	0,0
2002	4,1	-3,6	97,7	45,9	35,7	31,2	4,6	2,1
2003	0,7	2,6	85,9	44,8	35,6	31,7	4,0	2,1
2004	10,2	7,5	112,9	106,5	38,4	33,3	5,1	4,8
2005	8,5	8,9	118,9	116,8	41,1	35,8	5,3	5,2
2006	14,4	14,9	132,5	154,4	45,4	39,7	5,7	6,6
2007	8,0	4,9	171,7	192,7	46,9	39,9	7,1	7,9
2008	3,5	5,8	155,7	165,6	47,3	41,0	6,2	6,6
2009	-17,0	-15,4	113,1	115,1	40,7	36,0	4,7	4,8
2004/99	7,5	5,1	60,6	24,3	34,6	31,8	2,8	1,1
2009/04	2,9	3,3	134,1	141,8	43,3	37,6	5,7	6,0

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> In jeweiligen Preisen.

Stand: Mai 2010.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Einkommensverteilung

	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohno		Bruttolöhne und - gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) <sup>3</sup>
				unbereinigt <sup>1</sup>	bereinigt <sup>2</sup>		
Jahr	Ve	eränderung in % p.a	a.	in	%	Veränderu	ng in % p.a.
1991				71,0	71,0		
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,2
1993	1,4	-1,1	2,4	72,9	73,4	4,3	1,1
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	-2,4
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	-0,6
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	-1,1
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,1	-2,6
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0,6
1999	1,4	-1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1,5
2000	2,5	-0,8	3,8	72,2	72,9	1,5	1,2
2001	2,4	3,7	1,9	71,8	72,6	1,8	1,5
2002	1,0	1,7	0,7	71,6	72,5	1,4	-0,2
2003	1,5	4,4	0,3	70,8	71,9	1,2	-0,8
2004	4,5	14,5	0,4	68,0	69,4	0,6	1,0
2005	1,3	5,5	-0,6	66,7	68,3	0,3	-1,0
2006	4,9	11,4	1,7	64,6	66,2	0,9	-1,3
2007	3,5	4,8	2,8	64,2	65,7	1,6	-0,5
2008	2,5	0,2	3,7	65,0	66,4	2,3	-0,6
2009	-4,2	-11,8	-0,1	67,7	69,1	-0,3	-0,7
2004/99	2,4	4,6	1,4	70,9	71,9	1,3	0,5
2009/04	1,6	1,7	1,5	66,0	67,5	1,0	-0,8

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.

Stand: Mai 2010.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $<sup>^{2}\,\</sup>mathrm{Korrigiert}$ um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 5: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land					jährliche '	/eränderun	ıgen in %				
	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	2,3	5,3	1,9	3,2	0,8	3,2	2,5	1,3	- 5,0	1,2	1,6
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,7	1,8	2,8	2,9	1,0	- 3,1	1,3	1,6
Griechenland	2,5	0,0	2,1	4,5	2,2	4,5	4,5	2,0	- 2,0	-3,0	- 0,5
Spanien	2,3	3,8	2,8	5,0	3,6	4,0	3,6	0,9	- 3,6	-0,4	0,8
Frankreich	1,7	2,6	2,1	3,9	1,9	2,2	2,3	0,4	- 2,2	1,3	1,5
Irland	3,1	7,6	9,8	9,4	6,2	5,4	6,0	- 3,0	- 7,1	- 0,9	3,0
Italien	2,8	2,1	2,8	3,7	0,7	2,0	1,5	- 1,3	- 5,0	0,8	1,4
Zypern	-	-	9,9	5,0	3,9	4,1	5,1	3,6	- 1,7	-0,4	1,3
Luxemburg	2,9	5,3	1,4	8,4	5,4	5,6	6,5	0,0	- 3,4	2,0	2,4
Malta	-	-	6,2	6,4	3,9	3,6	3,8	2,1	- 1,9	1,1	1,7
Niederlande	2,3	4,2	3,1	3,9	2,0	3,4	3,6	2,0	- 4,0	1,3	1,6
Österreich	2,5	4,2	2,5	3,7	2,5	3,5	3,5	2,0	- 3,6	1,3	1,6
Portugal	1,6	7,9	2,3	3,9	0,9	1,4	1,9	0,0	- 2,7	0,5	0,7
Slowakei	-	-	5,8	1,4	6,7	8,5	10,6	6,2	- 4,7	2,7	3,6
Slowenien	-	-	4,1	4,4	4,5	5,8	6,8	3,5	- 7,8	1,1	1,8
Finnland	3,3	0,5	4,0	5,3	2,9	4,4	4,9	1,2	- 7,8	1,4	2,1
Euroraum	2,3	3,5	2,4	3,9	1,7	3,0	2,8	0,6	- 4,1	0,9	1,5
Bulgarien	-	-	2,9	5,4	6,2	6,3	6,2	6,0	- 5,0	0,0	2,7
Dänemark	4,0	1,6	3,1	3,5	2,4	3,4	1,7	- 0,9	- 4,9	1,5	1,8
Estland	-	-	4,5	10,0	9,4	10,0	7,2	- 3,6	- 14,1	0,9	3,8
Lettland	-	-	- 0,9	6,9	10,6	12,2	10,0	- 4,6	- 18,0	-3,5	3,3
Litauen	-	-	3,3	3,3	7,8	7,8	9,8	2,8	- 15,0	-0,6	3,2
Polen	-	-	7,0	4,3	3,6	6,2	6,8	5,0	1,7	2,7	3,3
Rumänien	-	-	7,1	2,4	4,2	7,9	6,3	7,3	- 7,1	0,8	3,5
Schweden	2,2	1,0	4,0	4,4	3,3	4,2	2,5	-0,2	- 4,9	1,8	2,5
Tschechien	-	-	5,9	3,6	6,3	6,8	6,1	2,5	- 4,2	1,6	2,4
Ungarn	-	-	1,5	5,2	3,5	4,0	1,0	0,6	- 6,3	0,0	2,8
Vereinigtes Königreich	3,6	0,8	3,1	3,9	2,2	2,9	2,6	0,5	- 4,9	1,2	2,1
EU	2,5	3,0	2,6	3,9	2,0	3,2	2,9	0,7	- 4,2	1,0	1,7
Japan	6,3	5,6	1,9	2,9	1,9	2,0	2,4	- 1,2	- 5,2	2,1	1,5
USA	4,1	1,9	2,5	4,2	3,1	2,7	2,1	0,4	- 2,4	2,8	2,5

Quellen:

Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2010.

Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2010.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 6: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land			jährlich	ne Veränderunger	nin%		
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	1,9	1,8	2,3	2,8	0,2	1,3	1,5
Belgien	2,5	2,3	1,8	4,5	0,0	1,6	1,6
Griechenland	3,5	3,3	3,0	4,2	1,3	3,1	2,1
Spanien	3,4	3,6	2,8	4,1	-0,3	1,6	1,6
Frankreich	1,9	1,9	1,6	3,2	0,1	1,4	1,6
Irland	2,2	2,7	2,9	3,1	- 1,7	- 1,3	0,8
Italien	2,2	2,2	2,0	3,5	0,8	1,8	2,0
Zypern	2,0	2,2	2,2	4,4	0,2	2,7	2,5
Luxemburg	3,8	3,0	2,7	4,1	0,0	2,6	2,0
Malta	2,5	2,6	0,7	4,7	1,8	2,0	2,1
Niederlande	1,5	1,7	1,6	2,2	1,0	1,3	1,5
Österreich	2,1	1,7	2,2	3,2	0,4	1,3	1,5
Portugal	2,1	3,0	2,4	2,7	- 0,9	1,0	1,4
Slowakei	2,8	4,3	1,9	3,9	0,9	1,3	2,8
Slowenien	2,5	2,5	3,8	5,5	0,9	1,8	2,0
Finnland	0,8	1,3	1,6	3,9	1,6	1,7	1,9
Euroraum	2,2	2,2	2,1	3,3	0,3	1,5	1,7
Bulgarien	6,0	7,4	7,6	12,0	2,5	2,3	2,7
Dänemark	1,7	1,9	1,7	3,6	1,1	2,3	1,5
Estland	4,1	4,4	6,7	10,6	0,2	1,3	2,0
Lettland	6,9	6,6	10,1	15,3	3,3	-3,2	-0,7
Litauen	2,7	3,8	5,8	11,1	4,2	- 0,1	1,4
Polen	2,2	1,3	2,6	4,2	4,0	2,4	2,6
Rumänien	9,1	6,6	4,9	7,9	5,6	4,3	3,0
Schweden	0,8	1,5	1,7	3,3	1,9	1,7	1,6
Tschechien	1,6	2,1	3,0	6,3	0,6	1,0	1,3
Ungarn	3,5	4,0	7,9	6,0	4,0	4,6	2,8
Vereinigtes Königreich	2,1	2,3	2,3	3,6	2,2	2,4	1,4
EU	2,3	2,3	2,4	3,7	1,0	1,8	1,7
Japan	- 0,3	0,3	0,0	1,4	-1,4	- 0,5	- 0,4
USA	3,4	3,2	2,8	3,8	-0,4	1,7	0,3

Quelle:

EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2010.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

 $Harmonisier te\,Arbeits los en quote im\,international en\,Vergleich$ Tabelle 7:

Land				ir	n % der zivile	n Erwerbsb	evölkerung				
	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,5	10,7	9,8	8,4	7,3	7,5	7,8	7,8
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,5	8,3	7,5	7,0	7,9	8,8	9,0
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	9,9	8,9	8,3	7,7	9,5	11,8	13,2
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	9,2	8,5	8,3	11,3	18,0	19,7	19,8
Frankreich	9,6	8,4	11,0	9,0	9,3	9,2	8,4	7,8	9,5	10,2	10,1
Irland	16,8	13,4	12,3	4,2	4,4	4,5	4,6	6,3	11,9	13,8	13,4
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	7,7	6,8	6,1	6,7	7,8	8,8	8,8
Zypern	-	-	2,6	4,9	5,3	4,6	4,0	3,6	5,3	6,7	7,0
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,2	4,6	4,6	4,2	4,9	5,4	6,1	6,4
Malta	-	4,8	4,9	6,7	7,2	7,1	6,4	5,9	6,9	7,3	7,2
Niederlande	7,9	5,8	6,6	2,8	4,7	3,9	3,2	2,8	3,4	4,9	5,2
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	5,2	4,8	4,4	3,8	4,8	5,1	5,4
Portugal	9,1	4,8	7,2	4,0	7,7	7,8	8,1	7,7	9,6	9,9	9,9
Slowakei	-	_	13,2	18,8	16,3	13,4	11,1	9,5	12,0	14,1	13,3
Slowenien	-	_	6,9	6,7	6,5	6,0	4,9	4,4	5,9	7,0	7,3
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	8,4	7,7	6,9	6,4	8,2	9,5	9,2
Euroraum	9,3	7,5	10,4	8,4	9,0	8,3	7,5	7,5	9,4	10,3	10,4
Bulgarien	-	-	12,0	16,4	10,1	9,0	6,9	5,6	6,8	7,9	7,3
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	4,8	3,9	3,8	3,3	6,0	6,9	6,5
Estland	-	_	9,7	13,6	7,9	5,9	4,7	5,5	13,8	15,8	14,6
Lettland	-	0,5	18,9	13,7	8,9	6,8	6,0	7,5	17,1	20,6	18,8
Litauen	-	0,0	6,9	16,4	8,3	5,6	4,3	5,8	13,7	16,7	16,3
Polen	-	-	13,2	16,1	17,8	13,9	9,6	7,1	8,2	9,2	9,4
Rumänien	-	_	6,0	7,3	7,2	7,3	6,4	5,8	6,9	8,5	7,9
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	7,7	7,0	6,1	6,2	8,3	9,2	8,8
Tschechien	-	_	3,9	8,7	7,9	7,2	5,3	4,4	6,7	8,3	8,0
Ungarn	-	_	10,0	6,4	7,2	7,5	7,4	7,8	10,0	10,8	10,1
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,8	5,4	5,3	5,6	7,6	7,8	7,4
EU	9,4	7,2	10,0	8,7	8,9	8,2	7,1	7,0	8,9	9,8	9,7
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	4,4	4,1	3,9	4,0	5,1	5,3	5,3
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,1	4,6	4,6	5,8	9,3	9,7	9,8

#### Quellen:

 $F\ddot{u}r\,die\,Jahre\,1985\,bis\,2000:\,EU-Kommission,\,\,{}_{w}Europ\ddot{a}ische\,Wirtschaft",\,Statistischer\,Anhang,\,Mai\,2010.$ 

Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2010.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

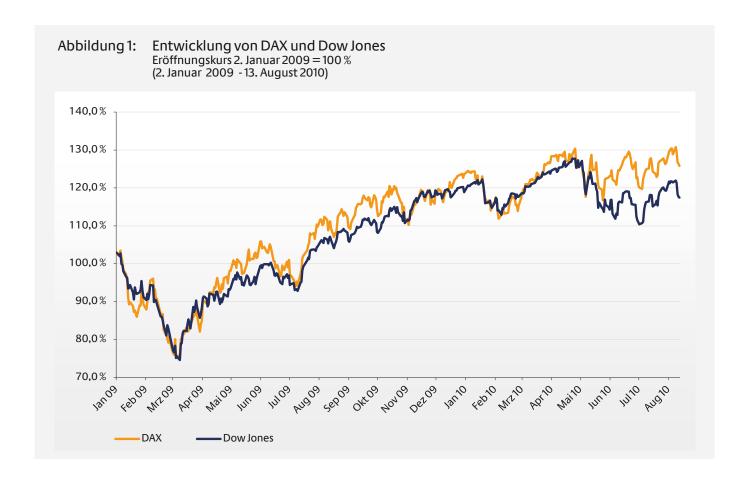
Tabelle 8: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Rea	les Brutto	inlandspro	dukt		Verbraud	cherpreise			Leistun	gsbilanz	
			Verände	erung geg	enüber Vo	rjahr in %					nominalen ndprodukt	
	2008	2009	2010 <sup>1</sup>	2011 <sup>1</sup>	2008	2009	2010 <sup>1</sup>	2011 <sup>1</sup>	2008	2009	2010 <sup>1</sup>	2011
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	5,5	-6,6	4,0	3,6	15,6	11,2	7,2	6,1	4,9	2,6	4,0	3,6
darunter												
Russische Föderation	5,6	-7,9	4,0	3,3	14,1	11,7	7,0	5,7	6,2	3,9	5,1	4,6
Ukraine	2,1	-15,1	3,7	4,1	25,2	15,9	9,2	8,9	-7,1	-1,7	-2,3	-2,3
Asien	7,9	6,6	8,7	8,7	7,4	3,1	5,9	3,7	5,7	4,1	4,1	4,1
darunter												
China	9,6	8,7	10,0	9,9	5,9	-0,7	3,1	2,4	9,4	5,8	6,2	6,5
Indien	7,3	5,7	8,8	8,4	8,3	10,9	13,2	5,5	-2,2	-2,1	-2,2	-2,0
Indonesien	6,0	4,5	6,0	6,2	9,8	4,8	4,7	5,8	0,0	2,0	1,4	0,4
Korea	2,3	0,2	4,5	5,0	4,7	2,8	2,9	3,0	-0,6	5,1	1,6	2,2
Thailand	2,5	-2,3	5,5	5,5	5,5	-0,8	3,2	1,9	0,6	7,7	2,5	0,3
Lateinamerika	4,3	-1,8	4,0	4,0	7,9	6,0	6,2	5,9	-0,6	-0,5	-1,0	-1,2
darunter												
Argentinien	6,8	0,9	3,5	3,0	8,6	6,3	10,1	9,1	1,5	2,8	2,8	2,0
Brasilien	5,1	-0,2	5,5	4,1	5,7	4,9	5,1	4,6	-1,7	-1,5	-2,9	-2,9
Chile	3,7	-1,5	4,7	6,0	8,7	1,7	2,0	3,0	-1,5	2,2	-0,8	-2,1
Mexiko	1,5	-6,5	4,2	4,5	5,1	5,3	4,6	3,7	-1,5	-0,6	-1,1	-1,4
Sonstige												
Türkei	0,7	-4,7	5,2	3,4	10,4	6,3	9,7	5,7	-5,7	-2,3	-4,0	-4,4
Südafrika	3,7	-1,8	2,6	3,6	11,5	7,1	5,8	5,8	-7,1	-4,0	-5,0	-6,7

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Prognosen des IWF.

 $\label{thm:power} Quelle: IWF World \ Economic \ Outlook \ April \ 2010 \ in \ ver\"{o}ffent \ lichter \ Form.$ 

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG



KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 9: Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	13.08.2010	2009	zu Ende 2009	2009/2010	2009/2010
Dow Jones	10 303	10 428	-1,20	6 5 4 7	11 205
Eurostoxx 50	2 709	2 966	-8,68	1810	3 018
Dax	6110	5 957	2,57	3 666	6 3 3 2
CAC 40	3 611	3 936	-8,27	2 5 1 9	4066
Nikkei	9 253	10546	-12,26	7 055	11 339
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	13.08.2010	2009	US-Bond	2009/2010	2009/2010
USA	2,69	3,88	-	2,22	4,03
Deutschland	2,41	3,40	-0,28	2,41	3,70
Japan	0,99	1,30	-1,70	0,94	1,57
Vereinigtes Königreich	3,15	4,08	0,46	2,99	4,31
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	13.08.2010	2009	zu Ende 2009	2009/2010	2009/2010
Dollar/Euro	1,28	1,44	-11,16	1,19	1,51
Yen/Dollar	86,25	92,40	-6,65	85,24	101,11
Yen/Euro	109,78	133,16	-17,56	108,14	138,09
Pfund/Euro	0,82	0,89	-7,53	0,81	0,96

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	senquote	
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Deutschland												
EU-KOM	1,3	-5,0	1,2	1,6	2,8	0,2	1,3	1,5	7,3	7,5	7,8	7,8
OECD	1,0	-4,9	1,9	2,1	2,8	0,2	1,3	1,0	7,2	7,4	7,6	8,0
IWF	1,2	-4,9	1,4	1,6	2,8	0,1	0,9	1,0	7,2	7,4	8,6	9,3
USA												
EU-KOM	0,4	-2,4	2,8	2,5	3,8	-0,4	1,7	0,3	5,8	9,3	9,7	9,8
OECD	0,4	-2,4	3,2	3,2	3,8	-0,3	1,9	1,1	5,8	9,3	9,7	8,9
IWF	0,4	-2,4	3,3	2,9	3,8	-0,3	2,1	1,7	5,8	9,3	9,4	8,3
Japan												
EU-KOM	-1,2	-5,2	2,1	1,5	1,4	-1,4	-0,5	-0,4	4,0	5,1	5,3	5,3
OECD	-1,2	-5,2	3,0	2,0	1,4	-1,4	-0,7	-0,3	4,0	5,1	4,9	4,7
IWF	-1,2	-5,2	2,4	1,8	1,4	-1,4	-1,4	-0,5	4,0	5,1	5,1	4,9
Frankreich												
EU-KOM	0,4	-2,2	1,3	1,5	3,2	0,1	1,4	1,6	7,8	9,5	10,2	10,1
OECD	0,3	-2,5	1,7	2,1	3,2	0,1	1,7	1,1	7,4	9,1	9,8	9,5
IWF	0,1	-2,5	1,4	1,6	3,2	0,1	1,2	1,5	7,9	9,4	10,0	9,9
Italien												
EU-KOM	-1,3	-5,0	0,8	1,4	3,5	0,8	1,8	2,0	6,7	7,8	8,8	8,8
OECD	-1,3	-5,1	1,1	1,5	3,5	0,8	1,2	1,0	6,8	7,8	8,7	8,8
IWF	-1,3	-5,0	0,9	1,1	3,5	0,8	1,4	1,7	6,8	7,8	8,7	8,6
Vereingtes Königreich												
EU-KOM	0,5	-4,9	1,2	2,1	3,6	2,2	2,4	1,4	5,6	7,6	7,8	7,4
OECD	0,5	-4,9	1,3	2,5	3,6	2,2	3,0	1,5	5,7	7,6	8,1	7,9
IWF	0,5	-4,9	1,2	2,1	3,6	2,2	2,7	1,6	5,6	7,5	8,3	7,9
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	0,4	-2,7	3,6	3,2	2,4	0,3	1,6	1,7	6,2	8,3	7,9	7,2
IWF	0,5	-2,5	3,6	2,8	2,4	0,3	1,8	2,0	6,2	8,3	7,9	7,5
Euroraum												
EU-KOM	0,6	-4,1	0,9	1,5	3,3	0,3	1,5	1,7	7,5	9,4	10,3	10,4
OECD	0,5	-4,1	1,2	1,8	3,3	0,3	1,4	1,0	7,5	9,4	10,1	10,1
IWF	0,6	-4,1	1,0	1,3	3,3	0,3	1,1	1,3	7,6	9,4	10,5	10,5
EZB	-	-4,1	1,0	1,2	-	0,3	1,5	1,6	-	-	-	
EU-27												
EU-KOM	0,7	-4,2	1,0	1,7	3,7	1,0	1,8	1,7	7,0	8,9	9,8	9,7
IWF	0,9	-4,1	1,0	1,6	-	-	-	-	-	-	-	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2010.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2010, vorläufige Ausgabe.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2010. WEO Update, Juli 2010 (nur für EU-27, Euroraum, G7-Staaten & Spanien und nur zum BIP).

EZB: ECB Staff Macroeconomic Projections for the Euro Area; März 2010 (nur BIP und Verbraucherpreise sowie nur für den Euroraum).

Stand: Juli 2010.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	enquote	
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Belgien												
EU-KOM	1,0	-3,1	1,3	1,6	4,5	0,0	1,6	1,6	7,0	7,9	8,8	9,0
OECD	0,8	-3,0	1,4	1,9	4,5	0,0	1,8	1,4	7,0	7,9	8,2	8,3
IWF	0,8	-3,0	1,2	1,3	4,5	-0,2	1,6	1,5	7,0	8,0	9,3	9,4
Finnland												
EU-KOM	1,2	-7,8	1,4	2,1	3,9	1,6	1,7	1,9	6,4	8,2	9,5	9,2
OECD	1,2	-7,8	1,7	2,5	3,9	1,6	1,7	1,4	6,4	8,3	9,4	9,0
IWF	1,2	-7,8	1,2	2,2	3,9	1,6	1,1	1,4	6,4	8,3	9,8	9,6
Griechenland												
EU-KOM	2,0	-2,0	-3,0	-0,5	4,2	1,3	3,1	2,1	7,7	9,5	11,8	13,2
OECD	2,0	-2,0	-3,7	-2,5	4,2	1,3	3,0	0,3	7,7	9,5	12,1	14,3
IWF	2,0	-2,0	-2,0	-1,1	4,2	1,4	1,9	1,0	7,6	9,4	12,0	13,0
Irland												
EU-KOM	-3,0	-7,1	-0,9	3,0	3,1	-1,7	-1,3	0,8	6,3	11,9	13,8	13,4
OECD	-3,0	-7,1	-0,7	3,0	3,1	-1,7	-1,4	0,8	6,0	11,7	13,7	13,0
IWF	-3,0	-7,1	-1,5	1,9	3,1	-1,7	-2,0	-0,6	6,1	11,8	13,5	13,0
Luxemburg												
EU-KOM	0,0	-3,4	2,0	2,4	4,1	0,0	2,6	2,0	4,9	5,4	6,1	6,4
OECD	0,0	-3,4	2,7	3,1	4,1	0,0	3,0	1,9	4,4	5,7	6,0	5,8
IWF	0,0	-4,2	2,1	2,4	3,4	0,8	1,0	1,3	4,4	7,0	6,2	5,7
Malta												
EU-KOM	2,1	-1,9	1,1	1,7	4,7	1,8	2,0	2,1	5,9	6,9	7,3	7,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	2,1	-1,9	0,5	1,5	4,7	1,8	2,0	2,1	5,8	7,1	7,3	7,2
Niederlande												
EU-KOM	2,0	-4,0	1,3	1,8	2,2	1,0	1,3	1,5	2,8	3,4	4,9	5,2
OECD	2,0	-4,0	1,2	2,0	2,2	1,0	0,9	1,4	2,7	3,4	4,6	4,8
IWF	2,0	-4,0	1,3	1,3	2,2	1,0	1,1	1,3	2,8	3,5	4,9	4,7
Österreich												
EU-KOM	2,0	-3,6	1,3	1,6	3,2	0,4	1,3	1,5	3,8	4,8	5,1	5,4
OECD	1,8	-3,4	1,4	2,3	3,2	0,4	1,4	1,0	3,8	4,8	4,9	5,0
IWF	2,0	-3,6	1,3	1,7	3,2	0,4	1,3	1,5	3,9	5,0	5,4	5,5
Portugal												
EU-KOM	0,0	-2,7	0,5	0,7	2,7	-0,9	1,0	1,4	7,7	9,6	9,9	9,9
OECD	0,0	-2,7	1,0	0,8	2,7	-0,9	0,9	1,1	7,6	9,5	10,6	10,4
IWF	0,0	-2,7	0,3	0,7	2,7	-0,9	0,8	1,1	7,6	9,5	11,0	10,3

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	enquote	
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Slowakei												
EU-KOM	6,2	-4,7	2,7	3,6	3,9	0,9	1,3	2,8	9,5	12,0	14,1	13,3
OECD	6,2	-4,7	3,6	3,9	3,9	0,9	0,8	2,2	9,6	12,1	14,0	13,4
IWF	6,2	-4,7	4,1	4,5	3,9	0,9	0,8	2,0	9,6	12,1	11,6	10,7
Slowenien												
EU-KOM	3,5	-7,8	1,1	1,8	5,5	0,9	1,8	2,0	4,4	5,9	7,0	7,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	3,5	-7,3	1,1	2,0	5,7	0,8	1,5	2,3	4,4	6,2	7,4	6,8
Spanien												
EU-KOM	0,9	-3,6	-0,4	0,8	4,1	-0,3	1,6	1,6	11,3	18,0	19,7	19,8
OECD	0,9	-3,6	-0,2	0,9	4,1	-0,3	1,4	0,6	11,3	18,0	19,1	18,2
IWF	0,9	-3,6	-0,4	0,6	4,1	-0,3	1,2	1,0	11,3	18,0	19,4	18,7
Zypern												
EU-KOM	3,6	-1,7	-0,4	1,3	4,4	0,2	2,7	2,5	3,6	5,3	6,7	7,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	3,6	-1,7	-0,7	1,9	4,4	0,2	2,7	2,3	3,6	5,3	6,1	6,4

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2010.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2010, vorläufige Ausgabe.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2010. WEO Update, Juli 2010 (nur für EU-27, Euroraum, G7-Staaten & Spanien und nur zum BIP).

Stand: Juli 2010.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	enquote	
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Bulgarien												
EU-KOM	6,0	-5,0	0,0	2,7	12,0	2,5	2,3	2,7	5,6	6,8	7,9	7,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	6,0	-5,0	0,2	2,0	12,0	2,5	2,2	2,9	-	-	-	-
Dänemark												
EU-KOM	-0,9	-4,9	1,6	1,8	3,6	1,1	2,3	1,5	3,3	6,0	6,9	6,5
OECD	-0,9	-4,9	1,2	2,0	3,4	1,3	2,1	1,8	3,2	5,9	7,2	6,9
IWF	-0,9	-5,1	1,2	1,6	3,4	1,3	2,0	2,0	1,7	3,3	4,2	4,7
Estland												
EU-KOM	-3,6	-14,1	0,9	3,8	10,6	0,2	1,3	2,0	5,5	13,8	15,8	14,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-3,6	-14,1	0,8	3,6	10,4	-0,1	0,8	1,1	-	-	-	-
Lettland												
EU-KOM	-4,6	-18,0	-3,5	3,3	15,3	3,3	-3,2	-0,7	7,5	17,1	20,6	18,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-4,6	-18,0	-4,0	2,7	15,3	3,3	-3,7	-2,5	-	-	-	-
Litauen												
EU-KOM	2,8	-15,0	-0,6	3,2	11,1	4,2	-0,1	1,4	5,8	13,7	16,7	16,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	2,8	-15,0	-1,6	3,2	11,1	4,2	-1,2	-1,0	-	-	-	-
Polen												
EU-KOM	5,0	1,7	2,7	3,3	4,2	4,0	2,4	2,6	7,1	8,2	9,2	9,4
OECD	5,0	1,8	3,1	3,9	4,2	3,8	2,7	2,8	7,1	8,2	8,9	8,6
IWF	5,0	1,7	2,7	3,2	4,2	3,5	2,3	2,4	-	-	-	-
Rumänien												
EU-KOM	7,3	-7,1	0,8	3,5	7,9	5,6	4,3	3,0	5,8	6,9	8,5	7,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	7,3	-7,1	0,8	5,1	7,8	5,6	4,0	3,1	-	-	-	-
Schweden												
EU-KOM	-0,2	-4,9	1,8	2,5	3,3	1,9	1,7	1,6	6,2	8,3	9,2	8,8
OECD	-0,6	-5,1	1,6	3,2	3,4	-0,3	1,4	2,0	6,2	8,3	8,8	8,7
IWF	-0,2	-4,4	1,2	2,5	3,3	2,2	2,4	2,1	6,2	8,5	8,2	7,7
Tschechien												
EU-KOM	2,5	-4,2	1,6	2,4	6,3	0,6	1,0	1,3	4,4	6,7	8,3	8,0
OECD	2,3	-4,1	2,0	3,0	6,3	1,0	1,8	2,0	4,4	6,7	7,8	7,5
IWF	2,5	-4,3	1,7	2,6	6,3	1,0	1,6	2,0	4,4	6,7	8,8	8,5

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	enquote	
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Ungarn												
EU-KOM	0,6	-6,3	0,0	2,8	6,0	4,0	4,6	2,8	7,8	10,0	10,8	10,1
OECD	0,4	-5,7	1,2	3,1	6,0	4,2	4,5	2,3	7,9	10,1	11,0	10,5
IWF	0,6	-6,3	-0,2	3,2	6,1	4,2	4,3	2,5	-	-	-	-

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2010.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2010, vorläufige Ausgabe.

 $IWF: Weltwirt schafts ausblick, April\,2010.$ 

Stand: Juli 2010.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	nuldenquot	:e		Leistung	sbilanzsaldo	)
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Deutschland												
EU-KOM	0,0	-3,3	-5,0	-4,7	66,0	73,2	78,8	81,6	6,6	5,0	4,8	4,8
OECD	0,0	-3,3	-5,4	-4,5	66,0	73,2	77,9	81,3	6,7	5,0	6,0	7,2
IWF	0,0	-3,3	-5,7	-5,1	65,9	72,5	76,7	79,6	6,7	4,8	5,5	5,6
USA												
EU-KOM	-6,4	-11,0	-10,0	-9,9	70,7	84,0	93,6	102,5	-4,9	-3,0	-3,7	-3,7
OECD	-6,5	-11,0	-10,7	-8,9	70,4	83,0	89,6	94,8	-4,9	-2,9	-3,8	-4,0
IWF	-6,6	-12,5	-11,0	-8,2	70,6	83,2	92,6	97,4	-4,9	-2,9	-3,3	-3,4
Japan												
EU-KOM	-2,0	-6,9	-6,7	-6,6	172,0	189,2	193,5	194,9	3,2	2,8	3,1	2,5
OECD	-2,1	-7,2	-7,6	-8,3	173,8	192,9	199,2	204,6	3,3	2,8	3,3	3,5
IWF	-4,2	-10,3	-9,8	-9,1	198,8	217,6	227,3	234,1	3,2	2,8	2,8	2,4
Frankreich												
EU-KOM	-3,3	-7,5	-8,0	-7,4	67,5	77,6	83,6	88,6	-3,3	-2,9	-3,3	-3,6
OECD	-3,3	-7,6	-7,8	-6,9	67,5	77,7	85,1	90,6	-2,3	-2,2	-1,9	-1,9
IWF	-3,4	-7,9	-8,2	-7,0	67,5	77,4	84,2	88,6	-2,3	-1,5	-1,9	-1,8
Italien												
EU-KOM	-2,7	-5,3	-5,3	5,0	106,1	115,8	118,2	118,9	-3,1	-3,2	-3,2	-2,9
OECD	-2,7	-5,2	-5,2	-5,0	106,1	115,9	119,0	121,7	-3,5	-3,1	-3,6	-3,5
IWF	-2,7	-5,3	-5,2	-4,9	106,0	115,8	118,6	120,5	-3,4	-3,4	-2,8	-2,7
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	-4,9	-11,5	-12,0	-10,0	52,0	68,1	79,1	86,9	-1,5	-1,3	-1,8	-2,0
OECD	-4,9	-11,3	-11,5	-10,3	52,0	68,1	78,1	86,5	-1,5	-1,3	-1,6	-1,0
IWF	-4,8	-10,9	-11,4	-9,4	52,0	68,2	78,2	84,9	-1,5	-1,3	-1,7	-1,6
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	0,1	-5,1	-3,4	-2,1	69,7	82,5	81,7	80,7	0,5	-2,7	-1,6	-1,6
IWF	0,1	-5,0	-5,1	-2,8	70,4	81,6	82,3	80,9	0,5	-2,7	-2,6	-2,5
Euroraum												
EU-KOM	-2,0	-6,3	-6,6	-6,1	69,4	78,7	84,7	88,5	-0,9	-0,6	-0,4	-0,3
OECD	-2,0	-6,3	-6,6	-5,7	69,6	78,9	85,0	89,3	-0,8	-0,3	0,3	0,8
IWF	-2,0	-6,3	-6,8	-6,1	69,1	78,3	84,1	88,1	-0,8	-0,4	0,0	0,1
EU-27												
EU-KOM	-2,3	-6,8	-7,2	-6,5	61,6	73,6	79,6	83,8	-1,1	-0,5	-0,4	-0,4
IWF	-2,4	-6,9	-7,4	-	-	-	-	-	-1,6	-0,5	-0,5	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2010.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2010.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick, April\,2010\,\&\,Regionaler\,Wirts chafts ausblick\,Europa, Mai\,2010.$ 

Stand: Juli 2010.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	nuldenquot	:e		Leistung	sbilanzsaldo	)
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Belgien												
EU-KOM	-1,2	-6,0	-5,0	-5,0	89,8	96,7	99,0	100,9	0,2	2,0	3,0	3,3
OECD	-1,2	-6,1	-4,9	-4,2	90,0	97,0	99,6	101,1	-2,9	0,5	2,0	2,1
IWF	-1,2	-5,8	-5,1	-4,4	-	-	-	-	-2,5	-0,3	-0,5	-0,1
Finnland												
EU-KOM	4,2	-2,2	-3,8	-2,9	34,2	44,0	50,5	54,9	3,5	1,5	1,1	1,3
OECD	4,1	-2,4	-3,8	-3,8	34,2	43,9	52,3	60,1	3,0	1,3	2,4	3,1
IWF	4,2	-2,4	-4,1	-	-	-	-	-	3,0	1,4	2,0	1,8
Griechenland												
EU-KOM	-7,7	-13,6	-9,3	-9,9	99,2	115,1	124,9	133,9	-13,8	-13,1	-10,3	-8,6
OECD	-7,7	-13,5	-8,1	-7,1	99,2	115,1	125,3	134,8	-14,6	-11,2	-8,9	-6,7
IWF	-7,8	-12,9	-8,7	-8,8	-	-	-	-	-14,6	-11,2	-9,7	-8,1
Irland												
EU-KOM	-7,3	-14,3	-11,7	-12,1	43,9	64,0	77,3	87,3	-5,2	-2,9	-0,9	-0,6
OECD	-7,3	-14,3	-11,7	-10,8	43,9	64,0	76,3	85,8	-5,2	-2,9	-0,4	1,4
IWF	-7,2	-11,4	-12,2	-11,5	-	-	-	-	-5,2	-2,9	0,4	-0,1
Luxemburg												
EU-KOM	2,9	-0,7	-3,5	-3,9	13,7	14,5	19,0	23,6	5,3	-0,4	0,9	1,5
OECD	2,9	-0,7	-3,8	-4,9	13,7	14,5	20,0	27,3	5,3	5,6	6,3	6,0
IWF	2,5	-1,1	-3,8	-5,0	-	-	-	-	5,3	5,7	11,2	11,6
Malta												
EU-KOM	-4,5	-3,8	-4,3	-3,6	63,7	69,1	71,5	72,5	-5,4	-3,9	-4,9	-4,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-4,7	-4,0	-4,8	-4,8	-	-	-	-	-5,4	-3,9	-5,1	-5,1
Niederlande												
EU-KOM	0,7	-5,3	-6,3	-5,1	58,2	60,9	66,3	69,6	4,2	3,9	5,9	6,4
OECD	0,7	-5,3	-6,4	-5,4	58,2	60,9	67,2	71,5	4,8	5,4	5,3	5,9
IWF	0,7	-4,9	-5,9	-5,1	-	-	-	-	4,8	5,2	5,0	5,3
Österreich												
EU-KOM	-0,4	-3,4	-4,7	-4,6	62,6	66,5	70,2	72,9	3,6	2,9	3,1	4,1
OECD	-0,5	-3,4	-4,7	-4,6	62,7	66,4	70,1	73,5	3,3	2,3	3,0	3,4
IWF	-0,5	-3,6	-4,8	-4,5	-	-	-	-	3,5	1,4	1,8	1,7
Portugal												
EU-KOM	-2,8	-9,4	-8,5	-7,9	66,3	76,8	85,8	91,1	-12,1	-10,5	-10,1	-10,0
OECD	-2,9	-9,4	-7,4	-5,6	66,3	76,8	84,9	88,5	-12,0	-10,3	-10,2	-10,3
IWF	-2,8	-9,4	-8,8	-7,5	-	-	-	-	-12,1	-10,1	-9,0	-10,2

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	uldenquot	е		Leistung	sbilanzsaldo	)
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Slowakei												
EU-KOM	-2,3	-6,8	-6,0	-5,4	27,7	35,7	40,8	44,0	-6,7	-3,1	-4,5	-4,1
OECD	-2,3	-6,8	-6,4	-5,3	27,7	35,7	41,3	46,0	-6,5	-1,3	-0,9	-3,0
IWF	-5,0	-9,0	-7,3	-7,4	-	-	-	-	-6,5	-3,2	-1,8	-1,9
Slowenien												
EU-KOM	-1,7	-5,5	-6,1	-5,2	22,6	35,9	41,6	45,4	-6,2	-0,9	-1,4	-1,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-0,3	-6,1	-6,1	-4,9	-	-	-	-	-6,2	-0,3	-1,5	-1,2
Spanien												
EU-KOM	-4,1	-11,2	-9,8	-8,8	39,7	53,2	64,9	72,5	-9,5	-5,1	-4,6	-4,5
OECD	-4,1	-11,2	-9,4	-7,0	39,7	53,2	63,4	69,0	-9,7	-5,4	-4,1	-3,3
IWF	-4,1	-11,4	-10,4	-9,6	-	-	-	-	-9,6	-5,1	-5,3	-5,1
Zypern												
EU-KOM	0,9	-6,1	-7,1	-7,7	48,4	56,2	62,3	67,6	-17,7	-8,5	-7,1	-7,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	0,9	-6,1	-7,5	-8,8	-	-	-	-	-17,7	-9,3	-11,4	-10,9

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2010.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2010.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick, April\,2010\,\&\,Regionaler\,Wirts chafts ausblick\,Europa, Mai\,2010.$ 

Stand: Juli 2010.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	uldenquot	e		Leistungs	sbilanzsaldo	)
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Bulgarien												
EU-KOM	1,8	-3,9	-2,8	-2,2	14,1	14,8	17,4	18,8	-22,9	-9,6	-6,0	-5,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	3,0	-0,8	-1,8	-	-	-	-	-	-24,2	-9,5	-6,3	-5,8
Dänemark												
EU-KOM	3,4	-2,7	-5,5	-4,9	34,2	41,6	46,0	49,5	2,2	4,0	3,9	3,7
OECD	3,4	-2,8	-5,5	-4,8	34,2	41,5	44,6	46,7	2,2	4,0	3,2	2,7
IWF	4,5	-3,0	-5,4	-4,2	-	-	-	-	2,2	4,0	3,1	2,6
Estland												
EU-KOM	-2,7	-1,7	-2,4	-2,4	4,6	7,2	9,6	12,4	-9,4	4,6	4,9	3,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-2,3	-2,1	-2,4	-	-	-	-	-	-9,4	4,6	4,7	3,9
Lettland												
EU-KOM	-4,1	-9,0	-8,6	-9,9	19,5	36,1	48,5	57,3	-13,0	8,7	8,3	4,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-7,5	-7,7	-12,9	-	-	-	-	-	-13,0	9,4	7,0	6,3
Litauen												
EU-KOM	-3,3	-8,9	-8,4	-8,5	15,6	29,3	38,6	45,4	-11,9	2,6	2,8	2,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-3,3	-8,9	-8,6	-	-	-	-	-	-11,9	3,8	2,7	2,6
Polen												
EU-KOM	-3,7	-7,1	-7,3	-7,0	47,2	51,0	53,9	59,3	-5,0	-1,6	-2,8	-3,3
OECD	-3,7	-7,1	-6,9	-6,5	47,2	51,0	56,9	61,9	-5,0	-1,6	-1,6	-2,7
IWF	-3,7	-7,2	-7,5	-	-	-	-	-	-5,1	-1,6	-2,8	-3,2
Rumänien												
EU-KOM	-5,4	-8,3	-8,0	-7,4	13,3	23,7	30,5	35,8	-12,7	-4,4	-4,4	-5,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-4,8	-7,4	-6,5	-	-	-	-	-	-12,2	-4,4	-5,5	-5,5
Schweden												
EU-KOM	2,5	-0,5	-2,1	-1,6	38,3	42,3	42,6	42,1	9,5	7,1	6,1	6,1
OECD	2,2	-1,1	-2,9	-1,7	37,6	41,6	44,3	47,1	9,3	7,2	6,3	7,1
IWF	2,5	-2,2	-3,3	-2,1	-	-	-	-	7,8	6,4	5,4	5,8
Tschechien												
EU-KOM	-2,7	-5,9	-5,7	-5,7	30,0	35,4	39,8	43,5	-3,4	-1,0	-0,3	-1,5
OECD	-2,7	-5,9	-5,4	-5,7	30,0	35,3	41,5	48,9	-0,6	-1,0	0,1	-0,4
IWF	-2,0	-6,0	-5,1	-5,3		-	_	-	-3,1	-1,0	-1,7	-2,4

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		öffentl. Ha	aushaltssald	do		Staatssch	uldenquot	e		Leistungs	bilanzsaldo	)
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Ungarn												
EU-KOM	-3,8	-4,0	-4,1	-4,0	72,9	78,3	78,9	77,8	-7,2	0,4	-0,2	-0,3
OECD	-3,8	-3,9	-4,5	-4,3	72,8	77,4	80,1	82,3	-7,1	0,2	0,8	-0,4
IWF	-3,7	-3,9	-3,8	-	-	-	-	-	-7,2	0,4	-0,4	-1,0

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2010.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2010.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick, April 2010\ \&\ Regionaler\ Wirts chafts ausblick\ Europa, Mai\ 2010.$ 

Stand: Juli 2010.

#### Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin http://www.bundesfinanzministerium.de oder http://www.bmf.bund.de

#### Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de Berlin, August 2010

Lektorat und Satz: heimbüchel pr, kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Gestaltung:

Pixelpark AG Agentur Köln

Bezugsservice für Publikationen des Bundesministeriums der Finanzen: telefonisch 0 18 05 / 77 80 90¹ per Telefax 0 18 05 / 77 80 94¹

<sup>1</sup> Jeweils 0,14 €/Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

ISSN 1618-291X